

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 25. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonelle ober dem Raum 40 Wg., für politische und gewerkschaftliche Besetzungs- und Besetzungsanzeigen 25 Wg., „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis vierteljährlich: 3,00 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. Frei im Jahr. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich: 4 Monate 3 RM, für das übrige Ausland 5 RM pro Monat.

Erchebt täglich außer Montags.

Petersburger Briefe.

Petersburg, 21. Februar. (Fig. Ver.)

In den Kirchen singt man Messen für die Seele des Großfürsten Sergei Alexandrowitsch. Der Hof hat Trauer angelegt; die kaiserlichen Theater sind geschlossen und vom ganzen Volke wird erwartet, daß es seinen Schmerz und seine Entrüstung in tiefbewegten Tönen ausdrücken wird. Aber die Art und Weise, wie das Volk auf dieses Ereignis reagiert hat, ist sehr bezeichnend für den Zustand der öffentlichen Meinung. Von Schmerz und Entrüstung steht man im allgemeinen keine Spur und in Petersburg verhalten sich die Massen ganz gleichgültig. „Wir kannten ihn nicht“, sagen die Leute, „und ist es ganz egal“. Andere verbeugen sich etwas weniger vor den Kirchen und Heiligenbildern und bedauern den armen Kaiser. Diejenigen, die etwas vom Leben des Verstorbenen wußten, sind nur froh, daß er nicht mehr da ist. In einer Apotheke sprach einer der Gehilfen von der Verschlebung eines Wohltätigkeitskonzerts wegen des „traurigen Ereignisses“. „Reden Sie nicht von Trauer“, unterbrach ihn jernig ein anderer, „nach meiner Meinung sollte man darauf Champagner trinken“. Nach der fürchterlichen Begelei scheint die Vernichtung eines verhassten Großfürsten etwas Selbstverständliches.

Die Zeitungen schreiben im allgemeinen möglichst wenig über das Ereignis. Selbst die „Nowoje Wremja“, welche sich immer in Lobpreisungen ausgezeichnet hat und diesmal ihre unabänderliche Loyalität durch lautes Verfluchen des politischen Mordes auszudrücken sucht, findet kein Wort, um den verschiedenen Selbstherrschern Moskauer zu loben. Von den liberalen Zeitungen hat die Moskauer „Nischnja Wjedomosti“ sich insoweit den Forderungen der Etikette anbequemt, als sie ihre kurze Lebensbeschreibung des Verstorbenen schwarz umrahmt hat. Die Petersburger radikalen Blätter hielten sich sehr aufrecht, brachten die offiziellen Telegramme über das Ereignis auf der letzten Seite, fügten keine Bemerkungen hinzu, verzichteten ganz und gar auf die heuchlerische Formalität eines schwarzen Rahmens und begnügten sich mit ihrer Sympathie mit der allgemeinen Freude über den Tyrannenmord. Aber Strafe folgte schnell auf diesen Vergehen. Die beiden Zeitungen „Rasska Sibir“ und „Rasski Dni“ erhielten sofort eine dritte Warnung und wurden auf drei Monate suspendiert, nicht wegen ihrer Haltung gegenüber dem verstorbenen Großfürsten — es wäre zu skandalös, die Möglichkeit eines solchen Verbrechens öffentlich zu bekennen —, sondern wegen verschiedener lächerlicher Artikel, welche einen passenden Vorwand für Maßregelungen bilden könnten.

Die „Moskowskija Wjedomosti“, des Großfürsten Leiborgan, wollen keine Verurteilung lernen und schreiben, im Geiste des Verstorbenen, daß ein so ungeheures Verbrechen wie der Mord eines Großfürsten dem Gerede von einem Semstsch Sabor ein schnelles Ende machen sollte. Ueber solchen Tiefsinn spottet selbst die „Nowoje Wremja“. Das Warschauer Kleinbürgertum drückt Schmerz und Entrüstung aus, ganz nach Wunsch. Verschiedene Vereinigungen, Kassen, Pflanzvereine, Musikgesellschaften leisteten sich Trauermessen für ihren ermordeten Vorstand oder Reichsherr. Der Warschauer Stadtrat, der unter Sergius Rute genügend geklitten hat, nahm am Sonnabend ein Mitteilungsprotokoll an. Formalitäten, Formalitäten alles! Das einzige Lebenszeichen, das das Ereignis hervorgerufen hat, war der Anfall einiger betrunkener Kleinbürger auf ein paar Studenten. Studenten mußten es sein, selbstverständlich, denn in diesen Zeiten, wenn etwas Abnormes geschieht, sind alle gehorsamen Schüler der Polizei sofort überzeugt, daß Studenten die Verbrecher sind.

Von der Wirkung des Ereignisses in den Postkreisen weiß man wenig bestimmtes. Es ist bezeichnend, daß der Großfürst Wladimir, dessen Name nach dem Sergius auf der Liste der von den Terroristen Verurteilten steht, kurz nach Empfang der Nachricht von einem Schlaganfall getroffen worden sein soll. — Das Land ist nur froh, daß mit einem lasterhaften Geist des Verderbens endlich ausgeräumt worden ist. Jetzt kann man über seine Leiche zur Tagesordnung übergehen.

Und die Tagesordnung ist? — Eine Verfassung, deren Verwirklichung keine Macht in Russland jetzt lange verhindern kann! Zur Verwirklichung der Forderung hat die neueste Arbeiterbewegung sehr viel beigetragen. Jetzt steht die Bewegung nicht mehr stille trotz der brutalen und naiven Anwendung aller altergebrachten polizeilichen Kunststücke, um die Geister nach dem ungeheuren Verbrechen des 22. Januar zu beruhigen. Die Arbeiter wollen feste Garantien der Freiheit und ruhen erst, wenn sie diese erlangt haben. Selbst der offene Krieg eines Generalstreiks wäre der Regierung angenehmer als dieses rastlose Hin- und Herschwanken, diese Art Guerillakrieg der Arbeiter. Heute streiken sie hier, morgen dort. Heute arbeiten sie auf einer Fabrik, morgen feiern sie. Einige arbeiten acht Stunden, andere zehn oder zwölf je nach der Laune. Die Arbeitgeber versprechen Zugeständnisse: die Arbeiter glauben ihnen nicht und fahren hartnäckig fort zu feiern. Die Truppen sind immer fertig, aber die Arbeiter verhalten sich ganz friedlich, besitzen keine Waffen und können keine Waffen erlangen. Sie wollen vorläufig nur durch ein tollkühnes passives Widerstand die Regierung zum Zugeständnis ihrer Rechte zwingen.

Man hat die Regierung, wie bekannt, beschloffen, den von ihr selbst hervorgerufenen Sturm mit dem Faubertab einer Arbeiterfragekommission zu legen. An dieser Kommission sollen Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer teilnehmen. Die Polizei hat den Arbeitern vorgeschlagen, ihre Delegierten zu wählen, sonst es aber nicht so leicht, die dazu zu überreden. „Unsere Delegierten“, sagten die Putilow-Arbeiter, „sind schon lange gewählt worden, jetzt sitzen sie im Gefängnis; wenn wir andere wählen, tut Ihr dasselbe.“ Andere verlangten, daß die Lokale der Gapon-Bewerkschaften, welche am blutigen Sonntag geschlossen worden sind, jetzt eröffnet werden

sollten. Das wollte aber Trepow nicht gestatten. Endlich hat sich eine Anzahl Arbeiter auf verschiedenen Fabriken damit einverstanden erklärt, die Wahlen auf den Werkstätten auszuführen — und tatsächlich haben am Montag Wahlen stattgefunden, obgleich bei weitem nicht in allen Werkstätten. Den Gewählten ist ein gebundenes Mandat auferlegt worden. Sie müssen in der Kommission darauf bestehen, daß die Regierung persönliche Freiheit, Versammlungs- und Vereinigungsrecht gewähren soll, damit der Kampf mit dem Kapitalismus auf gleichem Boden ausgefochten werden kann. Die Forderungen sind keine welterschütternden, aber daß Arbeiter zusammen mit Arbeitgebern in einer Regierungskommission solche Forderungen diskutieren können, ist in Russland etwas Ungehörtes und bedeutet einen Sieg der Arbeit. Und wenn die Regierung sich auf solche Forderungen wirklich einläßt, dann existiert das absolutistische Regime nicht mehr, und die Ausarbeitung einer Verfassung ist nur eine Frage der Zeit. Aber bis dahin kann vieles geschehen. Das Leben stürzt unaufhaltbar weiter und vergräbt bürokratische Kommissionen, selbst wenn Arbeiter dabei sind. In ganz Russland warten die Arbeiter auf einen Stint von ihren Petersburger Genossen. Wenn diese siegen, werden alle streiken — in der Hoffnung eines ähnlichen Sieges. Wenn diese eine Niederlage erleiden, werden alle gleichfalls streiken — aber dann aus Solidaritätsgefühl. Die Regierung taumelt blindlings dem Verderben zu...

Der Wiederanbruch des Streiks in Petersburg.

Petersburg, 24. Februar. In den Putilow-Werken, der Nikolai-Fabrik, der Rosst-Werk und der Fabrik A. Pohl ist abermals die Arbeit eingestellt worden. Es streiken insgesamt 13 Fabriken mit 40 000 Arbeitern.

Der Eisenbahnerstreik.

Moskau, 24. Februar. Da die Eisenbahnbeamten in Moskau und Kasan auf die an die Direktion gerichtete Petition keine Antwort erhalten haben, traten sie in den allgemeinen Ausstand. Angesichts der besonderen durch den Krieg herbeigeführten Lage beschlossen die Beamten, den Ausstand nicht auf die Militärs abzugeben, während das Auslaufen der übrigen Jüge unterbleibt. Truppen bewachen die Stationen.

Moskau, 24. Februar. Es geht das Gerücht, daß den Eisenbahndirektionen die Bekanntmachung zugegangen sei, die Bahnbauten würden wie Militärs behandelt werden; aus Anlaß des Ausstandes würden gegen sie dieselben Maßnahmen angewandt werden, wie gegen die Beamten der Linien, wo nach besonderen Bestimmungen die Mobilisierung erklärt ist. Soll das heißen, daß man die Streikenden standrechtlich niederkartätschen will?

Auslandsbewegung in Polen.

Warschau, 24. Februar. Gestern begann der Ausstand der Maschinisten, was zur Folge hatte, daß die in Tätigkeit getretenen Fabriken abermals die Arbeit einstellten. Die Fabrik von Starow erhöhte den Arbeitern den Lohn. Die übrigen großen Fabriken zogen die gemachten Zugeständnisse zurück, was den Wiederbeginn des Ausstandes zur Folge hatte.

Der Apothekerausstand in Lodz dauert noch an. — In Alexandrowitsch sind in Fabriken, Mühlen und Werkstätten gegen 5000 Arbeiter in Ausstand getreten.

Die Revolution im Kaukasus.

Ein Privattelegramm meldet uns aus Baku vom 24. Februar:

Der Straßenkampf hat Donnerstag nachmittag aufgehört, doch dürfte die Ruhe wohl nicht von Dauer sein. Sämtliche Bureau sind geschlossen; die Mehrzahl der Raffinerien und Pumpstationen steht still.

Ein offizielles Telegramm aus Batum berichtet:

„In der Stadt herrschte am Tage Ruhe. Am Abend kamen wieder mehrere Raubhansfälle vor. In den Werkstätten der russischen Dampfschiffahrtsgesellschaft wird nicht gearbeitet. Patrouillen sind in Tätigkeit, die Garnison ist vergrößert. Man befürchtet weitere Unruhen. Die Stimmung der Einwohner ist deshalb gedrückt. In Adjar, 40 Meilen von Batum, haben Unruhen begonnen. 200 Mohammedaner legten Verwahrung ein gegen die im Laufe der letzten Jahre eingeführten ländlichen Bezirksverwaltungen, die große Summen erfordern. Die Vollmenge führt die Schließung der Anstalten mit Gewalt herbei. In anderen Bezirken um Batum wie auch im Aktiwim-Bezirk herrscht Ruhe. Viele Türken verlassen die Stadt und werden für die Rückreise nach der Türkei von dem türkischen Konsulat unterstützt.“

Tiflis, 24. Februar. Der Gouverneur hat die mohammedanischen Geistlichen aufgefordert, die Bevölkerung zu ermahnen, daß sie nicht auf die Personen hören sollen, die versuchen Unruhen hervorzurufen.

Englischen Blättern gehen über die Zustände im Kaukasus die folgenden Schilderungen zu:

Die Stadt Tiflis befindet sich seit mehreren Tagen im Zustande des Bürgerkrieges. Ununterbrochen wird geschossen. Mehrere hundert Personen wurden getötet und verwundet. Die Leichen liegen haufenweise in den Straßen, ohne daß sich jemand um sie kümmert. Alle Regierungsgebäude, Schulen und Läden sind geschlossen. Die Privathäuser sind besetzt. Er herrscht völlige Panik. Hunderte bewaffneter Mohammedaner trafen mit der Eisenbahn aus entfernten Teilen des Landes ein. Sobald sie die Straßen der Stadt betraten, begannen sie blindlings loszuschießen.

Ein großer Teil der Bevölkerung ist dem Verhungern ausgefetzt. Ergebenen brechen in die Häuser ein und plündern die Wohnungen. Der Bürgermeister richtete an den General Malama die Bitte, Truppen kommen zu lassen.

Wasserweih und Blutgericht.

Petersburg, 24. Februar. Durch Tagesbefehl des verlichigten Großfürsten Wladimir werden der Chef der 1. Batterie der berittenen Garde-Artillerie-Brigade Kapitän Dawydow sowie vier andere Offiziere, darunter Oberleutnant Polowzow, und drei Untermilitärs dieser Brigade wegen des bei dem Wasserweihfest abgegebenen Kartätschenschusses dem Militärgericht übergeben.

Neue Verhaftungen von Schriftstellern.

Moskau, 24. Februar. In vergangener Nacht wurden die Schriftsteller Leonidas Andrejew, Schirreff, Spitalow und 14 andere Schriftsteller im Hause Andrejews verhaftet.

Volk und Kinder.

Petersburg, 24. Februar. Die Kommission, die sich mit der Frage der Erleichterung der Pressverhältnisse beschäftigt, sprach sich im Prinzip für die Aufhebung der Zensur aus. Der Vertreter des Ministers des Innern erklärte, der Minister selbst sei für die Aufhebung der Zensur, er wolle jedoch, daß der Wechsel so sanft wie möglich vor sich gehe.

Was die Bücher betrifft, so sprach sich die Kommission für die Aufhebung der Zensur aus bei Originalwerken von nicht weniger als fünf Bogen, bei Uebersetzungen von nicht weniger als zehn Bogen, die Zensur soll jedoch beibehalten werden bei Büchern für das Volk und für Kinder. Die Presse soll bezüglich der Verantwortlichkeit nur noch den Gerichten unterstehen.

Man weiß nun wenigstens, daß diese Kommission der „Reformen“ Volk und Kinder auf eine Stufe stellt.

Die politische Polizei am Schandpfahl.

Zürich, 21. Februar. (Fig. Ver.)

Nachdem auch gestern wieder zum wiederholtenmale die Behandlung der politischen Polizei wegen Verhinderung der beiden Referenten von der Tagesordnung abgesetzt werden mußte, kam es endlich in der heutigen Sitzung des Züricher Kantonsrates dazu. Wie bisher in allen Sitzungen, in welchen die politische Polizei behandelt werden sollte, die Tribüne dicht besetzt war, so auch heute und der Kantonsrat selbst wies eine gute Besetzung auf, die Herren Volksvertreter sahen also den Verhandlungen mit gespanntem Interesse entgegen, wie das Publikum.

Als erster Kommissionsreferent begründete der Demokrat Stadtschreiber Müller-Winterthur die Schließe der zur Prüfung der Antriebe der politischen Polizei auf Antrag unseres Genossen Greulich vom 12. Januar 1904 vom Kantonsrat bestellten Kommission, welche lautet:

1. Das durch Artikel 3 der kantonalen Verfassung gewährte Vereins- und Versammlungsrecht gilt für alle Bürger; daher ist jede Ueberwachung von Vereinen oder Versammlungen der Arbeiter unzulässig und nur in den Ausnahmefällen gestattet, wo ein bestimmtes Verbrechen verübt oder ein verübtes entdeckt werden kann.

2. Bei der Ausführung von Ausweisungsbefehlen des Bundesrates (oder bei anderweitiger Abweisung politisch verdächtiger Personen) ist, soweit wenigstens hierbei eine Dispositionsbefugnis der kantonalen Polizei zulässig, zu vermeiden, daß Ausgewiesene oder Abgewiesene der Polizei des Auslandes in die Hände gespielt werden.

3. Jede Verwendung von Privatpersonen, um polizeiliche Nachforschungen anzustellen oder polizeiliche Erhebungen zu machen, ist zu unterlassen.

Der Kantonsrat spricht im allgemeinen die Erwartung aus, daß die kantonale Polizei auf die Anwendung aller Mittel verzichtet, die sich weder mit der persönlichen Ehrenhaftigkeit, noch mit der Würde des Staates und seiner Organe vertragen.

4. Das kantonale Polizeikommando ist nicht berechtigt, seitens fremder Konsulate Aufträge oder Besuche zur Behandlung entgegenzunehmen. Solche sind an die Polizeidirektion weiterzuleiten.

5. Das kantonale Polizeikommando ist anzuhalten und anzuhalten, seine Rechnungen vollständig zu führen, das heißt, es sollen aus denselben alle Ausgaben und alle Einnahmen ersichtlich sein. Es vertritt sich mit einer ordentlichen Geschäftsführung, und Rechnungsführung nicht, daß ein Teil der Ausgaben und Einnahmen in die Rechnung überhaupt nicht aufgenommen wird, aus derselben daher auch nicht ersichtlich ist.

Mit diesen „Schlüssen“ waren auch die beiden sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission, unsere Genossen Greulich und Lang, einverstanden, sie waren also einstimmig beschlossen worden. Unsere beiden Genossen hatten aber noch einige weitere Forderungen, und da diesen die bürgerliche Kommissionsmehrheit nicht zustimmte, so legten sie diese als Minderheitsanträge dem Kantonsrat vor, und zwar in folgender Fassung:

6. Die in Artikel 36 der Bundesverfassung gewährleistete Unverletzlichkeit des Postgeheimnisses ist in Zukunft streng zu respektieren.

7. Eine Ueberwachung von Personen, denen nicht weiter als eine bestimmte politische Ueberzeugung zur Last

gelegt werden kann, ebenso jede Verhinderung über solche Personen verleiht das durch Artikel 8 der kantonalen Verfassung gewährleistete Recht der freien Meinungsäußerung. Die Kantonspolizei hat Ansuchen dieser Art, von welcher Instanz sie auch kommen mögen, entschieden abzulehnen.

In seiner Rede zur Begründung der Schlüsse der Kommission konstatierte der Referent Müller zunächst, daß die Kommission bei ihrer Untersuchung der Tätigkeit der politischen Polizei gewisse Mängel feststellen mußte, die nicht vorzukommen sollten und zu deren Verhütung bestimmte Grundzüge aufzustellen seien, die eben in den „Schlüssen“ formuliert sind. Er beleuchtete sodann die Anarchisten, gab zu, daß in ihren Reihen auch ruhige, hochmoralische und philosophisch denkende Männer sind, daß aber keine Garantie dafür geboten sei, daß nicht auch der theoretische Anarchismus schließlich zum Verbrechen führen könne. Die von der Bundesanwaltschaft in Bern der Züricher Kantonspolizei zugeordneten Listen von Anarchisten enthalten fast nur romanische Namen, deren Träger meistens Ausländer sind. Sie sind Anarchisten geworden durch die sozialen Verhältnisse ihrer Heimat. Eine Ueberwachung derselben sei nötig, um, soweit es möglich, verbrecherische Anschläge, welche hauptsächlich im Ausland zur Ausführung gebracht werden sollen, zu verhindern. Dazu soll auch die Ueberwachung von offen als anarchisierend bekannten Vereinen und Versammlungen dienen, aber im übrigen soll sich die Polizei um öffentliche und geschlossene Versammlungen nicht kümmern. Der entlassene Polizeihauptmann Rappold hat aber bei seiner Einnahme durch die Kommission zugestanden, daß bis zu seinem Amtsantritt im Jahre 1896 sämtliche öffentliche Versammlungen von Polizeiangestellten besucht worden seien, was er dann aber als unnötig nicht mehr praktiziert habe. Der Referent bezeichnete mit Recht diese enthüllte Polizeipraxis als geradezu widersinnig in einer Demokratie, in der der freie Bürger sich frei vereinigen und versammeln darf. Von wem auch sollte denn die Polizei die Befugnis herleiten für die Ueberwachung des freien Bürgers bei Ausübung dieser Rechte? Von der Regierung etwa? Diese wird ja vom Volke selbst direkt gewählt, und sie sollte dann die Kompetenz haben, die Versammlung der freien Bürger — ihrer Wähler! — zu überwachen? Das ist widersinnig. Es sind allerdings auch nicht die Versammlungen der bürgerlichen Parteien, sondern nur die der Arbeiter überwacht worden. Diese haben aber die gleichen Rechte wie die Bürgerlichen. Der Redner verbreitete sich sodann des längeren über das Asylrecht, das nur dem Flüchtling gewährt werden kann, der als stummer Hund in der Schweiz lebt, wie dies seit langem die Auffassung der Bürgerlichen ist. Verurteilt und als unzulässig erklärt wurde von ihm die Ausweisung an die Heimatsgrenze, die eine Auslieferung sei und zu der keinerlei Verpflichtung besteht, da bezügliche Staatsverträge nicht existieren. Wenn aber eine solche unberechtigte Auslieferung von Bern aus verlangt werde, soll sie die Züricher Polizeidirektion verweigern. Weiter charakterisierte und verurteilte Müller das Spielespiel und erklärte er den direkten Verkehr des Polizeikommandos mit ausländischen Behörden als unzulässig. Sehr leicht setzte er sich über die frivole Verlegung des Briefgeheimnisses hinweg, da die Post Bundessache sei. Aber ein kantonalen Parlament ist sicher berechtigt, gegen die Uebergriffe der Postverwaltung zu protestieren. Schließlich empfahl er die Anträge der Kommission zur Annahme.

Für die sozialdemokratische Minderheit referierte zunächst Greulich, und in der Debatte nahm dann noch Lang das Wort. Greulich hielt eine überaus eindrucksvolle, zweieinhalbstündige Rede, in der er ein ungemein reichhaltiges Material aus den Geheimnissen der politischen Polizei vortrug und sie dadurch unheilbar vor aller Welt bloßstellte, ja geradezu vernichtete. Wie wir hören, soll dasselbe in Form einer Broschüre weitesten Kreisen zugänglich gemacht werden, worauf wir heute schon aufmerksam machen möchten. Greulich trat einleitend dem tendenziösen Gerede entgegen, daß die Untersuchung der Kommission nichts wesentliches ergeben hätte; in der Tat hat sie aber festgestellt, daß es sich hier nicht bloß um einzelne Uebergriffe und Mißstände, sondern um einen tiefen Krebsknoten handelt, dem endlich energisch zu Leibe gerückt werden muß. Und nun begann Greulich mit seiner verblüffenden und eindrucksvollen Aktienproduktion, die zuerst die Geheimnisse des Verkehrs des italienischen Konsulats in Zürich mit dem Polizeikommando enthüllte. Das Konsulat verlangte von demselben Auskunft über einen wegen anarchisierender Propaganda schon bestrafte W. S. und zwar zuerst im Auftrage der italienischen Gesandtschaft in Bern und sodann des Ministers des Innern in Rom. Es wird nun geschlüsselt auf italienisches Kommando und dazu auch die Post in Zürich mißbraucht. Aus diesen Akten ergibt sich auch, daß das italienische Konsulat in Zürich italienische Spigel unterhält, die ihrerseits wieder mit der Kantonspolizei Hand in Hand arbeiten. Eine ganze Anzahl Akten beleuchten das lichtscheue Treiben dieser Galunken. Sodann folgten Akten über die Anforderungen, die die Bundesanwaltschaft in Bern an das Züricher Polizeikommando stellte. Ueber einen Studenten, der in Genf mit dem Anarchisten Vertan verkehrte, holt die Polizei bei den Professoren am Polytechnikum Auskünfte ein, ebenso bei den Logiswirten. Ueber einen F. B. verlangt sie Auskunft, weil er in der Züricher Arbeiterbewegung eine gewisse Rolle gespielt haben soll. Durch allgemeines Kreis Schreiben teilt die Bundesanwaltschaft allen Polizeidirektoren die Namen von aus Belgien ausgewiesenen „Anarchisten“ zur Kenntnis mit, darunter auch die des Dr. Gumplovicz und des Fräulein Fanny Jmle, die eine Vorkämpferin der christlichen Gewerkschaftsbewegung geworden ist. Sodann verlangt die Bundesanwaltschaft Auskunft über die in der Schweiz wohnhaften italienischen Sozialisten (!), über ihre Versammlungen, Leiter und Redner, über ihre Sektionen und Mitglieder! Der Sohn des bekannten Elisee Reclus, der in Zürich studiert, wird von der Bundesanwaltschaft allen Polizeidirektionen als „gemeingefährlich“ denunziert, weil er „Kenntnisse in der Chemie“ besitzt! Im September 1899 soll die Züricher Polizei der Bundesanwaltschaft Auskunft geben über mehrere angeblich anarchisierende Mitglieder des österreichischen ungarischen Arbeiter-Bildungsvereins. Eine ganze Anzahl Akten lassen die auf Schritt und Tritt und ganz systematisch ausgeübte polizeiliche Ueberwachung der „italienischen Anarchisten“ erkennen, wobei die Qualifikation zum „Anarchisten“ die Polizei macht, die dazu gänzlich unfähig ist. Zahlreiche, im Wortlaute mitgeteilte Spigelberichte zeigen, wie die Arbeiter bespioniert werden. Im November 1899 ersuchten die Bezirksämter Lettlang,

Waldshut und Dindau die Züricher Polizeidirektion, ihnen jeweiligen Zeit und Ort der Ausweisung von Anarchisten vorher mitzuteilen. Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement in Bern erklärte, gegen die Erfüllung dieser Wünsche nichts einzuwenden, und es wurde dann den genannten deutschen Behörden in zugehöriger Sinne geantwortet. Auf diese Weise wurde im August 1901 der Italiener Galeotti an die italienische Polizei ausgeliefert! Greulich erinnert dieser polizeilichen Niederträchtigkeit gegenüber daran, wie die 1872 hervorragende schweizerische Politiker verurteilt über die Auslieferung des Russen Retzkojew ausgesprochen haben. Unter diesen Politikern war auch der heutige Bundesrat Forrer.

Den Spigeln widmete Greulich im weiteren Laufe seiner Rede eine größere Partie derselben. Der entlassene Polizeihauptmann Rappold hat deren vier beschlagnahmt, aber nur der Name des einen, Mehger Jollikofer, ist bekannt geworden. Die anderen drei sind in tiefstem Geheimnis gehüllt. An diese Leute wurden von 1900 bis 1904 2386 Franken Spigelgelder, die die Bundesanwaltschaft in Bern herausgab, ausgezahlt. Aus der interessanten Korrespondenz dieser dunklen Ehrenmänner seien nur einige Proben mitgeteilt.

1. Februar 1901. Soeben aus der Arbeitslosen-Versammlung kommend, setze ich mich hin, um Ihnen über das Gehörte Bericht zu erstatten. Die Einleitung führte der Präsident der Arbeiterunion. Darauf ergriff Herr Professor Erdmann das Wort über das Thema: „Der Arbeiter im Kampfe um die Gesundheit.“ (Es folgt nun ein zweifelhafter Referat über den Vortrag und die Diskussion.) Herr Greulich ergriff das Wort und schilderte die italienischen Zustände usw.

Ueber eine von der Arbeiterunion Zürich einberufene Protestversammlung berichtet der Polizeiwachtmeister Treichler: „Herr Bezirksrichter D. Lang präsierte die Versammlung. Dann referierte Pflüger heftig und persönlich. Greulich ergänzte das von Pflüger Gesagte in etwas anständigerer Weise. In der Diskussion ergriff Seel das Wort. Sein Vortrag ist nichtsagend. Wären gebildete und anständige Leute an der Versammlung gewesen, so hätte es Pflüger an Erwiderungen und Zurückweisungen nicht gefehlt.“

Der Polizist Spürri berichtet über eine Arbeitslosen-Versammlung:

„Am 2½ Uhr eröffnet ein junger Deutscher (1), namens Sigg, (er ist Schweizer), Sekretär der Arbeiterunion, die Versammlung. Pflüger setzt dann des zweiten und dritten die Ursachen der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit auseinander.“

So sieht also unsere ganze Arbeiterbewegung unter Polizei- und Spigelaufsicht, und der Bundesanwalt Stronauer in Bern hat dem Polizeihauptmann Rappold direkt den Rat gegeben, dritte Personen zur Ueberwachung und Berichterstattung über Versammlungen zu engagieren, also Spigel, was bisher immer bestritten worden war.

Besteht es auch ein junger Mann, der in Zürich das Doktorexamen bestand, weil er im Sommer 1902 nach Hamburg gegangen war, um die lettischen Arbeiter über den Bauarbeiterstreik aufzuklären.

Greulich schloß seine Rede damit, daß die politische Polizei in der Schweiz beseitigt werden müsse, und zwar vom liberalen Standpunkte aus.

Der frühere Polizeidirektor Nägeli und der jetzige Dr. Stöbel verteidigten sich Nüchtern gegen die wichtigen Anklagen Greulichs. Ihnen kam der Chefredakteur der „Züricher Ztg.“, Dr. Bissegger, mit einer wahrhaft abgebrühten Rede zu Hilfe, mit dem sich dann unser Genosse Lang in wirkungsvollen Worten auseinandersetzte. Zum Schluß sprach ebenfalls gegen die schwachen Umtriebe der politischen Polizei der Liberale Frau-Nägeli. Schließlich wurden die Anträge der Kommission mit 84 gegen 48 Stimmen angenommen.

Die Verhandlungen im Kantonsrat dauerten von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und von 3 Uhr nachmittags bis nach 6 Uhr abends. Die Enthüllungen Greulichs haben gewirkt wie ein fürchterliches reinigendes Gewitter mit Blitz und Donner, und ist auch damit die schwache politische Polizei nicht aus der Welt geschafft, gerichtet ist sie!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Februar.

Die Reichsbetriebe.

Der Reichstag arbeitet am Freitag zunächst den Rest des Postetats fast völlig auf. Nachdem er im Vorjahre die geforderten 600 000 M. für Dismarkenzulagen mit großer Mehrheit abgelehnt hatte, versuchte die Regierung, sie diesmal in der Form einmaliger Beihilfen für die in der Provinz Polen und in den gemischtprovinzialen Bezirken der Provinzen Schlesien und Westpreußen beschäftigten Beamten in den Etat einzuschmuggeln. Der Versuch war schon in der Kommission aufgedeckt und bereitet worden. Heute beantragte die Rechte Wiederherstellung der Position. Der Staatssekretär im Reichspostamt, Kraetke, gab sich die größte Mühe, sie durchzusetzen. Er verfügte für die Polenbekämpfung nicht über den schneidigen Kaninchenjagd-Lon, den die preussischen Minister den Polen gegenüber anzuschlagen pflegen oder ist klug genug, im Reichstag ein derartiges Auftreten nicht erst zu wagen. So verlegte er sich denn aufs Bitten, und bettelte mit weinerlicher Stimme darum, das dringende Gesuch der Verwaltung im Interesse ihrer Beamten nicht abzuschlagen, indem er hoch und heilig versprach, daß keinerlei politische Nebenabsichten mit diesen Unterstüßungen verwickelt werden sollten. Als er aber erklären sollte, warum sie überhaupt gefordert werden, fand er bloß die wenig geistvolle Ausrede, daß durch den Nationalitätenkampf im Osten die Lebensmittel teurer geworden seien. Das Argument verfiel nicht. Singer entgegnete dem Staatssekretär mit der Frage, ob diese Teuerung die Folge der preussischen Dismarkenzulagen sei? Er wies auf den Versuch, das Interesse der Beamten für diese fatalistische Forderung auszuspielen, mit aller Energie zurück und fand bei den freisinnigen Fraktionen wie bei dem Zentrum Zustimmung für seine Ausführungen. Gegen die Stimmen der Nationalalliberalen und der beiden konservativen Parteien wurde die Dismarkenzulage auch diesmal gestrichen.

Nahezu debattelos fand der Etat der Reichsdruckerei Annahme, und so gelangte das Haus sehr bald zum Etat der Reichseisenbahnen. Abg. Schumberger entwickelte die Gedanken eines Millionärs über die Lage der Eisenbahnarbeiter. Verständnissvolle Heiterkeit erweckte er besonders an Regierungstisch und bei seinen nationalliberalen Parteifreunden vom Kohlen Syndikat, als er die Aeußerung tat, daß ein Arbeitgeber, der sich der hohen Aufgaben seiner Stellung bewußt sei, nicht warten dürfe, bis die Arbeiter auf Erhöhung der Löhne drängen. Die Forderungen, die er angeblich im Namen der Arbeiter vertrat, waren aber so minimal, daß ihre Verwirklichung der „Be-

gehrlichkeit“ der Arbeiter schmerzlich ein Ziel setzen wird. Am der Zentrums-Abgeordnete Erberger übertraf den Milhauser Großkapitalisten noch an Bescheidenheit. Er konnte sich in Dankesbezeugungen gegen Herrn Budde gar nicht genug tun. So wohlgefällig dies Lob dem Minister in die Ohren klang, so konnte doch selbst er, dessen Arbeiterfeindschaft und schärfmaderische Neigungen bekannt genug sind, sich den billigen Spott nicht verjagen, daß die bisher den Eisenbahnarbeitern zuteil gewordenen Aufbesserungen nur minimal seien. Der sogenannte liberale Vertreter Straßburgs, Abg. Riff, begeisterte sich für die Einführung der vierten Wagenklasse „nach preussischer Konstitution“ — die preussische „Konstitution“ ist wirklich vierter Klasse — auf den Reichseisenbahnen. Genosse Ledebour und Herr v. Gerlach wiesen den Versuch, die preussischen Viehwagen auch in Süddeutschland einzuführen, mit guten Gründen zurück. Aber das hielt das „soziale“ Zentrum nicht davon ab, dafür einzutreten, daß die Rinderbemtellen auch in Süddeutschland in diese menschenunwürdigen Käfige gesperrt werden.

Ueberraschend schnell erschöpfte sich die sonst ausgedehntere Debatte über die Elb- und Rostocker Bahnen, so daß der ganze Reichseisenbahn-Etat noch heute erledigt werden konnte. Sonnabend steht der Marine-Etat auf der Tagesordnung.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus herrscht nach den lebhaften Debatten der letzten Tage wieder der gewöhnliche Stumpf sinn. Nur der bekannte „Zoll Fischer“ führte am Freitag noch zu einigen Auseinandersetzungen zwischen den ganz und den halb reaktionären Parteien. Die Debatte lieferte den allerdings nicht überraschenden Nachweis, daß man die sogenannte liberale oder moderne Richtung in der Theologie systematisch zu boykottieren und von den Kanzeln zu verdrängen sucht. So gleichgültig uns an sich dieser häusliche Streit im Schoße der Kirche sein kann, so ist es doch interessant, daß auch über diese Frage die Rechte und mit ihr die Regierung nicht einmal eine Diskussion zulassen will, gleich als fürchte sie, daß schon die bloße Konstatierung, daß es eine liberale Richtung innerhalb der Kirche gibt, die gläubigen Gemüter verwirren könnte. Im Verlaufe der Debatte sprach sich der Freisinnige Zwif gegen die achtsiffige Volksschule aus, wie sie in Berlin eingeführt ist.

Die weitere Beratung des Kultus-Etats, die bis zum Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen“ fortschritt und am Sonnabend fortgesetzt werden soll, war belanglos.

Der Einmischungsminister.

Graf Bülow hat in seinem Jansenanismus des öfteren im Reichstag die unsinnige Anschauung vertreten, es sei eine unzulässige Einmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten, wenn man die revolutionären Bestrebungen in Rußland mit Sympathien und die Schreckenstaten des Absolutismus mit dem gebührenden Haß begleitet. Selbstverständlich hat jeder deutsche Staatsbürger und jede Partei das Recht, zu den Vorgängen im Ausland diejenige Stellung einzunehmen, die man für angemessen hält. Dagegen kann man zugeben, daß sich eine Regierung eine gewisse Zurückhaltung auferlegen müsse, und wir wünschen gerade von der preussischen Regierung, daß sie sich in die russischen Angelegenheiten weniger im Sinne des reaktionären Syndikates zur Erhaltung des Absolutismus einmischen möchte.

Ein böshafter Zufall hat es nun gewollt, daß der unmittlere Kollege des Reichskanzlers, der preussische Finanzminister von Rheinbaben, selbst sich durch eine parlamentarische Aeußerung einer offiziellen Einmischung in die Angelegenheiten fremder Staaten schuldig gemacht hat. Um die Gewaltpolitik der preussischen Regierung gegenüber den polnischen Staatsbürgern in Preußen zu rechtfertigen, behauptete kürzlich der Minister von Rheinbaben im preussischen Abgeordnetenhaus, daß die galizischen Polen gegen die Ruthenen sich Unterdrückungen zu schulden kommen ließen.

Das ist dem Herrn von Rheinbaben aber sehr schlecht bekommen. In Oesterreich-Ungarn spielen die Polen eine große Rolle, und so hat die österreichisch-ungarische Regierung sich veranlaßt gesehen, wegen dieser Einmischung des Ministers in Berlin vorstellig zu werden.

Höchst kleinlaut bittet Scherks Organ für den Finanzminister um Entschuldigung, dem es selbstverständlich fern gelegen habe, sich in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates zu mischen oder gar Völkereien zu verlegen.

Herr Graf Bülow mag daraus ersehen, wie schwer es selbst für einen Minister ist, die Grenze selbst höchst ungebühriger Einmischungen zu respektieren. —

Deutsches Reich.

Die Untersuchungskommission.

Die „Post“ veröffentlicht ein neues Untersuchungsprotokoll von der Fische Chamrod III/IV. Auch diese Untersuchung zeigt wieder, daß den untersuchenden Herren jede Spur sozialpolitischen Verständnisses fehlt. Deshalb kann man es der „Post“, nicht verdenken, wenn sie folgenden Triumphgefang anstimmt:

Die neuesten Untersuchungen der Ministerial-Kommission über die Verhältnisse im Ruhrkohlengebiete haben ähnliche Resultate gehabt wie die früheren. Kennenwerte Mißstände für die Arbeiterchaft, welche ein Vorgehen auf dem Wege des allgemeinen Ausstandes hätten rechtfertigen können, ließen sich nirgends feststellen, obwohl mit dem äußersten Eifer Anlagematerial zusammengeführt war. Jahrelang zurückliegende, an sich ziemlich belanglose Punkte wurden mit herangezogen, um das verhältnismäßig recht dürftige Anlagematerial so viel wie möglich zu ergänzen. Bemerkenswert ist es noch, daß die Arbeiter auch in den neuen Untersuchungen wieder nicht umhin konnten, rückhaltlos zuzugeben, daß die Beschwerdepunkte nicht als hindernd erscheinen könnten, einen Streik zu rechtfertigen. Ferner wurden auch einfach vor Eintritt in die Verhandlung eine ganze Menge von Anlagepunkten von vornherein von den Vertretern der Arbeiter fallen gelassen oder zurückgezogen, teils weil sie sich selbst wohl schon von der Unhaltbarkeit derselben überzeugt hatten, teils auch weil — und das ist höchst bezeichnend — zuverlässige und glaubwürdige Zeugnisse für die behaupteten Tatsachen nicht aufzutreiben gewesen waren.

Für den Geist und die Art der Untersuchung sprechen zwei charakteristische Stichproben, die wir dem Protokoll der „Post“ entnehmen:

Eine Anzahl Bergleute wollen die Sonntags-Nachtschicht verlegt haben, weil „Sonntags die schönste Zeit zum Spazierengehen sei, oder um einen Verursachenden, oder einen Verwandten, oder eine Vergarbeiter-Versammlung zu besuchen.“

Auf die Bemerkung des Vorsitzenden, daß die Zeit zur Verhandlung derartiger Beschwerden eigentlich doch zu kostbar sei, ziehen die Vergarbeiter-Vertreter diese Beschwerde zurück.

Es ist doch auch zu kindisch von den Arbeitern, den Herren Untersuchungskommissionen zuzumuten, sie sollten sich darüber unterhalten, ob der Bergarbeiter einen Sonntag zum Spazierengehen oder zum Besuche von Kollegen oder einer Versammlung braucht. Spazierengehen kommt doch nur reichen Leuten zu, Besuch von Kollegen oder Verwandten ist etwas fürs Gemüt und das hat ja der Arbeiter sowieso nicht. Und nun erst gar Versammlungen besuchen! Unsere Gesetze behandeln zwar auch den Arbeiter als Staatsbürger; er soll zum Reichstage wählen, hat auch eine Art Wahlrecht zum Landtage und zur Gemeinde, wenns auch nichts taugt; er soll zum Gewerbeamt, zum Krankenkasse wählen, aber Versammlungen besuchen! Das ist nicht Sache des Arbeiters, denn in den Versammlungen da wird der Arbeiter nur ausgebeutet, von seinen Rechten einen „ungeeigneten“ Gebrauch zu machen! Also wahrhaftig, wie kann man einer königlich preussischen staatlichen Kommission mit den großen Bureaokratenzöpfen zuzumuten, sie solle prüfen, ob der Arbeiter zu solchen Dingen die nötige Zeit hat.

3. Die Hauer Herden und Heinen fühlen sich veranlaßt, „den Unfall zu rügen, welcher kurz vor Weihnachten 1904 in der östlichen Seilbahn passierte und durch den der Seilbahnaufseher zu Tode kam“. Als Ursache können sie nur das auf der Reize bestehende Prämienystem ansehen, durch welches die Aufseher gezwungen würden, gar nicht oder sehr wenig die Seilbahn still zu setzen.

Dann wurde von der Reizenvertretung an die Zeugen die Frage gerichtet, sie möchten nun angeben, inwiefern das Prämienystem auf den Tod des Michalowski eingewirkt habe.

Der Zeuge Herden erklärt: „Ich bin nicht in der Lage, direkt den Nachweis zu erbringen, daß das Prämienystem an der tödlichen Verunglückung des Michalowski schuld ist, ich vermute dies nur.“

Ein Mitglied der Kommission bemerkt dazu: „Sie schaden durch solches Vorbringen Ihrer Sache nur“, und zu den Arbeitern: „Es wäre eigentlich Ihre Sache, wenn Sie derartige Befehle ausführen wollten.“

Die Reizen-Vertretung führt aus: „Der Unfall Michalowski ist amtlich untersucht und es haben sich über denselben nur Vermutungen aufstellen lassen“. Sie legt dann das Prämien-System klar, das darin besteht, daß bei einem Durchschnittsstillstand von 10 Minuten pro Schicht die Maximal-Prämie gewährt und bei einem längeren Durchschnittsstillstand für jede Minute mehr Stillstand 1,50 M. abgezogen werden. Sie erklärt sich bereit, den Nachweis zu erbringen, daß es dem verunglückten Aufseher nur zweimal im Jahre 1904 nicht gelungen ist, die Maximal-Prämie zu erreichen, sie erklärt ferner, daß die Kreuzung der Seilbahn gemäß dem § 99 der Bergpolizei-Verordnung vom 28. März 1902 gestattet sei, und daß im übrigen neben der Seilbahn durchgängig ein den Bestimmungen des genannten Paragraphen entsprechender Fahrgeweg vorhanden sei.

Für Leute mit etwas sozialpolitischem Verständnis ist die Vermutung nur zu naheliegend, daß dieses elende Hehlsystem auf den Unfall eingewirkt hat. Eine Minute mehr Stillstand als zehn Minuten in einer Schicht kostet den Arbeiter 1,50 M.! Die Arbeiter zeigten durch Aufstellen ihrer Vermutung, daß sie in der Tat den Herren Untersuchungskommissionen an sozialpolitischer Einsicht unendlich überlegen sind. Daß sie sich durch das Mandat, sie sollten einen juristischen Nachweis für den Zusammenhang zwischen der Hehlsjagd und dem Unfall erbringen, einschüchtern lassen, beweist nur, daß sie im Verhandeln mit den überfahrenen Unternehmeragenten noch nicht genügende Erfahrung besaßen. Sie haben sich durch einen Trick der Herren verblüffen lassen.

„Sie schaden durch solches Vorbringen Ihrer Sache nur“; diese Bemerkung des Regierungsvertreters verdient festgehalten zu werden. Sie wirft ein so helles Licht auf die absolute Unfähigkeit der Untersucher, sozialpolitische Dinge zu beurteilen, daß sie allein schon ausreicht, den Wert der Untersuchungsergebnisse vollständig zu diskreditieren.

Das ist ein allgemeiner Mißstand. Bei Strafe von 1,50 Mark für eine Minute Stillstand ist der Arbeiter gezwungen, nur immer weiter zu hehen. Die Regierungsvertreter halten die Befehle darüber für schädlich und sind seelensündergünstig, konstatieren zu können, daß allgemeine Mißstände nicht festgestellt werden konnten. Der ganze Streik erscheint ihnen dann wie eine teuflische Erfindung, gemacht, um die Herren in ihrer vergnügten Ruhe zu stören. Solche Sozialpolitik ist ein Jammer! —

Ein hartes Urteil!

Die Verhandlungen des Königsberger Prozesses, in denen es sich herausstellte, daß die Zollverwaltung eine außerordentlich bedenkliche Rolle als eine Art russische Zensur in Deutschland spielte, insbesondere der Charlottenburger Fall Weber, wo Pakete mit russischen Schriften in denselben Augenblick beschlagnahmt worden sind, als sie von der Post gebracht worden waren, hatten in der „Leipziger Volkszeitung“ Verdacht erweckt, als ob die Postverwaltung nicht genügend die Pflicht der Geheimhaltung wahrte. Auf Grund von Bemerkungen, die in dieser Richtung gingen, wurde der Redakteur Lange von der „Leipziger Volkszeitung“ heute, wie uns ein Privattelegramm mitteilt, vom Landgericht in Leipzig wegen Beleidigung der Reichspostverwaltung zu der ungeheuren Strafe von neun Monaten Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet.

Wir behalten uns eine Kritik dieses Urteils vor bis zur Kenntnis der Gerichtsverhandlung selbst. Wie immer man darüber denken mag, ob sich auf Grund des Königsberger Prozesses ein Verschulden der Postverwaltung nachweisen läßt —, jedenfalls konnte man aus den Zeitungsberichten wenigstens im Falle Weber den Verdacht gewinnen, daß nicht alles in Ordnung gewesen ist. Es ist die Pflicht der Presse, durch Besprechung derartiger Fälle die Möglichkeit einer Klarstellung zu schaffen. Solche Erörterungen haben niemals den Zweck, irgend jemanden oder irgend eine Verwaltung zu beleidigen, sondern etwaige Mißstände zu beseitigen. Gerade die Reichs-Postverwaltung hat, wie wir glauben, in diesen Dingen keinen Anlaß, die Kritik zu scheuen, um so mehr aber sollte sie die kleinliche Auffassung aufgeben, wegen irgend einer Bemerkung, die ihr nicht gefällt, den Staatsanwalt in Bewegung zu setzen.

Unter keinen Umständen steht die schwere Strafe von neun Monaten Gefängnis in irgend einem Verhältnis zu den Bemerkungen der „Leipziger Volkszeitung“. Besonders auffällig ist, daß der Redakteur auch gleich verhaftet worden ist, obwohl niemals ein sozialdemokratischer Redakteur irgendwie daran gedacht hat, trotz schwerster Strafen sich durch die Flucht der Vollstreckung des Urteils zu entziehen. —

Liberaler Ehrenmitglied des Bundes der Landwirte.

Der topographische Bericht der dritten Lesung der sogenannten Handelsverträge gibt die Liste der namentlichen Abstimmungen über den österreichischen und den russischen Vertrag. Die Abstimmungen der „Freisinnigen“ verdienen zu Ruh der Wähler besonders daraus hervorgehoben zu werden.

Von den 8 Mitgliedern der Freisinnigen Vereinigung stimmten gegen die Verträge: Dove, Gohslein, Schrader; dazu die beiden Hospitanten v. Verlach und Dr. Potthoff. Für die Miß-

handelsverträge stimmten: Hoek (Schleswig-Holsteiner Wahlkreis), Wammien (S. Danzig), Dr. Vachnide (S. Mecklenburg-Schwerin), Riß (S. Elb.-Lothringen). Hofmeister (S. Liegnitz) fehlte unentschuldig.

Von den 20 Mitgliedern der Freisinnigen Volkspartei stimmten gegen die Verträge: Bargmann, Eichhoff, Meier Jobst; Müller-Meinungen stimmte gegen den russischen Vertrag, enthielt sich der Abstimmung über den österreichischen. Für die Verträge stimmten: Dr. Klab (S. Liegnitz), Well (1. Liegnitz), Dr. Hermes (7. Liegnitz), Kaempf (1. Berlin), Kopsch (5. Liegnitz), Dr. Leonhart (4. Schleswig-Holstein), Werten (Jerichow), Müller-Sagan (2. Liegnitz), Sartorius (S. Pfalz), Schmidt-Eberfeld (S. Hessen), Dr. Wiemer (1. Erfurt). Dr. Rugdan (9. Liegnitz) stimmte für den österreichischen und gegen den russischen Vertrag; Träger enthielt sich der Abstimmung. Lenzmann und Richter fehlten entschuldig, Pohl nicht entschuldig.

Vom Abgeordneten Richter, der durch seinen Gesundheitszustand am Erscheinen verhindert ist, weiß man, daß er seinen Knappen die Annahme der Verträge empfohlen hat! —

Vom Freisinn bis zum Bündertum!

Der Losung des Agrarierhauptslings v. Oldenburg folgend, haben sich im Wahlkreis Hof Wünder und „Freisinn“ zusammengefunden und einen „liberalen“ „Sieg“ herbeigeführt. Die Stichwahl, deren vollständiges Ergebnis noch nicht vorliegt, hat der Sozialdemokratie nur eine geringe Vermehrung der im ersten Wahlgang erreichten Stimmenzahl gebracht, während der gegnerische Kandidat Dr. Goller die Gesamtzahl der im ersten Wahlgang für den Kandidaten des Bundes der Landwirte abgegebenen Stimmen erhielt.

Der Vergleich der diesmaligen Stichwahl mit der vom Jahre 1903 zeigt, daß die Sozialdemokratie gegen 1800 Stimmen weniger erhielt. Es erklärt sich dieser Stimmenrückgang in der Stichwahl daraus, daß bei der Stichwahl im Jahre 1903, die zwischen unserem Kandidaten und dem Rationalliberalen Münch-Herber ausgefochten wurde, ein Teil der im ersten Wahlgang für die Freisinnige Volkspartei abgegebenen Stimmen in der Stichwahl auf unseren Kandidaten fiel, während bei der jetzigen Stichwahl, in der wir mit einem Kandidaten, der sich als links von den Rationalliberalen stehend bezeichnete, zu tun hatten, die freisinnigen Stimmen vollständig bei den Gegnern verblieben sind. Von einem Verlust unserer Partei im Wahlkreis kann daher angesichts des Wahlergebnisses, wenn es auch nicht als ein für uns günstiges zu bezeichnen ist, keineswegs die Rede sein.

Am wenigstens hat die Freisinnige Volkspartei Anlaß, über diesen Erfolg zu jubilieren. Wie gering der Anlaß, zeigen die Heufierungen der konservativen Blätter. In welcher Weise der freisinnige Kandidat sich freisinnig im Wahlkampf gezeigt hat, läßt sich ahnen aus den Worten der „Post“:

„Man kann gespannt sein, ob Dr. Goller sich der Freisinnigen Volkspartei anschließt, oder ob er wild-liberal bleiben wird. Die Freisinnige Volkspartei betrachtet ihn ganz als den ihrigen, während er in der Wahlbewegung immer nur schonend als liberal bezeichnet wurde. Der Bund der Landwirte erwartet seinerseits, daß Dr. Goller darauf Rücksicht nimmt, daß er der bündlerischen Unterstützung sein Mandat verbannt.“

Und die „Deutsche Tageszeitung“ betrachtet diese Wahl geradezu als „Erfolg des Bundes“. Sie sagt deutlich genug, daß Dr. Goller „Erklärungen und Versprechungen abgegeben hat, an die er nach Befinden erinnert werden kann“.

Der Freisinn hat in Hof „gesiegt“, indem er jeden Freisinn verleugnete und an die äußerst reaktionären Parteien selbstmörderische Konzeptionen machte. Auf den Rücken des Agrarierbundes stolpert die neue „freisinnige“ Errungenschaft in den Reichstag. —

Stramm stehende Stadtverordnete. Aus Königsberg wird uns geschrieben: Eine große Ehre wurde am Dienstag den Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern der „Stadt der reinen Vernunft“ zuteil. Sie durften stehend eine Rede des Oberpräsidenten Herrn v. Kolke anhören. Nur die vier Sozialdemokraten wußte die hohe Ehre nicht zu schätzen, sie sahen und hörten sich des Schauspiel sitzend an. Erst als der Oberpräsident über die Audienz, die er mit unserem Oberbürgermeister beim Kaiser in Berlin in der Entfestigungsangelegenheit unserer Stadt beehrte und den Saal verlassen hatte, wagten es die ehewürdigen Stadtväter, sich auf ihre Stühle zu setzen.

Die Anwesenheit des Oberpräsidenten führt aber auf die, eigentlich nur noch dem Namen nach „liberalen“ Stadtväter eine ungemein reaktionäre Stimmung hinterlassen zu haben. In dieser Sitzung stand nämlich ein Antrag unserer Genossen zur Verhandlung, die Stadt möge für die notleidenden Bergarbeiter im Ruhrgebiet 10 000 M. zur Linderung des Notstandes bewilligen. In der Abteilung hatten am Abend vorher fünf bürgerliche Stadtverordnete für diesen Antrag gestimmt. In der öffentlichen Sitzung am Dienstag legte sich der Referent dieser Vorlage mächtig gegen dieselbe ins Zeug. Genosse Haase trat mit überzeugender Wärme für die Bewilligung der 10 000 Mark ein. Weder ein Stadtverordneter noch der Magistrat sprachen ein Wort gegen den sozialdemokratischen Antrag. Bei der Abstimmung brachten es aber außer unseren Genossen nur noch zwei bürgerliche Stadtverordnete fertig, sich für den Antrag von ihren Sitzen zu erheben. Für einen von liberaler Seite gestellten Antrag, wenigstens 5000 Mark für die Bergarbeiter zu bewilligen, stimmten von circa 85 anwesenden Stadtverordneten, außer unseren Genossen nur etwa 15 Stadtväter. Dafür wurde aber in derselben Sitzung ein Antrag des Magistrats, 3000 M. zur Stiftung eines Kirchenfensters für den Dom zu bewilligen, mit übergroßer Majorität angenommen.

Wie verlautet, sollen während und nach dieser denkwürdigen Stadtverordneten-Sitzung einige Stadtväter ihr mahnendes Gewissen dadurch beruhigt haben, daß sie privatim einige Mark für die notleidenden Bergarbeiter spendeten. Bekanntlich spendete unsere Stadt vor einigen Wochen 10 000 M. zum Hochzeitsgeschenk für den Kronprinzen.

Karneval-Polizei. Im Gürzenich zu Köln tobte beim vorjährigen Karneval die bürgerliche Jugend sich in allzu tollen Orgien aus, die wüsten und gemeinsten Szenen wurden aufgeführt. Unser Blatt hat damals die Schamlosigkeit im heiligen Köln der Öffentlichkeit angezeigt. In diesem Jahre ist nun die Polizei daran, den Ruf der Kölner zu schützen. Der Polizeipräsident hat neue Bestimmungen für die Karnevalstage erlassen, wodurch das bisherige Karnevalstreiben bedeutend eingeschränkt wird. Verboten sind „alle Maskeraden, welche Religion, Sitten oder den Anstand verletzen, sowie für die Obrigkeit oder für Privatpersonen beleidigend sind“. Ebenso ist das Tragen von vollständigen Militär- und Beamtenuniformen verboten. Zweideutige Lieder dürfen nicht gesungen, nach 11 Uhr abends darf nicht musiziert werden. Einzelne Musikinstrumente dürfen auf der Straße nicht gebraucht werden. Alle Nachtbälle ohne Unterschied sind spätestens um 3 Uhr nachts zu schließen.

Nach rechter Polizeiart werden die Ungehörigkeiten der früheren Jahre dazu benutzt, um eine gänzlich unnötige und mörderische Einengung des Karnevals zu betreiben. Die polizeiliche Heimgewinnerei will ausrotten, was „Religion, Sitte oder Anstand verletzt“ oder gar die hohe Obrigkeit beleidigt.

Selbst am schönen Wein vermag die heutige Zeit nicht echten Frohsinn zu entfalten. Sie taumelt zwischen ähnlichen Schamlosigkeit und polizeilichen Bevormundungen. —

Vom Offenlegen der Kommunal-Wählerliste. Die Klage gegen die Gültigkeit der Gemeindevertreterwahlen in Freudenberg war in zweiter Instanz mit der Begründung abgewiesen worden, daß das behauptete gesetzwidrige Zustandkommen der Wählerliste nicht erwiesen sei. Der Bezirksauschuss ging davon aus, daß es genügt hätte, wenn den Wählern bei der gesetzmäßigen Offenlegung der

Liste gestattet werde, ihren Namen und die Einsetzung der Abteilungen nach dem Gesamtsteuerfoll aus der Liste zu ersehen und eventuell darin zu klären. Das Ober-Verwaltungsgericht hob jedoch das Urteil auf und verwies die Sache noch einmal an den Bezirksauschuss zurück. Es sollen die Gewählten beigeladen werden. Der erste Senat meinte, diese Beiladung würde sich ja erübrigen, wenn auch in letzter Instanz Abweisung der Klage möglich wäre. Das sei aber nicht der Fall, denn schon jetzt sieht fest, daß den Wählern die Liste nicht in dem vom Gesetz erforderten Umfange einzusehen gestattet worden sei. Das Ober-Verwaltungsgericht gab davon aus, daß den Wählern gestattet sein müsse, bei Offenlegung der Liste uneingeschränkt von ihrem Inhalt Kenntnis zu nehmen, und daß den Einsichtnehmenden sogar nicht verweigert werden dürfe, die einzelnen Steuerbeiträge sich anzusehen. In dessen ist nach Meinung des Gerichts nicht gerechtfertigt das Verlangen der Wähler, die Liste selbst in die Hand zu nehmen. Es genügt, daß die Liste vorgelegt und dem, der Einsicht nehme, körperlich so nahe gebracht werde, daß er sich von dem Inhalt überzeugen könne. Diese Grundzüge muß der Bezirksauschuss bei der neuen Verhandlung und Entscheidung berücksichtigen. —

Südwestafrika.

Nach einem Telegramm aus Windhuk ist im Patrouillengeficht bei Kunub am 31. Januar gefallen: Theodor Friedrich Wilhelm Duffe, geboren am 23. April 1865 zu Drossen. Beruf: Reiter August Fischer, geboren 18. Januar 1883 zu Gummin. Verwundet: Bei einem Ueberfall halbwegs Ouloxero und Epuliro am 5. Februar 05 Befreiter Wilhelm Hauser, geboren 1. Januar 1882 zu Derendingen, leicht, Fleischschuß rechten Unterarm. Im Patrouillengeficht Litdraai am 18. Februar 1905: Unteroffizier Georg Hagen, geboren 11. August 1877 zu Löhlig, Schuß linken Unterarm. Verunglückt: Wachtmeister Emil Kerklau, geboren 21. April 1877 zu Lepalothan, am 17. Februar durch Unvorsichtigkeit eines Reiters in Warmbad mittelst Revolver Schuß linken Ellenbogen verwundet.

Ausland.

Die Neuordnung des Eisenbahnbetriebes und die Interessen des Personals.

Rom, 21. Februar. (Fig. Ver.)

In dem Begleitschreiben, das dem Dekret der Kammerauflösung im Oktober vorigen Jahres beigegeben war, hat die Regierung bereits unambiguos die Absicht ausgesprochen, die Bahnen in Staatsbetrieb zu übernehmen. Der heute eingereichte Gesetzentwurf begründet diesen Beschluß mit dem Umstand, daß es in Italien an kapitalistischen Unternehmungen fehlt, die einen derartigen Riesenertrag übernehmen und alles Risiko allein tragen können, ohne gewisse Sicherstellungen von Seiten der Regierung. Sobald aber die Regierung die den Betrieb übernehmenden Gesellschaften sicherstellen muß, so fällt eben alles weg, was den heutigen Privatbetrieb charakterisiert und was ihn dem Staate annehmbar machen könnte. Es kommt zu einer Form indirekten, abgeleiteten Staatsbetriebes, wie ihn die bisherigen Pachtverträge herstellten.

Auf den administrativen und den technischen Teil des Gesetzentwurfes werden wir Gelegenheit haben bei seiner Diskussion im Parlament näher einzugehen. Was heute im Vordergrund des Interesses steht, ist die Frage: Wie werden sich die organisierten Eisenbahner zu den Bestimmungen über das Personal stellen? Am 24. d. M. wird sich die aus 45 Delegierten bestehende Kontrollkommission darüber entscheiden, ob die 80 000 organisierten Eisenbahner Italiens mit dem Generalstreik auf den Gesetzentwurf antworten sollen oder nicht.

Der Entwurf enthält all' die Verbesserungen in der Lage des Personals, die Todesco in seiner jüngsten Unterredung in Aussicht gestellt hatte: Steuerentlastung (Herabsetzung der Einkommensteuer von 9 auf 7 1/2 Proz.), Witwen- und Waisenspenden (die dem Staat 1 600 000 Lire jährlich kosten wird, außer einer einmaligen Ueberweisung von 17 Millionen zur Gründung des Reservefonds), einheitliche Gehalts- und Avancementsordnung, Gehaltsverbesserung, Gewinnteiligung und Festsetzung einer von zehn zu zehn Jahren vorzunehmenden Revision des Arbeitsvertrages durch Vertreter beider Kontrahenten, der staatlichen Bahnverwaltung und des Personals.

Des weiteren setzt der Entwurf vertretende Körperschaften ein, für jede Kategorie des Personals und von dieser gewählt. Diese Körperschaften sollen über die Dienstordnung befragt werden und über die Wünsche und Beschwerden gemeinsam mit den Vertretern der Bahnverwaltung beraten (nicht entscheiden!). Ferner wird eine Schiedsgerichts-Kommission eingesetzt, bestehend aus einem Mitgliede des Staatsrats, einem des Kassationshofes und des Ober-Rechnungsrates (jedes von seiner Körperschaft gewählt), ferner aus zwei Vertretern der Bahnverwaltung und zwei des Personals. Hier fährt der der Presse übergebene Auszug fort: „wenn die Streitfrage einen allgemeinen Charakter hat, werden die Vertreter der verschiedenen oder aller Kategorien des Personals zugezogen“, ob mit Berater oder entscheidender Stimme, ist nicht zu ersehen.

Und der Entscheid dieser Schiedsgerichtskommission, in der, wie es scheint, die Arbeiter immer zu den Vertretern der herrschenden Klassen wie 2:5 stehen, muß von den Parteien angenommen werden. Wir haben also ein obligatorisches Schiedsgericht vor uns; aus ihm ergibt sich, fährt der Auszug fort, „die Notwendigkeit besonderer Sanktionen gegen alle, die sich der gesetzlichen Schutzmittel nicht bedienen oder ihre gesetzlichen Folgen nicht anerkennen und Agitationen unternehmen, um den Dienst zu stören oder unmöglich zu machen“. Um welche Art Sanktionen es sich handelt, ist noch nicht bekannt.

Wenn diese Zeilen in Druck gehen, stehen die Eisenbahner vor der Entscheidung, Niemand verheißt sich, daß die Lage sehr ernst ist. Die Regierung hat den Eisenbahnern den Handschuh hingeworfen. Sind sie stark und einig genug, ihn aufheben zu können? Ueber den Streik wird die Kontrollkommission entscheiden. Die Streiklust vieler Gruppen ist sehr groß und kaum zu zügeln. Aber der Ernst der Stunde gebietet, alles reiflich zu prüfen und nicht ohne Not einen Kampf zu beginnen, dessen Folgen bei unglücklichem Ausgange verhängnisvoll sein können.

Rom, 24. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Entscheidung der Kommission der Eisenbahner ist noch nicht gefallen. Die Parlamentarier fordern die Eisenbahner auf, nur im Fall der Annahme der Entwürfe durch die Kammer in den Generalstreik zu treten. Der Parteivorstand erläßt ein Manifest an die Sozialisten Italiens, welches zu energischem Kampf für die Arbeiterrechte gegen die Reaktion auffordert. —

Frankreich.

Der Kongress von Rouen.

Paris, 23. Februar. (Fig. Ver.) Auf Beschluß des Interföderalen Komitees der P. S. F. (Naurdsisten) wird der Kongress von Rouen am 26., 27. und 28. März tagen.

Der Zweck dieses Kongresses ist bekanntlich die Entscheidung über den Konflikt zwischen der Kammerfraktion und der Partei, der sich um die Bloc-Taktik und folglich um die sozialistische Einigungsfrage dreht. Dieser Gegenstand bildet den ersten Punkt der Tagesordnung des Kongresses. Daneben sollen noch, gemäß dem Beschluß des Interföderalen Komitees,

Folgende Punkte verhandelt werden: 1. Obligatorische Schiedsgerichte bei Streiks — eine vom vorjährigen Kongress den Föderationen zum Studium überwiesene Frage, die ihre Entstehung dem bekannten Entwurf Willerands verdankt. Der linke Flügel der P. S. F. bekämpft diesen Entwurf von Grund aus. 2. Die Listenwahl und die Proportionalvertretung. 3. Die Organisation der sozialistischen Propaganda. 4. Verschiedenes.

Ferner wurde die Vertretung der organisierten Mitgliederzahl neu geregelt. Als Vertretungsbasis soll gelten die Zahl der 1904 gelösten Mitgliedsarten, nicht wie früher die Zahl der in den letzten paar Monaten vor dem Kongress gelösten Karten. Angehts der Konfliktfrage ist das eine zweedmäßige Neuerung. Sie wurde beantragt vom linken Flügel.

Zum Urteil der Hullkommission.

Paris, 24. Februar. Ueber den Bericht der Hullkommission meldet der „Matin“ folgende Einzelheiten: Der Bericht ist nach der Art der Geschnorenen-Verdicke abgefaßt und enthält die einzelnen Fragen sowie die darauf begünstigten Antworten Ja oder Nein, und die Angaben, ob mit Stimmenmehrheit oder einstimmig. Ferner verlautet, es werde durch den Bericht festgestellt, daß der Vorfall von Hull weder auf den militärischen Ruf noch auf die Gefühle der Menschlichkeit des Admirals Roschidstovensky oder seiner Untergebenen einen Schatten werfe. Doch werden zwei gewichtige Vorbehalte gemacht, nämlich 1. daß der Admiral das Geschützfeuer nicht 10 bis 12 Minuten lang hätte fortsetzen sollen, 2. daß er die Pflicht gehabt hätte, sofort nach der Ankunft in den englischen Gewässern die englischen Seebefehden von dem Vorfall zu verständigen. Die Höhe und Verteilung der von Rußland zu leistenden Entschädigung wird den Gegenstand direkter Verhandlungen zwischen der russischen und britischen Regierung bilden.

Paris, 24. Februar. Deputiertenkammer. Bei der Beratung über den Marine-Etat in der Sitzung heute morgen kommt Gerville-Réache auf die Frage des Marineprogramms zurück und stellt fest, daß Deutschland seinen Marine-Etat um 160 Millionen, die Vereinigten Staaten den ihren um 280, England den seinigen um 250 Millionen vergrößert; Frankreich müsse also große Opfer bringen, um seine maritime Nachstellung zu behaupten. Mehrere Redner sprachen sich zugunsten der Werftarbeiter aus.

Die Kammer nahm einen vom Marineminister Thomson gebilligten Beschlußantrag an, der dahin geht, große Linienschiffe zu bauen, ebenso wird ein anderer Antrag, der den Bau von U-Booten betrifft, angenommen. Nachdem noch mehrere Titel angenommen sind, findet Schluß der Sitzung statt.

England.

Der englische Arbeitsmarkt im Jahre 1904. Die neueste Nummer der „Labour Gazette“ gibt einen Überblick über den Stand des Arbeitsmarktes im vergangenen Jahre. Danach hat die Abwärtsbewegung in der Industrie, die Mitte des Jahres 1900 einsetzte, auch im Jahre 1904 andauert. An den monatlichen Berichten an das englische Arbeitsamt waren im Jahresdurchschnitt 570 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter beteiligt. Der Prozentfuß der Arbeitslosen betrug bei den betreffenden Gewerkschaften in den Monaten des Jahres 1904 durchschnittlich 6,6, verglichen mit 5,1 in dem vorausgegangenen Jahre. Die Zahlen für 1904 sind die höchsten seit dem Jahre 1904; damals wurden 6,9 Proz. Arbeitslose gezählt. War das Jahr 1894 weit unter dem Durchschnitt, so hat es doch noch eine Anzahl schlechterer Jahrgänge gegeben, so z. B. das Jahr 1879 und die Jahre von 1884—1887 und schließlich das Jahr 1893 und 1894, andererseits ist aber noch nicht abzusehen, ob der tiefste Stand jetzt schon erreicht sein wird.

Dänemark.

Das Prägelfesetz ist am Dienstag vom Landsting mit 42 gegen 5 Stimmen, die des einzigen sozialdemokratischen Landstingungs-Abgeordneten C. C. Andersen und die von vier konservativen, in dritter Lesung angenommen worden. Vor der Abstimmung protestierte unser Parteigenosse in einer ausgezeichneten kurzen Rede nochmals eindringlich gegen die kulturwunden Prägelfesetze, hob aber hervor, daß er mit den humanen Bestimmungen des Entwurfs, wie die über Straffreiheit der Kinder unter 14 Jahren und die über bedingte Verurteilung, wohl einverstanden sei. — Nun wird sich das Folketing wieder mit dem Entwurf befassen.

Für den Achtstundentag. Das dänische Folketing hat sich vor einigen Tagen in erster Lesung mit dem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf zur Einführung des achtstündigen Arbeitstages befaßt. Es war das neunte Mal, daß unsere Parteigenossen das Folketing veranlaßten, über diese Forderung zu verhandeln. In seiner inhaltreichen Rede über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der gezielten Einschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden bemerkte Martin Olsen unter anderem: „Man soll doch nicht glauben, daß man diese Sache tödlich schwächen kann, so wie man den Sozialismus tödlich schwächen wollte. Für die Arbeiter gilt auch hier vor allem das Gebot: Du sollst Dich nicht verblüffen lassen!“ — Von den bürgerlichen Abgeordneten sprach sich der Wortführer der neuen radikalten Linken, Alfred Christensen, sehr sympathisch über den Entwurf aus, sowie für allgemeine Einführung des Achtstundentages in den Staatsbetrieben. Der Wortführer der Regierungspartei sprach jedoch gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, die er als einen Eingriff in die persönliche Freiheit bezeichne, bemerkt aber auf eine Anfrage Olfens, daß ja der Arbeiterrat (der die Aufgabe hat, die Durchführung der Fabrikgesetze zu überwachen und das Recht, Vorschläge zu ihrer Verbesserung zu machen) mit beratigen Vorschlägen kommen könne. Der Minister des Innern gab trotz wiederholter Aufforderung Olfens keine bestimmte Erklärung über seine Stellung zu dem Gesetzentwurf ab, der schließlich einem Ausschuss von 11 Mitgliedern überwiesen wurde.

Ein Gesetzentwurf über Stempelfreiheit für die Arbeiter-Lebensversicherung, die bekanntlich der Staatsanstalt für Lebensversicherung angegliedert ist, wurde in der Dienstagssitzung des Folketings einstimmig angenommen. Er wird jedenfalls auch die Zustimmung des Landstings finden.

Sur Regelung der Arbeitszeit in den Bädereien und Konditoreien hat der Minister des Innern kürzlich einen vom Arbeiterrat ausgearbeiteten Gesetzentwurf eingebracht, der jedoch noch mancher Verbesserung bedarf, wenn er wirklich nutzbringend wirken soll.

Norwegen.

Die Konsulatsfrage. Das Storting hat am Dienstag einstimmig ein Komitee von 19 Mitgliedern gewählt, das über die Konsulatsfrage auf Grund der dazu vorliegenden Dokumente beraten soll. Dem Komitee gehören Abgeordnete aller Parteien an und als Vertreter der Sozialdemokratie Dr. Grifsen. Das Storting beschloß, seine Sitzungen bis zum Montag auszusetzen, um dem Komitee Gelegenheit zu geben, ungehindert arbeiten und seine Vorschläge sobald wie irgend möglich fertigstellen zu können. In der kurzen Debatte, die diesen Beschlüssen vorausging, wurde dieses Komitee als das wichtigste bezeichnet, das seit dem Jahre 1814 tätig war.

Am Sonntag und Montag hat sich auch der Parteitag der schwedischen Sozialdemokratie, der in Stockholm tagt, mit der Konsulats- und Vereinsfrage befaßt. Von den nordnordischen Vertretern sprachen Dr. Grifsen, Magnus Riisen und Wuen; von den Schweden Pranting und eine große Anzahl anderer Parteigenossen. Wie vorausgesehen war, betonte die Debatte, daß die schwedische Sozialdemokratie das Verlangen Norwegens nach politischer Selbständigkeit vollkommen zu würdigen versteht und in keiner Weise die Oberhoheit der herrschenden Klassen Schwedens billigt. Zu einer Resolution über die Konsulats-

und Arbeitsfrage wurden verschiedene Vorschläge gemacht, die schließlich dem Redaktionsausschuß des Parteitag zu näherer Prüfung und Bearbeitung überwiesen wurden.

Soziales.

Die Selbstverwaltung in den Krankenkassen.

Man schreibt uns: In Rheidt, einer industriereichen Stadt des Kreises M.-Gladbach, war bisher die Ortskrankenkasse von einem Magistratssekretär verwaltet worden, der durch diese „Nebenbeschäftigung“ sein Einkommen um vielleicht 4000 M. jährlich erhöhte. Die Nebenbeschäftigungen der städtischen Beamten in Rheidt war aber derart „abus“ geworden, daß sich die Bürger mit der Sache beschäftigten. Ein Stadtverordneter, der Führer der Handwerkervereine, behauptete in einer öffentlichen Versammlung, daß die Beamten im letzten Jahre für circa 200 000 M. Nebenarbeiten gemacht oder vermittelt hätten. Vielleicht haben diese Vorkommnisse den Sekretär bewogen, die Mandatur zum 1. April zu kündigen. Am die freiwerdende Stelle bewarbt sich u. a. auch der Bürgermeisterssekretär von Rheidt und unser Genosse Heusinger aus Rhefeld, der dort in einer größeren Krankenkasse den Posten eines Gehilfen bekleidet. Die Auskunft, die dem Krankenkassenvorstand in Rheidt, der aus 6 Arbeitnehmern und 3 Arbeitgebern, darunter 2 Stadtverordnete, bestand, über unseren Genossen zuteil wurde, klangte in allen Teilen günstig, und so entschieden sich die Arbeitnehmer für denselben. Der Bürgermeisterssekretär hatte die Sympathie der Arbeitgeber, welche letztere deshalb die Wahl unseres Genossen illusorisch machen wollten. Die Arbeitnehmer hatten die Gutmütigkeit befehlen, den Arbeitgeber den Vorschlag zuzugestehen, und diese Gutmütigkeit sollte sich bitter rächen. Auf Grund des durch die letzte Resolution geänderten § 35 des Krankenversicherungsgesetzes, der dem Vorsitzenden eine große Machtfugnis einräumt, beanstandete der Genannte den Vorstandbeschluss. Eine solche Beanstandung bei der Aufsichtsbehörde hat, wenn sie unter Angabe von Gründen erfolgt, stets abschließende Wirkung. Die Aufsichtsbehörde, in diesem Falle der Oberbürgermeister, dekretierte, die Beanstandung ist gerechtfertigt, weil die vom Kassenträger verlangte Kautions von 5000 M. zu niedrig ist, es sind 6000 M. zu verlangen. Auch sei es unzulässig, die Stelle dem Bewerber Heusinger auf Grund eines Dienstvertrages zu übertragen. Außerdem habe Heusinger noch einen Lebenslauf anzufertigen und einzulegen. Diese Einwendungen waren vollständig hinfällig, wenn man in Betracht zieht, daß statutenmäßig der Vorstand das Recht hat, die Höhe der Kautions zu bestimmen und derselbe 5000 M. festgesetzt hatte, weil der jetzige Kassenträger auch nur 5000 M. stellte. Dann entsprach der Dienstvertrag dem Zirkularerlasse des preussischen Handelsministers vom 9. Juli 1898, in welchem die Aufsichtsbehörden ersucht werden, die Vorstände der Ortskrankenkassen zu veranlassen, mit den Angestellten der Kassen geregelte Dienstverträge abzuschließen. Betreffs der Anfertigung des Lebenslaufes ist zu bemerken, daß die Arbeitgeber sich sehr genau nach dem Genossen Heusinger erkundigt hätten und gegen seine Qualifikation als Kassenträger nichts anzusehen war, nur wurde über bemerkt, daß Heusinger Sozialdemokrat war.

Mit der bürgermeisterlichen Wahlnahme konnten sich die Arbeitnehmer nicht befriedigen und führten einen Vorstandbeschluss herbei, der besagte, daß man den Klagenweg beschreiten wolle. Der Vorsitzende, der doch der eigentliche Urheber der Wahlnahme war, machte sich den Beschluss zu eigen und legte gegen die Anordnung des Oberbürgermeister Beschlusses beim Regierungspräsidenten ein, und zwar ohne Angabe von Gründen. Es war den Herren nur darum zu tun, die Sache zu verschleppen, damit die Mandatsstelle am 1. April von der Aufsichtsbehörde besetzt werde. Um diese Absicht zu durchkreuzen, beschloßen die Arbeitnehmer, den beanstandeten Vorstandbeschluss aufzuheben, der Genosse Heusinger erklärte sich bereit, eine Kautions von 6000 M. zu stellen, einen Lebenslauf einzulegen und sich einer halbjährlichen Probezeit zu unterwerfen. Auf diese Weise war der Aufsichtsbehörde jedes Recht zum Einschreiten genommen. Nun aber legten die Arbeitgeber ihre Posten im Vorstand nieder, und dies gab der Aufsichtsbehörde wieder Veranlassung, „Anordnungen“ zu erlassen. Sie verfügte, daß keine weiteren Schritte in der Angelegenheit getan werden dürfen. Als dann die Arbeitnehmer dem Bewerber Heusinger die einfache Mitteilung von seiner Wiederwahl machten, wurde der ganze Vorstand seines Amtes enthoben, und nun verwaltet die Aufsichtsbehörde die Kasse.

Die Erbitterung in den Mitgliederkreisen über diesen Gewaltakt ist groß, weil es den Leuten klar ist, daß alle diese Ausschreitungen nur gemacht wurden, um zu verhindern, daß ein Sozialdemokrat Kassenträger wird. Versammlungen in Rheidt abzuhalten, um Stellung zu nehmen, war den Mitgliedern unmöglich, weil man ihnen die Säle abtrieb. Diese Tatsache wurde im Stadtverordnetenkollegium erwähnt und der Wirt anerkenntend gedacht, die die Säle verweigert.

Die Gestalt-Schmach.

Vor dem Bezirksauschuß Rlegnitz klagte der Eigentümer August Schmidt in Schläma wider den Amtsvorsteher in Roglau wegen Aufhebung einer gesundheitspolizeilichen Verfügung. Das Dienstmädchen Emma Schmidt, die Tochter des Klägers, diene bei dem Gutbesitzer Starke in Slobota und war von diesem aus dem Dienst entlassen, aus dem Grunde, weil sie von der Dienstherrin mit einer Dünngabel ins Bein gestoßen und auch sonst schlecht behandelt worden war. Darauf hatte der Amtsvorsteher gegen das Mädchen, das sich in die väterliche Behausung begeben hatte, eine Verfügung erlassen, in den Dienst zurückzuführen (1), anderenfalls sie ihre Bestrafung zu gewärtigen habe. Gleichzeitig war auch gegen den Vater die Verfügung ergangen, seine Tochter nicht bei sich aufzunehmen, sondern sie in den Dienst zurückzuführen, anderenfalls auch er Strafe zu gewärtigen habe. (1) Beide Verfügungen griff nun der Vater Schmidt mit dem Rechtsmittel der Klage im Verwaltungsstreitverfahren an. Der Kreisauschuß in Slobota wies aber die Klage als verspätet und unzulässig ab, wogegen der Kläger Verufung einlegte und geltend machte, daß das Verfahren des Amtsvorstehers unzulässig und ungültig sei. Der Bezirksauschuß gab jetzt der Berufung nur zum Teil statt, nämlich insofern, als der Amtsvorsteher den Vater Schmidt angewiesen hatte, seine Tochter nicht bei sich aufzunehmen. In einer solchen Verfügung sei der Amtsvorsteher nicht befugt gewesen und insofern sei das erste Urteil aufzuheben und abzuändern. Dagegen wurde die Verfügung gegen die Tochter des Klägers als zu Recht bestehend erachtet und insofern die Berufung des Klägers abgewiesen!

Das heißt also, das Mädchen muß wieder in den Dienst zurück, in dem sie mit der Dünngabel behandelt wird!

Das verbrecherische Spiel mit der Gesundheit der Bauarbeiter, das von dem profitgierigen Unternehmertum trotz entgegenstehender behördlicher Bestimmungen getrieben wird, zeigt sich recht auffallend in einer Strafenstatistik der Polizeibehörde von Mannheim. In Baden bestehen ziemlich umfangreiche baupolizeiliche Vorschriften und vor etwa einem Jahre wurde auch eine Verordnung zum Schutz der Bauarbeiter erlassen. Diese Verordnung, die wir seinerzeit eingehend besprochen haben, zeigt noch sehr viele Lücken und Mängel, und es kann noch gar keine Rede von einem wirksamen Schutz der Bauarbeiter sein; gleichwohl aber sind in Mannheim allein, in einer Stadt von 150 000 Einwohnern, rund 500 Bestrafungen wegen Verletzung dieser Vorschriften vorgekommen. Die Strafenstatistik des Mannheimer Bezirksamts führt an Bestrafungen auf:

- 80 wegen mangelhafter Gerüste ohne Brustwehr, ohne Schuttdielen oder ohne genügende Abdeckung;
- 52 wegen mangelhafter Abdeckung von Gebäuden und schlechter Verwahrung von Türen und anderen Öffnungen in Neubauten;
- 14 wegen Fehlens von Schutzgerüsten bei Dacharbeiten;
- 14 wegen Fehlens von Baubuden und Not-Aborten;
- 12 wegen fehlender Laufpfeifen und Geländer an Gerüsttreppen, wegen mangelhafter Gerüstleitern und mangelhafter Abdeckung und Einfriedigung der Kalkgruben;

- 35 wegen gefahrvoller Auffstellung von Baugewerken auf Straßen;
 - 12 wegen Herstellung von schlechtem Mauerwerk;
 - 31 wegen fehlenden Verbandzeuges;
 - 61 wegen Nichtausfüllens der Arbeiterschuh- und Unfallversicherungsvorschriften;
 - 31 wegen unerlaubten Verputzens und Bezuges von Wohnungen und Aufenthaltsräumen;
 - 52 wegen unerlaubter Benutzung von Straßen bei Bauausführungen;
 - 94 wegen Unterlassung der Anzeige des Baubeginnes usw., und 2 wegen Genusses von Bier auf Bauten außerhalb der Pausen.
- Das sind 465 Bestrafungen in einem Jahre! Und wie viele Uebertretungen mögen vorgekommen sein, die nicht zur Bestrafung führten oder die wegen der mangelhaften Kontrolle überhaupt nicht zur Anzeige gelangten.

In der Petitionskommission des Reichstags wurde dieser Tage eine Petition der Unternhmer des Baugewerbes gegen die Bauarbeiter-Schutzbestimmungen der Arbeiter dem Reichstagler als Material abzugeben, und zwar drückte das „arbeiterfreundliche“ Zentrum diesen Beschluß gegen den Widerstand der Sozialdemokraten durch. Angehts solcher Taten gehört wahrlich ein besonderer Mut zu solchen Vorgehen.

Verfammlungen.

Die letzte Versammlung des Verbandes der Gasenarbeiter wählte zum ersten Vorsitzenden Paul Carnal. Dadurch wurde die Stelle des zweiten Vorsitzenden frei; in diese Stellung wurde Wilhelm Otto gewählt. Zum Lokommissions-Kassierer wurde einstimmig Krowla gewählt. Der Lohnsatz wurde fast bis zur Hälfte erledigt.

Charlottenburg. In der öffentlichen Versammlung der Maler, Lackierer und Anstreicher von Charlottenburg und Wilmerdorf, die am Donnerstag im Volkshause tagte, referierte Flemining über die Beratungen im Reichstag des Innern in Sachen eines Gesetzes von Schutzvorschriften gegen die giftigen Bleifarben für das Maler-, Lackierer- und Anstreicher-Gewerbe. Er, der neben elf weiteren Kollegen aus dem Reich an der sogenannten Bleiweiß-Konferenz am 24. und 25. Januar d. J. im Dienstgebäude des Reichstags des Innern teilgenommen, habe die Empfindung, daß man mit noch so schönen Schutzbestimmungen den schlimmen Gefahren der Bleifarben, die sich bei denen einstellen, die viel mit Bleifarben, namentlich mit dem viel zu benutzenden Bleiweiß, hantieren, nicht todsend Herr werde. An ein völliges Verbot des Bleiweißes, wie es die Arbeiter wünschten, sei vor der Hand nicht zu denken. Bemerkenswert sei die Tatsache, daß die Unternehmervertreter mächtig Sturm liefen bei jeder geringen Neuerung, so z. B. bei der Lieferung von Handtüchern, Nagelbürsten usw., was jeder Kulturmann als ganz selbstverständlich ansieht. Die Herren von der Regierung hatten in allen diesen Sachen bessere Ansichten als die Unternehmervertreter. — Nach einer kurzen Diskussion wurde in die Besprechung des beendeten Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet eingetreten. Im „Verschiedenen“ forderte Jost die Anwesenden auf, bei der Arbeitlosgählung am Sonntag, den 26. Februar, am Platze zu sein. Einige Kollegen erläuterten noch den Zweck des Verbandes in kurzen Worten, worauf der Schluß der gut besuchten Versammlung eintrat.

Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 24. Februar. (Wendung der Petersburger Telegraphenagentur.) Nachdem sich die Staatsanwaltschaft und Polizei damit einverstanden erklärt haben, Gorki gegen eine Bürgerschaft von 10 000 Rubel freizulassen, ist die Angelegenheit, da auch ein Bürger und Geld vorhanden sind, jetzt dem Generalgouverneur Trepow zur endgültigen Entscheidung vorgelegt worden. Ein Bescheid desselben ist noch nicht ergangen. Das Befinden Gorkis hat sich in letzten Tagen verschlimmert.

Warschau, 24. Februar. (W. Z. B.) Heute nachmittags 5 Uhr erstellten die Vertreter der Arbeiter der Warschau-Wiener Bahn die günstige Antwort auf ihre Forderungen. Heute abend 7 Uhr werden sie die von der Direktion unterzeichnete schriftliche Entscheidung empfangen und dann sofort die Linie für den Verkehr frei machen. Möglicherweise werden Jüge schon heute abend wieder abgehen. Die Verwaltung der Eisenbahn Petersburg-Warschau erläßt eine amtliche Bekanntmachung, wonach trotz des Zustandes in Warschau der Zugverkehr auf dieser Linie nicht aufhört. Es besteht keine Gefahr für die Betriebssicherheit. Die Gebäulichkeiten und die Weichen würden von Truppen bewacht. Alles sei ruhig. (?)

Kirsanow (Gouvernement Tambow), 24. Februar. (W. Z. B.) Wegen des Ausstandes der Angestellten der Eisenbahnen in den Distrikten von Kirarsk und Saratow kommen nur Post- und Militärzüge, aber keine Personen- und Güterzüge von Saratow hier an. Die Jüge, die von hier nach Saratow abgehen, werden in Kirarsk angehalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Budapest, 24. Februar. (W. Z. B.) Franz Rostkth veröffentlicht einen Artikel, in dem er darauf hinweist, daß man in den Vertragverhandlungen mit Deutschland ein großes Versäumnis begangen habe, indem man unterlassen habe, zu vereinbaren, daß im Falle einer Zolltrennung zwischen Oesterreich und Ungarn diejenigen Begünstigungen, welche diese beiden unter dem Szepter eines Herrschers befindlichen Staaten einander gewähren, nicht seitens Deutschlands kraft der Weisbegünstigung in Anspruch genommen werden können.

Paris, 24. Februar. (W. Z. B.) Die mit der Beratung der Vorlage betreffend die Trennung von Kirche und Staat beauftragte Kommission der Deputiertenkammer hat sämtliche Artikel des Regierungsentwurfes mit einigen Abänderungen angenommen. Am Dienstag wird die Kommission nochmals zur endgültigen Beschlußfassung über die gesamte Vorlage zusammentreten.

Rom, 24. Februar. (W. Z. B.) Deputiertenkammer. Mirra beantragt, die Kammer möge allen den Männern, deren Intelligenz oder Arbeit man es bedanke, daß das gewaltige Werk des Simplontunnel-Durchstichs durchgeführt sei, ihren Gruß übersenden. (Lebhafte Beifall. Hochrufe für die Schweiz und Italien.) Der Minister der öffentlichen Arbeiten, T e d e s c o, spricht die sichere Erwartung aus, daß der neue, für den Verkehr geöffnete Weg die Beziehungen zwischen Italien und der Schweiz immer herzlicher gestalten werde. (Lebhafte Beifall.) Präsident Mascora erklärt, der Beifall, mit dem die Kammer die Worte Mirras mit Tedeoco begrüßt habe, seien der bereichste und feierlichste Ausdruck der Gefühle, welche die Regierung und das Parlament Italiens bei der Begrüßung dieses großen Werkes der Zivilisation und des Fortschrittes erfüllten. (Lebhafte Beifall.) Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Rom, 24. Februar. (W. Z. B.) Wie die Blätter melden, macht sich aus Anlaß der Eisenbahnvorlage auf verschiedenen Bahnhöfen bereits unter dem Personal der Güterzüge eine Strömung geltend, die darauf ausgeht, den regelmäßigen Gang des Dienstes und des Verkehrs der Jüge zu erschweren.

Die parlamentarischen Gruppen der Republikaner und der Radikalen haben sich im Prinzip für die Verstaatlichung der Bahnen, aber gegen alle Bestimmungen ausgesprochen, welche den Anstand unterlagern. Einen ähnlichen Beschluß faßte die sozialistische Gruppe; sie erklärte dazu, daß sie sich mit allen Mitteln, selbst, falls es notwendig sein sollte, durch Obstruktion, allen Bestimmungen widersetzen werde, welche einen Ausfall der Eisenbahnbeamten unterzogen würden.

Reichstag.

148. Sitzung vom Freitag, den 24. Februar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Kraetke, Frhr. v. Stengel. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der zweiten Beratung des Postetats.

Zunächst wird die Diskussion über die Artikel 88, 88a und 88b (Sog. Unterstützungsgeelder) eröffnet. Die Kommission beantragt bei den Zuweisungen für höhere und mittlere Beamte (88a) 80 000 M. weniger, bei den Zuweisungen für die Unterbeamten (88b) 120 000 M. weniger als der Etat.

Staatssekretär im Reichspostamt Kraetke: Ich möchte Sie bitten, gegen die Beschlussempfehlung der Kommission die ganze Summe zu bewilligen. Wir haben in diesem Etat abweichend von den früheren eine Verschiebung dahin vorgenommen, daß wir die Beiträge für außerordentliche Leistungen gesenkt haben zugunsten der Unterstützungsgeelder aus der Erwägung heraus, daß es zweckmäßiger wäre, die Unterstützungsgeelder reichlicher zu bemessen, weil sich dann bei der Verteilung die Klagen über Zurücksetzung und Ungerechtigkeit leichter vermeiden lassen. Wir haben ja in den letzten Tagen auch hier im Hause Klagen darüber gehört. Wir sind wohl alle darüber einig, daß, solange Vergünstigungen gegeben werden, es sich nicht vermeiden läßt, daß alle, die nichts bekommen haben, klagen. In der Kommission ist, ich kann wohl sagen bei allen Parteien, zum Ausdruck gekommen, daß dem Chef einer so großen Verwaltung reichliche Mittel zur Unterstützung und zur Befreiung von Not zur Verfügung stehen müssen. Die Kommission hat nur deshalb beschlossen, einen Teil der geforderten Summen zu streichen, weil wir erklärt haben, daß die Unterstützungen in den östlichen Provinzen reichlicher als bisher gewährt werden müssen. Nur diese Erklärung hat Anlaß gegeben, die Unterstützungsgeelder als eine Art Ostmarken-Zulage aufzufassen. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Unsere Mehrforderung steht in keinem Zusammenhang mit der Politik. Ich bitte also die Forderung des Etats zu bewilligen.

Abg. v. Geroldorf (L.): Ich möchte nur die kurze Bitte aussprechen, aus den Gründen, die der Herr Staatssekretär angeführt hat, den Etat zu bewilligen. (Beifall bei den Konservativen.)

Abg. Singer (Soz.): Der Zusammenhang dieser Mehrforderung mit der im vorigen Jahre geforderten, aber vom Reichstag abgelehnten Ostmarken-Zulage ist ganz klar. Die Gründe, mit denen der Herr Staatssekretär in diesem Jahre, namentlich in der Kommission, die Mehrforderung an Unterstützungsgeeldern mit hat annehmbar machen wollen, sind fast ganz dieselben, wie er sie im vorigen Jahre für die Ostmarken-Zulage geltend gemacht hat. Es geht auch aus seinen Ausführungen hervor, daß es schließlich ja nicht die Beamten, sondern die Grundbesitzer sind, denen die Gelder zu gute kommen. Ich kann nur wünschen, den Beschluß der Budgetkommission aufrecht zu erhalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Werner (Natl.): Auch ich bin kein Freund dieser Zulagen. Man sollte lieber die Gehälter im allgemeinen aufbessern. Ich vermag nicht einzusehen, warum im Osten das Leben teurer sein soll als im Westen. Staatsminister v. Roddeich, der Vorgänger des Herrn Kraetke, hat den Vorkämpfer im Osten gelegentlich einmal als ein begehrenswertes Heiratsobjekt bezeichnet. (Heiterkeit und Beifall bei den Antisemiten.)

Abg. Korsantj (Pole) bittet den Reichstag, sich nicht auf verkappte Ostmarken-Zulagen einzulassen. Das deutsche Volk, das ja in preussischen Landtage nicht vertreten sei, wolle diesen Korruptionsfonds nicht.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Wir haben seitherzeit für die Ostmarken-Zulage gestimmt und würden auch heute dafür eintreten. Aber hier handelt es sich nur darum, in Notfällen den Beamten eine Unterstützung zu gewährleisten. Wir können doch nicht auf die Dauer die Reichsbeamten schlechter stellen als die preussischen Beamten.

Abg. Gröber (Z.): Herr Arendt leugnete, daß es sich um die Ostmarken-Zulage handele, und schloß damit, daß die Reichsbeamten nicht schlechter gestellt sein dürften als die preussischen Beamten — mit den Ostmarken-Zulagen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Dem Staatssekretär erwidere ich, daß wir wohl eine allgemeine Gehaltsaufbesserung, aber nicht Ost-, West- oder Nordmarken-Zulagen gefordert haben.

Staatssekretär Kraetke: Es ist ja sehr schwer, diese Forderung ihres unglücklichen Zusammenhangs mit der Ostmarken-Zulage zu entscheiden. Aber der Reichstag hatte sich im vorigen Jahre ja so sehr entschieden gegen die Ostmarken-Zulage gewandt, das heißt gegen widerrechtliche feste Zulagen, die ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit erteilt würden. Was ist denn aber jetzt geschehen? Die Zulagen sollen ja nur auf Unterstützungsgeelder bewilligt werden. Meine Mittel reichen nicht mehr aus, diesen nachzukommen. Glauben Sie denn, daß meine Situation angenehm ist? Ich habe vorher gesagt, daß mir wieder die Ostmarken-Zulage aufgenutzt und von verkappten Korruptionsfonds gesprochen würde. Aber wenn innerhalb dieses Jahres Mißbrauch getrieben würde, können Sie ja nächstes Jahr die Forderungen ablehnen.

Abg. Graf Drisa (Natl.): Herr Gröber erklärte sich bereit, eine allgemeine Gehaltsaufbesserung zu bewilligen. Aber zur Befreiung von Notständen hilft keine Gehaltsaufbesserung, sondern nur die Bereitstellung einmaliger Unterstützungen. Darum werden wir wie in der Kommission so auch hier die Forderung bewilligen.

Abg. Freilich v. Nitzhosen (L.): Um des Scheins der Konsequenz willen, einer Prinzipienreiterei zuliebe, sind Sie so inkonsequent in ihrer Fürsorge und ihrem Wohlwollen für die Unterbeamten aufzutreten. Was werden Sie erreichen, wenn Sie besondere Fonds für den Osten nicht bewilligen? Sie werden einem andern Teil der Beamten die notwendigen Unterstützungen entziehen. So sind Sie wohlwollend für die Polen, aber mißwollend gegen die Postbeamten. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): In der Kommission ist die Identität dieser Forderung mit den Ostmarken-Zulagen schon erschöpfend nachgewiesen worden. Ich kann mich darauf beschränken, darauf hinzuweisen, daß dieselben Parteien, die im Vorjahr für die Ostmarken-Zulage gestimmt haben, jetzt für diese Forderung eintreten. Bei der schlechten Besetzung des Hauses dürfte schwerlich angebracht sein, die Beschlüsse der Budgetkommission anzustreifen. (Sehr richtig! links.)

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.): Der Herr Staatssekretär hat und die Forderung dadurch plausibel zu machen versucht, daß er uns hat, sie probeweise für ein Jahr zu bewilligen. Aber das wäre doch außerordentlich bedenklich. Es ist viel schwerer, eine solche Forderung, wenn sie einmal bewilligt ist, später wieder abzuschaffen als sie von vornherein abzulehnen. Von den Beamten würde eine nachträgliche Abschaffung mit Recht als Härte empfunden werden. Da muß es eben heißen: principis obsta. Wir lehnen die Forderung aus prinzipiellen Gründen ab, weil wir Gegner der parlamentarischen Politik sind. Es kann doch nicht behauptet werden, daß im Osten die Lebensmittel teurer sind, als im Westen. Unbegreiflich ist mir, wie Herr v. Nitzhosen sagen konnte, eine Ablehnung dieser Forderung würde unter Mißwollen gegen die Beamten bedunden. Hat nicht das gesamte Haus erst gestern sein Wohlwollen gerade für die Unterbeamten bewiesen? (Sehr richtig! links.) Der parlamentarische Geist der Postverwaltung weht bei uns das Mißtrauen, daß diese Zulagen im Sinne parlamentarischer Politik verwendet werden sollen.

Abg. Singer (Soz.): Auch ich möchte die Verdäuerung gegen die Forderung des Herrn v. Nitzhosen einlegen, wir bekundeten, wenn wir die Forderung ablehnten, unser Wohlwollen gegen die Postbeamten. Die Unterbeamten sind gestern von allen Parteien mit ihren beschriebenen Wünschen berücksichtigt worden. Ich kann mir die Bekehrung des Herrn v. Nitzhosen nur so erklären, daß er

durch eine solche Behauptung eine gewisse Vorsorge für die nächsten Wahlen treffen will. (Widerspruch rechts.) Ich stelle fest, daß diese Vorlage, wenn auch in geringem Umfang und in anderer Form die im vorigen Jahre abgelehnte Ostmarken-Zulage ersetzen soll. Der Herr Staatssekretär ist ja auch ein viel zu ehrlicher Mann, als daß er das nicht selbst zugegeben hätte. Auf keinen Fall kann er beweisen, daß die Notlage der Postbeamten im Osten gestiegen sei, seit die preussischen Beamten eine Ostmarken-Zulage erhalten haben. (Heiterkeit links.) Das wäre doch aber der einzige Grund, mit dem die Forderung begründet werden könnte. Der Herr Staatssekretär sagt, es ist keine Ostmarken-Zulage, aber es kommt ja auch nicht auf den Namen, sondern auf den Zweck an. Der Unterstützungstitel kann auch aus keinem anderen Grunde erhöht werden als wegen des Zuwachses an Beamten. Aus politischen Gründen aber darf er nicht erhöht werden. Das ist aber offen ausgesprochen worden, und daher müssen wir die Vorlage ablehnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Geroldorf (L.): Niemand hat hier eine Polenrede entfallen lassen, selbst der polnische Redner nicht. Nur Herr v. Gerlach ist polnischer gewesen als die Polen. Ich würde mich nicht wundern, wenn er bei seiner Wanderung durch die politischen Parteien schließlich bei den Polen enden sollte. (Große Heiterkeit rechts.)

Damit schließt die Debatte. Die Wiederherstellung der Regierungsforderung wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Rechten abgelehnt.

Hierauf werden die einmaligen Ausgaben zur Debatte gestellt. Zu Titel 60 (Erwerbung eines Grundstücks in Radesheim) bemerkt

Abg. Bartling (Natl.), daß das von der Post in Aussicht genommene Grundstück am äußersten Ende der Stadt, also ganz ungenügend gelegen sei. Er beantragt Zurückweisung dieses Titels in die Kommission.

Staatssekretär im Reichspostamt Kraetke wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Bartling. Es sei sehr schwer, in Radesheim ein geeignetes Gebäude zu finden. Vor zwei Tagen sei ihm telegraphisch das Gebäude angeboten worden, das der Vorredner empfohlen habe. Dieses liege aber ganz am Ende der Stadt.

Abg. Dr. Spahn (Z.) tritt für den Antrag der Kommission, die ein Gebäude in der Nähe des Bahnhofs vorzuschlagen, ein.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.) tritt ebenfalls für den Kommissionsantrag ein.

Abg. Singer (Soz.): Ich bin im ganzen und großen der Ansicht der Kommission. Da wir aber heute einen neuen Vorschlag vorgelegt bekommen haben, so können wir diesen ja noch einmal in der Kommission beraten.

Koch weiteren Bemerkungen der Abg. Bartling (Natl.), Gothein (fr. Sp.), Spahn (Z.) und des Staatssekretärs Kraetke wird der Antrag auf Zurückweisung an die Kommission gegen die Stimmen des Zentrums und eines Teiles der Freisinnigen angenommen.

Zu Titel 1 des Kap. 6 im Extra-Ordinarium tritt der Abgeordnete Erzberger für die Resolution der Kommission ein, die gemeinsame Benutzung der Fernsprech-Einrichtungen unter den einzelnen Orts-Fernsprechanlagen in wesentlich erhöhtem Umfang durch bequemen Zwischenanschluß zu ermöglichen. Staatssekretär im Reichspostamt Kraetke sagt wohlwollende Prüfung der Resolution zu.

Hierauf wird diese Resolution einstimmig angenommen. Zur Debatte kommen die Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Die Kommission beantragt eine Erhöhung um zehn Millionen.

Staatssekretär Kraetke: Sollten wirklich zehn Millionen mehr eingenommen werden, so würden die Betriebskosten um sieben Millionen vermehrt. Sollten sie also diese zehn Millionen Mehreinnahme beschließen, so werden Sie sich nicht wundern können, wenn wir im nächsten Jahre mit einer Staatsüberschreitung bei den Ausgaben kommen werden.

Staatssekretär im Reichspostamt Frhr. v. Stengel: Auch mir wäre es erwünscht, wenn die Einnahmen größer würden, und ich verstehe es, wenn die Kommission das Bestreben hat, die Zuschüsse des Reichs zu vermindern. Auch gebe ich zu, daß die Einnahmen in den letzten Jahren sich günstig entwickelt haben. Aber keineswegs wird die Mehreinnahme zehn Millionen betragen. Ich warne also vor dem Beschlusse der Kommission.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Eine Wahrscheinlichkeitsrechnung aus der Horizontalsteigerung der Einnahmen in den letzten Jahren würde sogar eine Mehreinnahme von zwölf Millionen ergeben. Der Kommissionsantrag ist daher ein ganz mäßiger. Ich bitte ihn anzunehmen.

Abg. v. Staudy (L.) spricht gegen den Kommissionsantrag.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich bin im Gegenteil zu dem Herrn Vorredner der Ansicht, daß die Einnahmen sogar um 12 Millionen höher angelegt werden können. In der letzten Zeit der Geltung der alten Handelsverträge wird sich ein gewaltiger Verkehr entwickeln.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Die Petitionen zum Post-Etat werden für erledigt erklärt. Der Etat der Reichsdruckerei wird nach kurzen Bemerkungen des Abg. Erzberger (Z.) und des Reichs-Postsekretärs Kraetke angenommen.

Zur Debatte kommt der Etat der Reichs-Eisenbahnen. Zum Titel 1 (Gehalt des Chefs des Reichsamtes) fordert

Abg. Schlumberger (Natl.) zunächst eine Verbesserung der Bahnhofverhältnisse in Mülhausen; dann bringt er Wünsche einzelner Beamtenklassen vor. Die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen sei in der glücklichen Lage, diesmal 27 Millionen Ueberschuß zu verzeichnen. Er warne dringend davor, im Reich das fiskalische System Preussens nachzuahmen. Ein Arbeitgeber, der von der Höhe seiner Aufgabe durchdrungen sei, warte nicht, bis die Arbeiter die Erhöhung der Löhne verlangen. (Große Heiterkeit.) Das rollende Material werde nicht ausgenutzt. Offenlich führten die Eisenbahnkonferenzen zur Vereinfachung der Umstellungen.

Jetzt komme ich zum Hauptthema. (Heiterkeit. — Vizepräsident Graf Stolberg greift zur Glocke.) Esch-Lokomotiven braucht 600 bis 1000 Kilometer Nebeneisenbahnen und Kleinbahnen. Aber das kostet Geld, denn der Personenverkehr auf Nebenbahnen ist einmal nicht rentabel. (Heiterkeit.) Aber die Bevölkerung geht zurück, das platte Land entvölkert sich. Ich empfehle schon jetzt den Antrag, der wahrscheinlich von allen esch-lothringischen Abgeordneten kommen wird, den ganzen Ueberschuß der Reichs-Eisenbahnen zum Ausbau des Bahnnetzes zu verwenden. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Abg. Erzberger (Z.) dankt dem Minister für die Vervollständigung der Arbeiterstatistik und begrüßt mit Freuden die steigende Tendenz der Löhne und die sinkende Tendenz der Arbeitslosigkeit und der Unfallzahl. Er bringt eine Reihe von Wünschen über die Arbeiterauschüsse, die Prämien für lange Arbeitszeit, Beschaffung von Mittagessen — für 40 Pf. — und so weiter vor, und bittet insbesondere den Minister, die Gesellenprüfungen in den Betriebswerkstätten bei den Handwerkerkammern vornehmen zu lassen. Schließlich begründet der Redner die vom Zentrum eingebrachte Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

- Den Reichsanwalt zu eruchen: 1. für das Personal der Reichs-Eisenbahnen Zeit und Gelegenheit zum regelmäßigen Besuch des Gottesdienstes an Sonn- und Festtagen, mindestens an jedem zweiten Sonntag, zu geben und hierüber alljährlich in dem Bericht der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen eingehende Mitteilungen zu machen; 2. für die Arbeiter in den Haupt- und Nebenwerkstätten der Reichs-Eisenbahnen einen jährlichen Urlaub, steigend mit der Zahl der Arbeitsjahre, unter Fortbezug des Lohnes einzuführen.

Chef der Reichs-Eisenbahnverwaltung, Minister Dr. v. Bubbe: Ich bin dem Vorredner dankbar für das Interesse für die Bediensteten der Eisenbahnen. Die Löhne sind dauernd in der Steigerung begriffen, wenn auch zunächst minimal. Für die Anerkennung, die das Lehrlingswesen der Eisenbahnen gefunden hat, danke ich. Die Arbeiterauschüsse haben sich außerordentlich bewährt. Auch auf Rangierbahnhöfen sollten solche Ausschüsse bestehen. Ich will die Klagen hören, ehe sie sich zusammenballen zu einer unangenehmen Erscheinung. Eine Statistik darüber würde nur zur Bureaufhäufung führen. Mit dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten stehe ich in dauerndem Verkehr. (Große Heiterkeit.) Der Urlaubsfrage stehe ich wohlwollend gegenüber und ich habe die Präsidenten ermächtigt, bei wichtigen Gelegenheiten Urlaub zu geben. Für die Stationsvorsteher 2. Klasse will ich im nächstjährigen Etat eine Gehaltszulage einbringen. Was die Resolution Erzberger anbelangt, so lege ich es als Pflicht der Regierung an, dafür zu sorgen, daß die Bediensteten in die Kirche gehen, soweit es der Dienst zuläßt. Daß Passagiere wie Pörlinge in den Abteilen zusammengepackt werden, ist nicht wahr. Es können nie mehr Passagiere in einem Zuge sich befinden, als hineingehen. (Große Heiterkeit.) Ich meine, als Klage darin sind. — Für die Nebenbahnen in Esch-Lothringen wird jährlich eine Summe von etwa 9 Millionen ausgegeben. Auf Preußen, wo das Eisenbahnetz 17 mal größer ist, berechnet, würden das 133 Millionen ausmachen; soviel wird aber in Preußen nicht gebaut.

Abg. Nitz (fr. Sp.): Der Urlaub für Beamte muß gewährt werden, ohne nach seinem Zweck zu fragen. Geht der Mann in die Kirche, so soll es der Eisenbahnverwaltung recht sein, geht er nicht in die Kirche, so soll es ihm auch recht sein. (Lebhaftes Bravo! links.) Den Wählvereinen wünsche ich mich anschließen. Geld ist ja bei der Reichs-Eisenbahnverwaltung genug vorhanden. Auch wir hoffen, daß der Eisenbahnminister den Wünschen der Arbeiter und Beamten möglichst weit entgegenkommen wird. Es liegt im Interesse der Verwaltung wie des Publikums, daß die Beamten möglichst zufriedengestellt werden. (Beifall.)

Abg. Blumenthal (Natl. Sp.) bringt die Wünsche der Beamten mittleren Ranges, die aus dem Militärämterstande herborgehen, die Wünsche der Stationswerkstätten- und Bahnhofsbeschreiber (Heiterkeit), der Eisenbahn-Hilfsarbeiter usw. vor. — Ich habe sodann einen Konflikt zu besprechen, der sich zwischen der esch-lothringischen Volksvertretung und der Eisenbahnverwaltung herausgestellt hat. Es handelt sich um die Frage, ob für die Enteignung des für den Eisenbahnbau notwendigen Geländes die kaiserliche Verordnung vom Reichsanwalt oder vom Statthalter gegengezeichnet sein muß. Nach unserer Auffassung ist die Enteignung Landes Sache und unterliegt deshalb der Zuständigkeit der Statthalterei. Die Gerichte sind bei uns für dergleichen Kompetenzstreitigkeiten nicht zuständig. Man hält das Vorgehen, das die Behörden auf diesem Gebiete bisher in Lothringen eingeschlagen haben, für eine Verachtlichung des Landes.

Abg. Schlumberger (Natl.) tritt für Hilfsstellen in Eisenbahnwerkstätten und Bahnhöfen ein.

Minister Bubbe: Ich habe den Versuch der Einführung der vierten Wagenklasse in Esch-Lothringen gemacht und kann nur sagen, daß sie sehr gut aufgenommen wurde. Mein Bedanke war, die vierte Klasse einzuführen, nachdem die Eisenbahnbetriebsmittel-Gemeinschaft zu Stande gekommen sein wird.

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.): Selbstverständlich wünschen wir, die wir Gegner der vierten Klasse sind, daß in Zukunft die dritte Klasse so billig wird, wie heute die vierte. Traglasten lassen sich auch in der dritten Klasse mitbringen, das beweist die Einrichtung in Berliner Vorortverkehr.

Abg. Ledebur (Soz.): Abg. v. Gerlach hat ganz recht. Nur die Billigkeit beweist, daß die Leute trotz der ungeheuren Unbequemlichkeit die vierte Klasse benutzen. Die dritte Klasse wurde ursprünglich geschaffen, um das Mindestmaß von Personentätigkeit zu gewähren. Dann erst wurde zunächst im Vorortverkehr die vierte Klasse geschaffen, was für kurze Fahrten noch erträglich war. Erst später wurden diese Wagen mit einem Ueberschuß von Bequemlichkeit auch für längere Fahrten eingerichtet; man hat da Menschen tagelang in halben Viehwagen befördert. Jetzt hat man allerdings etwas bessere Wagen auch in der vierten Klasse eingeführt. Radiale Abfälle kann aber nur geschaffen werden, wenn die vierte Klasse abgeschafft und die dritte auf den Preis der bisherigen vierten herabgesetzt wird. Wir sind sogar dafür, daß später auch in der zweiten Klasse der Preis der jetzigen vierten eingeführt werde. Frauen mit Marktkörben fahren meist nur kurze Zeit und merken die Unbequemlichkeit der vierten Klasse nicht so. Man könnte aber sehr wohl einige Wagen dritter Klasse mit Rängbänken ausstatten, damit die Traglaste hingestellt werden können. Alle diese Bedenken gegen Abschaffung der vierten Klasse lassen sich also mit größter Leichtigkeit widerlegen, sie gehören nicht zur Naturnotwendigkeit des Eisenbahnwesens. (Beifall links.)

Abg. Fischer (Z.): In meinem Wahlkreis wird von Bauern und Arbeitern häufig Einführung der vierten Klasse gewünscht. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Nur wegen des Geldes!) Ja, daß einer für 2 Pf. am liebsten fährt, glaube ich schon selbst. (Heiterkeit.) Hiermit schließt die Debatte über Titel I. Die Resolution Erzberger wird einstimmig angenommen. Der Rest des Etats wird ohne Debatte erledigt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr.: Marine-Etat. Schluß 6 1/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

147. Sitzung vom Freitag, den 24. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Studt. Die zweite Beratung des Kultus-Etats wird fortgesetzt beim Kapitel: „Evangelischer Oberkirchenrat“.

Abg. Fischer (fr. Sp.): Ich möchte den Fall des Predigers Fischer von der hiesigen Marktkirche zur Sprache bringen. Der Prediger Fischer gehört dem Protestantenverein an, er spricht aus, was er denkt. Das Recht hat er auch als Theologe, er hat da ein Vorbild in Martin Luther, der vom Theologen verlangt, daß er in erster Reihe die Wahrheit bekennen soll. Fischer stellt fest, daß die Ergebnisse der modernen Naturwissenschaft und der Geschichtswissenschaft vielfach nicht im Einklang mit dem Dogma stehen, und er weist darauf hin, daß trotzdem die Wahrheit des Christentums bestehen bleibt. Wir sind der Meinung, daß Prediger Fischer sich ein Verdienst erworben hat, wenn er das Ergebnis seiner Forschungen ausspricht. (Sehr richtig! links.) Er bemüht sich, die Schwankenden an der Kirche festzuhalten. Der große Theologe Schleiermacher betont, Fischer wolle den Kern der christlichen Lehre retten. Herr Stöder schlug Värm über einen Vortrag, den Pastor Fischer gehalten hat, es wurden Versammlungen veranstaltet, die gegen den Prediger Fischer Stellung nahmen. Auf seine Rechtfertigungsschrift erhielt Prediger Fischer sofort eine Ermahnung vom Konsistorium, in der ihm vorgehalten wurde, daß er mit seinem Vortrag das religiöse Gefühl weicher Kreise verletzende, das Konsistorium nehme aber an, daß er sich noch in einem Entwicklungsstadium befinde. Fischer ist wegen eines von ihm geschriebenen Buches über Eschermacher von der theologischen Fakultät in Königsberg zum Ehren doktor ernannt worden. Einen solchen Namen behandelt man seitens des Konsistoriums wie einen Ohnmachtigen. Welche protestantische Kreise haben dies Vorgehen gegen Pastor Fischer als einen Faustschlag ins Gesicht empfunden. (Lebhaftes Zustimmung links.) Sollte es das Kirchenregiment so weit bringen, den Pastor Fischer und seine Gesinnungsgenossen aus der Kirche zu entfernen, so werden im Geiste Tausende und aber Tausende mit ihm geh-

Zustimmung links.) Man führe nur nicht etwa wieder an, Pastor Fischer könne sich bei einer höheren Instanz beschweren. Mit solcher Behauptung ist die Sache nicht aus der Welt zu schaffen.

Es zeigt sich hier der Geist, der im Kultusministerium umgeht, der Geist der Stöcker und Müllers. Der Minister hat dafür zu sorgen, daß nicht eine einseitige kirchliche Richtung herrscht. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Gedeuroth (L.): Namens der konservativen Partei erkläre ich, daß wir es nicht für richtig halten, innerkirchliche Angelegenheiten vor das Forum des Parlaments zu ziehen.

Abg. Gadenberg (natl.): Viele können es heute nicht begreifen, daß gerade den Theologen, die sich das heiligste Auge bedroht haben für die großen Aufgaben der Kirche und mit vollem Eifer arbeiten, das Amt ershwert wird. (Zustimmung links.) Wir brauchen heute in der Kirche Männer, die ihre ganze Kraft einsetzen. Der Staat aber muß dafür sorgen, daß jedem Einzelnen in der Kirche die freie innere Entwicklung gewährt wird. (Zustimmung links.) Der Vortrag des Prediger Fischer war ein rein wissenschaftlicher, er ist vor einem geschlossenen Kreise gehalten worden, und er würde von der großen Menge gar nicht verstanden worden sein. Das Vorgehen des Konsistoriums ist aufs tiefste zu bedauern, denn der Bescheid an den Prediger Fischer kann den Anschein erwecken, daß der Geistliche nicht mehr in vollster Wahrhaftigkeit das Evangelium verkünden darf. Wenn gegen Fischer vom Konsistorium so vorgegangen wird, dem eine Unversität die höchste Ehre erweisen hat, so ist das eine herabsetzende Kritik seiner ganzen Lebensarbeit. (Sehr richtig! links.) Man weist mit Fingern auf die Verriessenheit der evangelischen Kirche hin, aber gerade diese ist ihre Stärke. Der Kampf gegen Irreführer hat zur Bereicherung der religiösen Erkenntnis geführt. (Lebhafte Zustimmung links.)

Kultusminister Studt: Die Angelegenheit schwebt noch in der Anfang des evangelischen Oberkirchenrats, deshalb muß ich es mir vorbehalten, in der Sache Stellung zu nehmen. Ich bedauere die Kritik, die der Abg. Gadenberg an dem Vorgehen des Konsistoriums geübt hat.

Abg. Frhr. v. Zedlitz: Der Erlaß des Konsistoriums hat in weiten Kreisen berechtigtes Aufsehen erregt. Mir ist selten ein so bürokratisches Dokument vorgekommen. (Sehr richtig! links.) So hätte man einen verdienten Geistlichen nicht behandeln sollen.

Abg. Fischer (fr. Sp.): Die Rede des Ministers war eine solche, die man hält, wenn man nicht weiß, was man sagen soll. (Widerspruch rechts, Zustimmung links.) Es ist die Pflicht der Volksvertretung, derartige Fälle zur Sprache zu bringen.

Weim Kapitel „Elementar-Unterrichtswesen“ erörtert

Abg. Dr. Bwald (fr. Sp.): Die Zulassung der Lehrer zum Universitätsstudium. Die Mehrheit der deutschen Lehrer und auch viele Professoren sind der Meinung, daß es am zweckmäßigsten wäre, wenn diese Angelegenheit so geregelt würde, wie sie in Sachsen und Hessen seit längerer Zeit geregelt ist, das heißt daß denjenigen Lehrern, die sich im praktischen Schuldienst bewährt haben, ohne weiteres gestattet ist, auf der Universität weitere Studien zu machen. (Zustimmung links.) Nur zu dem System der achtjährigen Schulen. Vor zwei Jahren ist dieses System auch in Berlin eingeführt worden. Ich hätte es für richtiger gehalten, wenn wir zunächst noch an dem siebenjährigen System festgehalten hätten. Man hat geglaubt, daß nach Einführung des achtjährigen Schulsystems recht viele Kinder in die erste Klasse kommen werden. Tatsächlich zeigt sich aber, daß von den 10-12000 Kindern, die die Schule halbjährlich verlassen, kaum 1/3 die erste Klasse erreichen. (Hört! hört! links.) Wenn man den Lehrgang so herunterdrücken wollte, daß auch die mittelmäßigen Schüler die erste Klasse erreichen, so würde das ein Heruntergehen unter den Standpunkt bedeuten, den wir in den letzten 25 Jahren eingenommen haben. (Zustimmung links.) Jetzt sind für die ersten Klassen nicht die genügenden Schülerzahlen vorhanden, und es ist eine starke Zumutung an die Selbstverwaltung, wenn die Kommune so große Opfer bringen soll, wie es in Berlin geschieht. Wenn man sieht, was heute den Lehrern in bezug auf Vorschriften zugemutet wird, so würde man, wenn man selber als Lehrer tätig wäre, sagen: Bitte, bleibt mir damit vom Leibe, das habe ich mir schon als Präparand abgelassen! Nicht nur der Lehrstoff wird vorgegeschrieben, sondern auch die Unterrichtsmethode. — Vom Ministerium ist hier gesagt worden, die Revisionen seien notwendig, weil wir eines gewissen einheitlichen Unterrichts bedürfen. Dem stimme ich vollständig zu. Aber wie der Umfang der Revisionen jetzt in Berlin ausgeführt wird, ist dazu angetan, die Schule und die Lehrer zu einer ruhigen, gleichmäßigen Arbeit nicht mehr kommen zu lassen. Schüler und Lehrer sind schon Wochen vorher aufgeregter wegen der zahlreichen und strengen Revisionen.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß an eine Aenderung des achtjährigen Schulsystems zurzeit nicht gedacht werden könne, da noch nicht genügend lange Erfahrungen vorliegen, um eine Aenderung zu rechtfertigen.

Abg. v. Bismarck-Homburg (natl.) spricht die Hoffnung aus, daß in dem zu erwartenden Schulgesetz die Erhaltung der Simultan- und Hefen-Rassau sichergestellt werde.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff: Die Regierung denkt nicht daran, die Simultan- und Hefen-Rassau zu beseitigen; in dem Schulkompromiß-Antrage ist die Aufrechterhaltung dieser Schulen ausdrücklich verlangt worden.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Parlamentarisches.

Veteranenbeihilfe.

Die Budgetkommission des Reichstages genehmigte in der Freitagssitzung durch Endlos-Abschließung den Etat des Allgemeinen Pensionsfonds. Bei der darauf folgenden Beratung des Reichs-Invalidenfonds machte Abg. Graf Oriola darauf aufmerksam, daß immer noch eine große Zahl von hilfsbedürftigen Kriegsteilnehmern oft ein halbes Jahr warten müssen, bis sie auf ihren Antrag um Gewährung der Beihilfe überhaupt eine Antwort erhalten. Viele dieser Veteranen erhalten selbst dann keine Unterstützung, obgleich sie so gut wie erwerbsunfähig sind. Wenn auch die maßgebenden Behörden jetzt etwas loyaler verfahren, bleibt doch noch sehr viel zu wünschen übrig. Abgeordneter Singer: Die Klagen, wie schwer es ist, Veteranenbeihilfen zu erlangen, sind sehr zahlreich. In diesem Mitzstand sind hauptsächlich die heute geltenden gesetzlichen Bestimmungen schuld. Ein Teil der hilfsbedürftigen Kriegsteilnehmer wird aber auch mit dem Einwand abgewiesen, daß weitere verfügbare Gelder nicht mehr vorhanden seien. Er erbat sich Aufklärung darüber und sofortige Abhilfe dieses unwürdigen Zustandes. Direktor Zwickel bestätigte, daß Antragsteller mit dem vom Abg. Singer bemerkten gegebenen Einwand abgewiesen werden; die Schuld liege aber daran, daß es sehr schwer sei, alljährlich die Zahl der neu hinzukommenden Antragsteller einzuschätzen. Redner gab eine eingehende Darstellung, wie dabei verfahren wird. Staatssekretär Freyherr v. Stengel verbreitete sich über die Vorschläge der Reichsregierung an die Bundesregierungen zwecks einheitlicher Regelung der Materie. Wenn die Erwerbsfähigkeit auf weniger als ein Drittel herabgesunken sei, auch infolge hohen Alters, Siechtums usw., dann sollen Beihilfen gewährt werden. Im laufenden Jahre werde für 118 000 Veteranen Beihilfe gefordert, das heiße für über 8000 mehr, als schätzungsweise zu unterstützenden Veteranen vorhanden sein werden. Damit sei Vorsorge getroffen, daß Abweisungen wegen Mangel an bereitstehenden Mitteln kaum vorkommen werden. Abg. Singer erklärte, daß nach diesen Erklärungen manche Bedenken ja schwinden, er wolle auch die den Veteranen wohlwollende Absicht des Schatzsekretärs dankbar anerkennen. Notwendig sei aber trotzdem eine Aenderung des Textes des Gesetzes, damit die Veteranen fernherin nicht mehr auf eine wohlwollende Auslegung und Anwendung angewiesen seien. Scharf müsse er sich aber dagegen aussprechen, erst bei Minderung der Arbeitsfähigkeit auf ein Drittel Beihilfen bewilligen zu wollen. Auch wenn

die Erwerbsfähigkeit noch mehr als ein Drittel betrage, werden die Betroffenen nur in den allerersten Fällen Arbeit erhalten, weil die Unternehmer vollwertige Kräfte haben wollen. Weiter habe der Schatzsekretär mit keinem Wort den § 2 des Gesetzes betreffend die Unterstützung der Kriegsteilnehmer erwähnt, wonach vom Bezug der Rente diejenigen ausgeschlossen sind, die einen „unwürdigen Lebenswandel“ führen. Die Erfahrung habe gelehrt, daß der angeblich unwürdige Lebenswandel auch dann als vorliegend erachtet worden sei, wenn ein Geschädigter keine Polizeistrafen erlitten habe. Ebenso sei die politische Betätigung als Sozialdemokrat als unwürdiger Lebenswandel erachtet worden. Eine solche Anwendung des § 2 müsse aufhören und die Reichsregierung darüber volle Klarheit schaffen, zumal eine schon früher vom Regierungsrat ausgegebene Zulage in der Praxis nicht gehalten worden sei. Die heutige Praxis sei einfach grober Unfug. Der Vorschlag des Abg. Arendt sei unbillig und außerdem gefährlich, der Regierung Staatsüberschreitungen zu empfehlen. Das Richtige sei, genügend hohe Summen in den Etat einzustellen. Schatzsekretär Frhr. v. Stengel erklärte, daß die Reichsregierung nicht beabsichtige, eine Definition über den Begriff „unwürdiger Lebenswandel“ zu geben. Demnach ist also beabsichtigt, den Unterbehörden nach wie vor freien Spielraum zu lassen, der sehr oft zur Schilane ansetzt.

Einstimmig wurde eine Resolution (Graf Oriola) angenommen, die besagt:

Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, sobald einen Nachtragsetat vorzulegen, in dem die Mittel zur Deckung der für das Rechnungsjahr 1901 seit dem 1. Januar 1905 eingetretenen resp. zu erwartenden Gehaltsbeträge aus Kapitel 83, Titel 4 des Etats des Kriegsinvalidenfonds angefordert werden.

Die Kommission erwiderte ferner eine Reihe von Petitionen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 24. Februar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus.“) Das Schießen am Schaho dauert an; Zusammenstöße der Patrouillen haben am Mittwoch und Donnerstag stattgefunden. Am Donnerstag um 1 Uhr morgens haben die Russen mit einer westlich Ostajentum aufgestellten Batterie schwerer Geschütze die Umgegend von Lafatu beschossen.

Hankow, 24. Februar. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur.“) Die russische Melogoniertruppe im Gebiet von Jandenschen nötigte die Japaner, 9 Bataillone und 12 Geschütze ins Feuer zu bringen. Hier dauert der allmähliche Vormarsch der Japaner an, unsere Avantgarde ziehen sich unter Gefechten aus ihre Stellungen zurück. Am 22. d. M. hatten wir an Verwundeten 2 Offiziere und 62 Unteroffiziere. Beim Verfolgen der Japaner, welche bei dem Dorfe Janshan flatterterminen legten, wurden gestern unsere Freiwilligen, 11 an der Zahl, mit Feuer aus einem Dorfe empfangen, worauf sie sich unter Mithilfe eines Teiles der japanischen Schanzinstrumente und der Ausrüstung mit Verlust eines Toten und eines Verwundeten zurückzogen. Auf der übrigen Front ist es ruhig, es findet nur der gewöhnliche Schußwechsel statt.

Tokio, 24. Februar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus.“) Die Zahl der in Japan gefangen gehaltenen Russen beläuft sich auf 44 400, von denen 616 Offiziere sind.

Partei-Nachrichten.

Ueber Schädigung der Partei im Ruhrrevier ist in der letzten Zeit von angestrichenen Genossen lebhaft geklagt worden. Wie unbegründet diese Klagen sind, zeigt die folgende Mitteilung des „Vollblattes für Vordum“ an die Parteigenossen:

„Die Nachfrage nach dem „Vollblatt“ ist in letzter Zeit so stark gewesen, daß es uns bei dem besten Willen nicht möglich war, alle an uns gelangten Nachbestellungen regelrecht zu erledigen. Wir wissen die uns gewordenen tatkräftige Unterstützung in der Agitation seitens der Parteigenossen und Vertrauensleute sehr wohl zu schätzen und bitten auch fernerhin, darin nicht zu erlahmen.“

Nur ist es uns infolge des rapiden Anwachsens der Abonnentenzahl nicht möglich, allen größeren Anforderungen nach Agitationsmaterial augenblicklich gerecht zu werden. Da die große Nachfrage nach dem „Vollblatt“ eine totale Umänderung des technischen Betriebes gebieterisch notwendig macht, die zu Beginn des neuen Quartals zur Ausführung gelangt, so müssen wir unsere verehrten Parteifreunde bis zu diesem Zeitpunkt betrüben.

Wir werden dann in der Lage sein, vollkommener, gerüsteter auf dem Plan zu erscheinen und können dann auch den in größtem Umfange an uns gestellten Anforderungen genügen.“

Bei der Wahl zum gotthaischen Landtage, die am Donnerstag vorgenommen wurde, ist Genosse Pock wieder gewählt worden. Die Wahl war notwendig geworden, weil der Landtag die Wahl Pock für ungültig erklärt hatte.

Zu Friedrich Schillers Gedächtnis erscheint in diesem Jahre an Stelle der „März-Zeitung“ eine reich illustrierte Zeitung, die Schiller, als dem geistigen Vorkämpfer der bürgerlichen Revolution Deutschlands, gewidmet ist. Je mehr sich die bürgerliche Welt von heute unter Führung eines Ministers Stadt bemächtigt, die Schillerfeier zu einem leeren Schaugepränge byzantinischer Entartung zu gestalten, um so wichtiger ist es für die Sozialdemokratie, den bürgerlichen Revolutionär in seiner Kraft und Reinheit dem deutschen Volk darzustellen. Statt der widerwärtigen bürgerlichen Schiller-Legende, die die Gestalt des kämpfenden und ringenden Dichters in einem blassen und schwächlichen Ideologen zu verkommen sucht, bedarf dies Jahr, in welches der hundertjährige Todestag Schillers fällt, der Schiller-Wahrheit. Die Buchhandlung Vorwärts hat deshalb, statt zum Mai eine Schiller-Festschrift herauszugeben, diese Publikation an die Märzfeier geknüpft, denn in der Revolution von 1848 wurde doch wenigstens ein Hauch von Schillers Geist wirklich und lebendig. Die Festschrift wird diesmal 16 Seiten umfassen, besonders reich geschmückt mit dokumentarischen Bildern sein und das Wesen und Wirken des Dichters, des Philosophen, des Historikers möglichst umfassend in einer Reihe von eingelaufenen Darstellungen. Die Herstellung wird auf seinem Papier in braunem Tondruck erfolgen.

Der Preis für die Nummer ist 20 Pf. Bei Parteibezug Rabatt. Bestellungen erbitet der Verlag bis zum 1. März.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Wegen Beleidigung ist am 30. April v. J. vom Landgericht Wielefeld der Redakteur der „Vollwacht“, Genosse Karl Hoffmann, zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt worden. Er hatte unter der Spitzmarke „Geradezu empörend“ mitgeteilt, daß einer Mutter ihr dreijähriges Kind durch einen Polizeibeamten und drei andere Personen mit Gewalt weggenommen worden sei; es scheine seitens der vier Personen Ansehen und Hausfriedensbruch vorzuliegen. Hierdurch soll der Angeklagte die erwähnten Personen beleidigt haben. Gewalt ist tatsächlich angewendet worden, auch handelte der Beamte nicht auf Grund eines Gerichtsbeschlusses; das Gericht hat selbst anerkannt, daß das Verfahren der Beamten nicht anerkennen legal gewesen sei. Mit Rücksicht hierauf erklärte das Landgericht die Revision des Angeklagten für begründet, hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Paderborn.

Aus der Frauenbewegung.

Vorsigwalde. Der neugegründete Bildungsverein für Frauen und Mädchen veranstaltete am 20. Februar eine öffentliche Versammlung, die sehr gut besucht war. Frau Alth Braun hielt einen Vortrag über „Die Frau in der Gegenwart und Zukunft“, der großen Beifall fand.

Zum Schluß wurde zu reger Beteiligung an dem neuen Verein angefordert. Der Monatsbeitrag beträgt 20 Pf. Der nächste Vereinsabend ist auf den 8. März 1905, abends 8 Uhr, bei Kube, Vorsigwalde, Ernststr. 8, festgesetzt, der darauffolgende am 22. März bei Schmidt, Ziegel, Schlieperstr. 64. Die Vereinsabende finden regelmäßig alle 14 Tage am Mittwoch, abwechselnd in dem erstgenannten und in dem letztgenannten Lokale statt.

Gewerkchaftliches.

Wieder ein Preßjubiläum.

Die „Brauer-Zeitung“ hat mit ihrer neuesten Nummer die ersten 25 000 überschritten. Sie kann mit dieser Auflage sich freilich nicht den Blättern der Niesengewerkchaften der Metall- und Holzarbeiter, der Maurer usw. an die Seite stellen; dennoch erscheint auch ihr Auflage-Jubiläum bemerkenswert wegen des Fortschritts der Brauerbewegung, der sich aus dem Vergleich dieser Ziffer mit den früheren Auflagen ergibt.

1892 wurde das Verbandsorgan der Brauer mit einer Auflage von 3000 Exemplaren obligatorisch eingeführt. Bis 1895 hatte sich diese Auflage mehr als verdoppelt. Von 1900 bis 1902 inkl. stagnierte allerdings die Auflage in einer Höhe von etwas mehr als 15 000 Exemplaren. 1903 schnellte sie urplötzlich um 4000, 1904 um etwas über 3000 in die Höhe, um jetzt die 25 000 zu überschreiten.

Unter den Gewerkschaftsorganen der Nahrungsmittelbranche, die ja am schwierigsten zu organisieren ist, steht die „Brauer-Zeitung“ an der Spitze. Offen wir, daß sie ihre Auflage ständig weiter steigern und daß es den anderen Organen dieser Branche gelingen möge, eine gleich statliche Zahl organisierter Arbeiter hinter sich zu vereinigen.

Daß die „Brauer-Zeitung“ nicht gewillt ist, auf ihren Lorbeeren auszuruhen, beweisen die Worte, mit denen sie die neu erreichte Auflageziffer ankündigt.

„Noch eine Armee von Mitgliedern ist zu gewinnen“; ruft sie aus: „Auf denn zur Agitation — holen wir sie!“

Berlin und Umgegend.

Die Barbier- und Friseurvereine Berlin, Köpenick, Charlottenburg, Nixdorf und Weihensee des Zentralverbandes der Barbier und Friseur waren in der Nacht zum Freitag in großer Zahl im „Rosenhale Hof“ versammelt, um sich gemeinsam über die den Arbeitgebern zu stellenden Forderungen schlüssig zu werden. Die Versammelten nahmen zunächst auf Veranlassung des Vorsitzenden Sympathie-Erklärungen zugunsten der Grundarbeiter im Ruhrrevier und der Arbeiter in England an. Nachdem noch die vom Reichstage sanctionierten Wucherzölle demnächst gewürdigt, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Zunächst gelangte der von den vereinigten Vorständen der Zweigvereine aufgestellte Tarif zur Verlesung. Derselbe lautet: Minimallohn ohne Kost und Logis 20 Mark, halbe Kost und Logis 12 M., mit ganzer Kost und Logis 9 M., Zuschläge für Sonnabend von 2 Uhr nachmittags bis abends 10 Uhr sowie Sonntags von 7 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags zusammen 6 M.; Wochenzuschläge ohne Kost 4 M. den Tag, mit Kost 3 M., für den halben Tag 2 M., Freigabe der drei zweiten hohen Feiertage (auf die Durchführung dieser Forderung soll besonderes Gewicht gelegt werden); eine einständige Mittagspause. Die Arbeitszeit soll vom 1. Oktober bis 1. April von 7 1/2 Uhr früh bis 9 Uhr abends dauern, im anderen Halbjahr von 7 Uhr früh bis 9 Uhr abends, Sonnabend bis 10 Uhr abends. Verlangt wird weiter Anerkennung des Arbeitsnachweises durch die Arbeitgeber. Die früher befolgte Taktik, den Tarif den einzelnen Arbeitgeber-Korporationen zur Anerkennung zu unterbreiten, soll bei der gegenwärtigen Lohnbewegung nicht befolgt werden; jedem Arbeitgeber werden die Forderungen zur schriftlichen Bewilligung unterbreitet. In der Diskussion stellte sich heraus, daß einem großen Teil der Gehälten die Lohnforderungen zu gering waren, man auch erwartet hatte, daß die gänzliche Abschaffung von Kost und Logis gefordert werde. Nachdem darauf vom Vorstande erklärt worden, daß die letztere Forderung zurzeit schwer durchführbar sei und zu gelegenerer Zeit wieder aufgenommen werde, auch die jetzigen Lohnsätze keine höheren seien als dem Grunde, um auf diese Weise möglichst gleiche Löhne überall einführen zu können, gelangten folgende Änderungsanträge zur Annahme: Der Punkt „9 Mark mit ganzer Kost“ fällt aus, und für „Zuschläge Sonnabend und Sonntag“ werden 7 M. (statt 6 M.) gefordert.

Achtung, Speicherarbeiter! Da die Differenzen auf der Dampfmaschinenfabrik in Köpenick noch nicht erledigt sind, ist der Betrieb für Hilfs- und Speicherarbeiter bis auf weiteres gesperrt.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Ortsverwaltung Köpenick.

Deutsches Reich.

Achtung! Metallarbeiter, Schlosser, Dreher! In der Sorauer Maschinenfabrik vormals Hede sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma Hede hat für die Firma Deng u. Cie. in Wien, wo die Kollegen sich im Streik befinden, Arbeiten übernommen und muket nun den bei ihr beschäftigten Arbeitern zu Streitarbeit anzufragen. Wir ersuchen, Arbeitsangeboten nach Sorau keine Folge zu leisten. Zugang ist streng fernzuhalten.

Die Bezirksleitung des deutschen Metallarbeiterverbandes.

Gerichte und organisierte Arbeiter. Vor der Strafkammer in Bonn standen der Gaubeamte des Deutschen Brauerverbandes, Jurist in Köln, der Vorsitzende des Bonner Gewerkschaftsrates, Schneider Niedermair, sowie ein Brauer und zwei Formner wegen Beleidigung der beiden Direktoren der Germania-Brauerei in Hesel bei Bonn. Jurist soll die Beleidigung in Versammlungsbüchern, Niedermair in einem von ihm verantwortlich gezeichneten Flugblatt begangen haben. Die drei anderen haben die Flugblätter verbreitet. Die unter Anklage stehenden Behauptungen über die Direktoren sind erhoben worden aus Anlaß von zwischen dem Brauerverband und der Brauerei entstandenen Differenzen, die einen Boykott zur Folge hatten. Es gelang den Angeklagten nicht, ihre Angaben zu beweisen. Das Gericht verurteilte Jurist zu vier Monaten, Niedermair (obwohl dieser noch völlig unbestraft war) zu drei Monaten, der Brauer zu 14 Tagen und die beiden anderen zu je 50 M. Das Urteil muß wegen der ungeheuerlichen Höhe der Strafen allgemein das größte Aufsehen erregen, umso mehr, als die Beleidigungen sämtlich im guten Glauben geschehen sind und auch die Anklage nicht auf Beleidigung wider besseres Wissen lautete.

Die Streikposten im Spritzenhaus. In Köln-Ehrenfeld streifen in der Fahrradfabrik von Wahja die Metallarbeiter, und sie stellen selbstverständlich Streikposten auf. Der Kommissar des Polizeireviere ließ nun am Montag drei Streikposten abführen, und am Dienstag wurden wieder sieben Streikposten eingesperrt, so lange, bis in der Wahjischen Fabrik Feierabend war; einzelne wurden bis zu neun Stunden in dem Spritzenhaus festgehalten. Am Mittwoch wurde auch der Gauleiter Kobel vom Metallarbeiterverband auf das Kommissariat geführt. Der bestreikende Polizeikommissar ist der nämliche, der bei einem früheren Streikposten-Prozess als Zeuge bekundete, er habe gesehen, wie gegen Mittag sechs Streikende in die Straße „hineinströmten“. Das Spritzenhaus ist auch schon früher

als Aufbewahrungsort für Streifposten benutzt worden. Die Beschaffenheit des Innern ist derart, daß die menschliche Gesundheit darin Schaden leiden muß. Wie der „Rheinischen Zeitung“ von dem Streifbureau berichtet wird, sind Fensterbänke und Wände mit Rot beschmiert. Zur Verhütung ihrer Verberbtheit erhalten die Eingesperrten einen Kübel hineingerichtet, von dessen Geruch ihnen übel wird. Ein früher eingesperrter Holzarbeiter hat sich in dem Raum vor Ekel übergeben. So behandelt man Arbeiter, die für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen.

Die Streikdemonstrationen und Polizei-Attaken in Helsingborg haben sich am Mittwoch wiederholt. Nach einer offenbar tendenziös abgefaßten Depesche hatte sich die Volksmenge diesmal mit Feuerwerkskörpern versehen, die unaufhörlich abgebrannt wurden, wobei Heulen und Pfeifen einander ablösten. Bei ihrem Angriff auf die Menge bediente sich die Polizei der Säbel. Einige Personen wurden verwundet, zwei verhaftet. Erst gegen 11 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt.

Von den 11 Streikführerinnen, die in der Stenströmschen Hemdenfabrik tätig waren, haben nun 10 nach Aufforderung der Gewerkschaft die Arbeit niedergelegt.

Husland.

Ein Ausschuss von 5000 Arbeitern ist in Paris ausgebrochen, nachdem die Arbeitgeber sich geweigert haben, ihre Forderungen zu prüfen.

Ein Streik der Wäscher und Wäscherinnen ist in Mailand ausgebrochen; an ihm sind circa 3000 Personen beteiligt. Die Streikenden fordern eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf zwölf Stunden (bisher sind sie circa zwanzig Stunden hintereinander tätig) und eine geringe Erhöhung des jetzigen Lohnes, der für die Männer 1 Fr. bis 2,50 Fr., für die Frauen 50 Cent. bis 2 Fr. für eine Tagesarbeit von zwanzig Stunden beträgt.

Eine Arbeiterverleumdung unter Wahrung berechtigter Interessen. In der Suhrmannschen Fabrik zu Dortmund war während eines Streikes im Vorjahre ein Einbruch verübt worden. Herr Suhrmann schob diesen Einbruch fröhlich, fröhlich, frei den Streikenden in die Schuhe und den arbeiterfeindlichen Preßschmuck war die Sache, wie immer ein gesundes Fressen. Von 12 streikenden Formern stellten 8 gegen Herrn Suhrmann Verleumdungsklage und in dem Termin vor dem Schöffengericht wurde nichts, aber auch gar nichts gegen die Streikenden erwiesen. Dennoch wurde Herr Suhrmann freigesprochen, weil er in Wahrung berechtigter Interessen handelte! — Wenn nun etwa einer der Streikenden in Wahrung seiner Interessen die Vermutung ausspricht, daß Herr Suhrmann den Urheber des Einbruchs näher stehen könnte als die Streikenden — hätte doch er und kein Streikender ein Interesse an einem solchen Vorkommnis! — würde der Streikende auch freigesprochen werden?

Aus Industrie und Handel.

Die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft und der Bergarbeiterstreik. Wer die leitenden Herren des Kohlenbergbaues im Ruhrrevier kennt, der möchte von vornherein, daß sie nicht nur aus dem Streik die Lehre ziehen würden, die Macht des Kohlenindustriats zu stärken, und einen Kampffonds für zukünftige Streikfälle anzusammeln, sondern daß sie auch die Jahresberichte ihrer Gesellschaften dazu benutzen würden, ihren Kerger gegen die Streikenden und die sozialdemokratische Partei auszutoben. Tatsächlich ergreift denn auch Herr Geheimrat Emil Kirdorf, der Leiter des Kohlenindustriats und Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft, bereits in dem soeben erschienenen Jahresbericht seiner Gesellschaft die Gelegenheit, seinem gepreßten Herzen Luft zu machen.

„Die Arbeiterbewegung“, erzählt Herr Kirdorf seinen Aktionären, „die in ihrem gewaltigen Umfang einen weitgehenden schädigenden Einfluß auf unsere Gesellschaft sowohl als auf unser ganzes wirtschaftliches Leben ausübt, glauben wir an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen zu dürfen. Wie die Bewegung des Jahres 1889 der seit Jahren vorher geübten Verhöhnung der Bergarbeiter gegen ihre Arbeitgeber ihren Ursprung verdankt, so ist auch die diesjährige Bewegung auf eine gleiche Verhöhnung zurückzuführen, die seitdem im verstärkten Maße sowohl von den sozialdemokratischen wie christlich-sozialen Verbänden ausgeübt worden ist. Einen ungeahnten Rückhalt hat die diesjährige Bewegung dadurch gewonnen, daß trotz des Vertragsbruchs weite außenstehende Kreise sich auf die Seite der streikenden Arbeiter stellten; auch die Haltung der Staatsregierung hat sich in gleicher Richtung bewegt, indem sie Stillstandsweigen darüber beobachtete, ob die weitreichenden Mißstände, deren unsere Industrie besühnt wurde und die wir im vollen Umfange bekämpfen, vorhanden seien, trotzdem sie in der Lage war, auf Grund der Sachkenntnis ihres zahlreichen Aufsichtspersonals ein Urteil darüber zu fällen. Auf die uns zugeworfenen Verhandlungen mit den Führern der genannten Verbände, der sogenannten Siebenerkommission, konnten und durften wir nicht eingehen, wenn wir durch Anerkennung der Zulässigkeit des Vertragsbruchs uns nicht unseres Ansehens bei dem noch nicht verführten Teil der Belegschaften berauben wollten und weil andererseits die vorgeschobenen Vertreter in keiner Weise Gemäßr boten, daß derartige Verhandlungen zu irgend einem friedlichen Erfolge führen könnten. Auch hätte nach unserer vollen Ueberzeugung jegliches Eingehen auf Verhandlungen zu einer unabweisbaren Verlängerung des Ausstandes geführt. Aus den Kreisen unserer Belegschaften sind uns trotz vielfacher Entschuldigungen keinerlei Klagen bekannt geworden; es unterliegt keinem Zweifel, daß der streikende Teil unserer Belegschaften einzig und allein aus dem falsch verstandenen Gefühl gemeinsamer Interessen in den Ausstand getreten ist.“

Die Auswanderung hat mit Beginn des neuen Jahres wieder recht stark eingekehrt. Mit den beiden vorgestern in See gegangenen Lloydampfern haben wieder 2500 Zwischendecker von Bremerhaven aus die Reise in die neue Welt angetreten. Heute, am Sonnabend, soll außer dem Dampfer „Brandenburg“ der Dampfer „Gera“ als Extradampfer nach New York expediert werden; beide werden je 1600 Passagiere erhalten, die ebenfalls zum großen Teil schon am Tage vorher an Bord untergebracht werden mußten. Es wird dann der wohl noch nicht dagewesene Fall zu verzeichnen sein, daß in einer Woche acht Lloydampfer mit annähernd 9000 Passagieren abgefertigt worden sind. Auch für den Dienstag nächster Woche wird sich der Lloyd genötigt sehen, einen Extradampfer einzustellen, da in Bremen die Auswandererhäuser überfüllt sind. Ein großer Teil der Auswanderer besteht aus Russen und Polen.

Die Kohleerzeugung im Januar zeigte infolge des Bergarbeiterstreiks eine überaus starke Abnahme. Nach der Statistik des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller bezifferte sie sich auf nur 708 209 Tonnen gegen 871 194 Tonnen im Dezember 1904 und 831 053 im Januar des Vorjahres. Gegen Dezember beträgt die Abnahme 104 985, gegen den Parallelmonat des Vorjahres 64 844 Tonnen.

Mit Ausnahme des Saarbezirks, in dem eine Zunahme um circa 1600 Tonnen stattfand, hat die Kohleerzeugung in sämtlichen Erzeugungsteilen abgenommen. Am größten war der Rückgang selbstverständlich in Rheinland-Westfalen, wo er 77 746 Tonnen betrug, d. h. bei circa 25 Arbeitstagen über 3000 Tonnen täglich.

Zuckerverbrauch. In welchem Maße die Ermäßigung der Zuckerversteuer infolge der Wärschler Konvention auch auf den Zuckerkonsum der weniger bemittelten Volksschichten eingewirkt hat, lehrt die Tatsache, daß der Breslauer Konsumverein im letzten Jahre 1 258 700 Pfund Zucker mehr verkauft hat als im vorigen Jahre.

Die Norddeutsche Bank in Hamburg hat im Jahre 1904 einen Bruttoertrag von 6 227 451 M. und einen Reingewinn von 5 161 307 M. erzielt. Nach Abzug einer besonderen Reserve von 200 000 M. soll eine Dividende von 8 1/2 Proz. wie im Vorjahre verteilt werden. Das Zinsen- und Wechselkonto erbrachte 3 640 590 M., das Provisionskonto 1 529 028 M. Gewinn, für 1903 nur 2 126 947

begn. 1 461 222 M. Auf Effekten, Konfortial- und Kommanditbeteiligungen wurden 1 117 783 M. Gewinn erzielt.

Bekanntlich befinden sich die Aktien der Norddeutschen Bank im Besitz der Berliner Diskonto-Gesellschaft.

Vom amerikanischen Eisenmarkt. Die amerikanische „Iron and Steel Association“ hat kürzlich ihren Bericht über die Eisenerzeugung der Vereinigten Staaten von Amerika während des letzten Jahres veröffentlicht, der deutlich zeigt, wie schwer der amerikanische Eisenmarkt unter der im Mai 1903 ausgebrochenen Krise gelitten hat. Nach dieser Statistik wurden im Jahre 1904 nur 16 497 088 Tonnen (zu 1016 Kilogramm) Roheisen hergestellt, gegen 18 000 232 Tonnen im Jahre 1903 und 17 821 307 Tonnen im Jahre 1902, und zwar verteilte sich die Erzeugung auf die beiden Jahreshälften folgendermaßen:

	1901	1902	1903	1904
Erste Hälfte	7 674 613	8 808 574	9 707 307	8 173 438
Zweite Hälfte	8 203 741	9 012 733	8 301 885	8 323 595
Jahr	15 878 354	17 821 307	18 009 232	16 497 088

Die Erzeugung war also im Jahre 1904 um 1 512 219 Tonnen kleiner als im vorhergehenden Jahre; deutlich ist aber eine gewisse Verringerung erkennbar, welche in der zweiten Hälfte des Jahres 1904 sich anbahnte und im neuen Jahre 1905 weiter zugenommen hat, denn nach den letzten Meldungen betrug die Roheisenproduktion im letzten Jahre an 1,8 Millionen Tonnen. Die Leistungsfähigkeit sämtlicher zu Beginn des Jahres 1905 in den Vereinigten Staaten von Amerika vorhandenen fertigen oder der Vollendung nahestehenden Hochofen belief sich auf 21 260 000 Tonnen Roheisen pro Jahr, wenn man die für Reparaturen erforderlichen Betriebspausen in Betracht zieht. Ob diese Leistungsfähigkeit in nächster Zeit einmal völlig ausgenutzt werden kann, erscheint zweifelhaft. Zu Anfang Januar 1905 waren von den 376 vorhandenen mit Koks oder Anthracit arbeitenden Hochofen 243 mit einer Leistungsfähigkeit von 377 879 Tonnen pro Woche im Betriebe gegen 221 mit 357 846 Tonnen am 1. Dezember 1904. Die Leistungsfähigkeit der mit Holzkoale arbeitenden Hochofen belief sich auf ungefähr 35 500 Tonnen pro Monat.

Der Außenhandel der Schweiz im Jahre 1904. Nach der provisorischen Zusammenstellung der Zollverwaltung betrug die Einfuhr 1 243,39 gegen 1 196,16 Millionen Frank im Jahre 1903. Die Ausfuhr 891,47 gegen 888,52 Millionen Frank, total 2 134,86 gegen 2 084,69 Millionen Frank. Die Einfuhr ist demnach um 47, die Ausfuhr aber um 3 Millionen Frank gestiegen.

Gerichts-Zeitung.

Die Tragödie eines Weibes, das einer gebildeten und wohlhabenden Familie entstammte, wurde in einer Verhandlung vor der Strafkammer entrollt. Wegen schweren Diebstahls im Rückfalle war die jetzt 43-jährige Aufwärterin Elise Bortina an der Anklage beteiligt. Die Angeklagte ist die Tochter eines höheren Ministerialbeamten, die eine in ihren Kreisen übliche Erziehung genoss. Musik- und Sprachunterricht vollendete ihre Ausbildung. Entgegen den Anschauungen ihrer Angehörigen lehnte sie sich nach einem Verur, nach wirtschaftlicher Selbständigkeit. Bei Nacht und Nebel verließ sie das elterliche Haus und versuchte sich durch eigene Arbeit durch das Leben zu schlagen. Den Kampf um das tägliche Brot hat das verdöhlte Mädchen längere Zeit hindurch scheinbar tapfer geführt. Sie versuchte sich redlich durch Tätigkeit in den verschiedensten weiblichen Erwerbszweigen zu ernähren und wurde schließlich Fabrikarbeiterin. Sie unterlag in dem schweren Kampf um eine Existenz. Zu stolz, um reumütig zu den Eltern heimzukehren, warf sie sich der Prostitution in die Arme. Es gelang ihr durch ihre damals interessante Erscheinung einen ganzen Schwarm von „Verheerern“ nach sich zu ziehen. In Baden-Baden, Offenbe und Rizza war sie bald nur noch unter dem Namen „die schöne Elise“ in der Welt, in der man sich nicht langweilt, bekannt. Auf der Höhe ihres Glanzes brach das Schicksal der meisten Prostituierten über sie herein. Eine Krankheit hinterließ tiefe Narben auf Gesicht und Händen, die sie völlig entstellten. Nimmerehr wandte sich jeder von der einst so gefeierten Schönheit schauernd ab. Nachdem sie alles, was irgendwie noch Wert besaß, veräußert hatte, ging es rasend schnell bergab. In den niedrigsten Kellerhöhlen des Scheunenviertels landete sie schließlich, um in dem Alkohol einen Tröster zu finden. Jedes moralische Halbes verlor, entwertet durch das ausschweifende Leben, sank sie auf das unterste Niveau des Dürftens herab. Als Lumpensammlerin, mit Sad und Hals, zog sie, den Anblick einer Greisin bietend, umher, um sich auf Müll-Abblattpfählen und Höfen einige Groschen zu verdienen. Inzwischen hatte sie auch noch mehrere Vorstrafen wegen Diebstahls erlitten. Im Dezember v. J. kam die Angeklagte in stark angetrunkenem Zustande abends die Fennstraße entlang. In einem Schaufenster standen verführerisch mehrere Bildstöcke, welche die Angeklagte zu einem neuen Diebstahl verleiteten. Sie schlich sich, bevor die Haustür geschlossen wurde, in den Keller des betreffenden Grundstücks ein und riß hier einen Teil des Verschlages ab, um zu dem geliebten Schnaps zu kommen. Am nächsten Morgen wurde sie schwer betrunken von Angestellten der in demselben Hause befindlichen Zigarrenfabrik aufgefunden und der Polizei übergeben. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagte schon zweimal mit Zuchthaus bestraft ist, eine Zuchthausstrafe von drei Jahren. Der Gerichtspräsident erkannte auf zwei Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

Die bürgerliche Gesellschaft hatte für dieses Weib, das in ihrem Leben geringe, keine andere Zustuchtsstätte als das Zuchthaus.

Freiherr v. Grabow und Genossen. Nach dreitägiger Verhandlung wurde die Verweisaufnahme in dem Betrugprozeß gegen den Freiherrn v. Grabow und Genossen geschlossen. Der Staatsanwalt erklärt, daß er in allen Punkten die Anklage aufrecht erhalte. Das geradezu enorme Verlesungsmaterial habe bewiesen, daß die beiden Angeklagten v. Grabow und Hildebrandt gemeinschaftlich ihre betrügerischen Handlungen ausgeführt haben. Der Staatsanwalt geht hierauf die einzelnen Betrugsfälle durch, schildert eingehend ihren Verlauf nach dem Ergebnis der Verweisaufnahme und kommt zu dem Schluß, daß die Angeklagten sämtlich schuldig zu sprechen seien. Was die Strafemessung anlangt, so sei bei Grabow strafverschärfend, daß er ein Angehöriger der besten Kreise sei, der natürlich in erster Linie darauf Bedacht nehmen mußte, nicht vom Wege des Rechtes abzugehen. Zu seinen Gunsten sei anzuführen, daß er offenbar lediglich unter dem Einfluß Hildebrandts gestanden hat. Hildebrandt sei als geistiger Urheber sämtlicher strafbaren Handlungen anzusehen. Deshalb sei er am schwersten zu bestrafen. Finger sei in einem Falle des Betruges überführt. Seine Vorstrafe sei als strafverschärfend anzurechnen, und Sächse sei ebenfalls schon erheblich vorbestraft und müsse deshalb entsprechend höher bestraft werden. Bei Grabow und Hildebrandt bitte er außerdem auch auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen.

Nach etwa einstündiger Beratung verkündet der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Abbe, daß das Gericht beschloßen habe, die Verurteilung auszusprechen. Die Urteilsverkündung erfolgt am Sonnabend, den 25. d. M., mittags 12 Uhr.

Zu unserem Bericht über die Privatklage gegen den Redakteur Hugo Kösch in der gestrigen Nummer erhalten wir vom Vorsitzenden des Vereins deutscher Redakteure, Dr. jur. Richard Brede, unter Berufung auf das Preßgesetz folgende

Verteidigung. 1. Es ist nicht richtig, daß der „Verein deutscher Redakteure“ eine aus wenigen Mitgliedern bestehende Organisation ist, richtig ist vielmehr, daß dem „Verein deutscher Redakteure“ gegen 400 Mitglieder angehören, und er von den deutschen Fachvereinen die meisten Redakteure als Mitglieder aufzuweisen hat. 2. Es ist nicht richtig, daß an dem Medalettentag in Magdeburg nur 30 bis 40 Herren teilnahmen, richtig ist vielmehr, daß gegen 100 Teilnehmer anwesend waren. 3. Es ist nicht richtig, daß ein Referent verlangt hat, es sollte den Redakteuren von

antiemefreien Stücken ein Prozent zugewendet werden, oder daß von den Verlegern wöchentlich 0,20 M. für eine Unterstützungskasse gezahlt werden soll, richtig ist vielmehr, daß einerseits Herr Dr. Bagelt, als Vertreter der deutsch-österreichischen Schriftsteller-Gesellschaft, beiläufig in der Diskussion erwähnte, daß in Wien die Theater tatsächlich 1 Proz. von antiemefreien Stücken an Schriftstellerassen abführten, andererseits auch ein Diskussionsredner auf die Möglichkeit einer staatlichen Versicherung für Redakteure hinwies.

Vermischtes.

Der Durchbruch des Simplontunnels.

Die Verbindung zwischen der nördlichen und der südlichen Hälfte des Simplontunnels wurde heute früh durch einen Sprengschuß hergestellt. Die obere Wölbung der Südgalerie zeigt eine klaffende Öffnung, die mit der Sohle der Nordgalerie korrespondiert. Das Wasser, dessen Druck vorher durch die Pumpen auf der Nordseite gemäßigt worden war, entleerte sich rasch nach der Südseite, ohne Schaden anzurichten. Nach einer Stunde war der Normalbetrieb hergestellt. Die Richtung und der Vortrieb welchen nicht wahrnehmbar von den vorherigen Berechnungen ab. In dem Tunnel herrscht eine erdrückende Hitze.

Der Druckschlertensel in der Vordiersaison. In einem Inserate der „Danziger Neuesten Nachrichten“ war, wie wir dem „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“ entnehmen, angeklagt, daß die Kapelle des zweiten Leibhularenregiments bei einem großen humoristischen Vordiersaison der Konzertnummern ausführen würde. Zum Unkluge fehlten in dem Worte Huzaren die beiden Buchstaben „sa“, so daß ein ganz verächtliches Wort daraus geworden war. Der Kommandeur der 86. Division hat nun Strafantrag gegen den Verleger des genannten Blattes wegen Verleumdung des zweiten Leibhularenregiments bei Gericht gestellt.

Erdbeden.

Im ganzen oberen Vogtlande wurde in der Nacht zum Freitag ein heftiger Erdstoß verspürt, der von donnerähnlichem Getöse begleitet war und die Häuser erzittern machte.

In Junsbrud wurde am Freitag bei klarem Himmel und schönem Wetter um 8 Uhr 25 Minuten morgens ein fünf Sekunden lang dauerndes heftiges Erdbeben, begleitet von Donnergeräusch, beobachtet; das Erdbeben war auch im Bilsertal wahrnehmbar.

Stierzig Kinder vergiftet. In dem Seminar von Cherson erkrankten gestern 40 Schüler nach dem Mittagessen, bei denen Symptome von Vergiftung konstatiert wurden. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß die Vergiftung durch schlecht verginnte Kaffeebohnen, in denen das Essen gelocht wurde, verursacht war. Die erkrankten Kinder wurden ins städtische Krankenhaus überführt. Ihr Zustand ist bedenklich. Der Direktor und Dekonom des Seminars sind zur Verantwortung gezogen worden.

Ein Attentat auf einen Zug der Spreewaldbahn ist Donnerstag verübt worden. Gegen 9 Uhr abends entgleiste der Personenzug bei der Station Werben infolge eines Baumstammes, der quer über das Gleise gelegt war. Menschen wurden nicht verletzt, der Materialschaden ist indes ziemlich erheblich. Den Tätern ist man auf der Spur. Verdächtig sind zwei junge Burken, die aus Rache gegen einen Fahrgast das Attentat begangen haben sollen.

Wegen Selbstverwundung verurteilt das Ober-Kriegsgericht in Köln den Lehrer Jung zu 18 Monaten Gefängnis und zur Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes; außerdem hat es die sofortige Festnahme des Angeklagten angeordnet. Das Urteil hob als strafverschärfend hervor, daß es sich um die Tat eines Mannes handele, der als Lehrer ein Vorbild für die Jugend sein sollte. Vom Kriegsgericht der 15. Division zu Worm war der Angeklagte freigesprochen worden.

Schneeüberwehungen. Wie die Eisenbahndirektion Breslau mitteilt, gelang es gestern, die vom Schnee verwehte Strecke Ober-Schreiberhau-Josefshütte wieder freizubekommen. Dagegen ist die weitere am schlimmsten verwehte Strecke Josefshütte-Grünthal noch gesperrt.

Umgang mit Hausbeskern. Ein Korrespondent der „Frankf. Zeitung“ erzählt folgendes heitere Vorkommnis, das sich vor etlichen 20 Jahren in seiner weisfälischen Heimatstadt abspielte. Der neue evangelische Pfarrer suchte, zuerst ohne seine Gattin, eine Wohnung. Nach verschiedenen Besuchen glaubte er endlich eine passende gefunden zu haben und wollte sich schon, mit dem Besprechen, auch seine Gattin zu schicken, verabschieden. Da fragte ihn der Hausbesker: „Geben Sie auch Kinder, Herr Pfarrer?“ — „Mit wem hat uns der Himmel gesegnet“, war die Antwort. — „Kaum hatte der kinderliebende „Hausagrator“ kurz und bündig erklärt: „Bedauere ich vermicke nur an kinderlose Parteien,“ als ein Hauptmann eintrat, der ebenfalls auf der Wohnungssuche war. Der Pfarrer, der wahrscheinlich gehofft hatte, den wenig sozialpolitisch veranlagten Hausbesker noch umzustimmen, wartete, bis die beiden Herren von der Besichtigung zurückkehrten. — „Die Wohnung gefällt mir“, meinte der Hauptmann. Die weiteren Worte wurden ihm abgeschnitten durch die stereotype Frage: „Geben Sie auch Kinder?“ „Sech's stramme Bengels, Verheiratheter.“ — „Bedauere ich vermicke nur an Parteien ohne Kinder.“ Kurze Pause. Darauf der Hauptmann: „Wissen Sie was?“ (Hier folgte ein klassisches Zitat.) Nun wollte auch in dem Pfarrer eheliche Entrüstung auf. Aber er bezwang sich und sagte verbindlich und würdevoll, sich die Hände reichend: „Um das wollte ich Sie auch noch ergebend ersucht haben!“

Eingegangene Druckchriften.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin SW. 19, Beuthstraße 2) haben soeben das März-Heft ihres 11. Jahrganges erschießen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Max Schippel: Handelspolitische Kometenjahre. — Otto Hür: Ueber den Generalstreik im Ruhrgebiet. — Eduard Bernstein: Ueber Bernard Shaw. — Paul Kampffmeyer: Zur Kritik der philosophischen Grundlagen des Marxismus. — Dr. Labislaus Gumpel: Das russische Kaiserthum und die Revolution. — Richard Rüdiger: Die Lage in Polen und Litauen. — Bernhard Schildbach: Der korporative Arbeitsvertrag. — Dr. Hugo Lindemann: Die städtische Grundrente und ihre Bekämpfung. — Edmund Höfer: Die Frauenfrage. — Wirtschaft von Max Schippel. — Politik von Richard Calver. — Sozialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialpolitische Bewegung von Hugo Bösch. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deinhardt. — Genossenschaftsbewegung von Gertrud David. — Wäsende Kunst von Anna Klein. — Buchbesprechung von Dr. Eduard David. — Als Beigabe bringt das Heft ein Portrait von Bernard Shaw.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf.; vierteljährlich 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportage und durch jede Postanstalt. Ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Beuthstr. 2, Berlin SW. (Zulassung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Pf.

R. J. 100. 1. Sonett erstattet, ist die Berechnung zu 2. Darüber können wir Ihnen eine Auskunft nicht erteilen. — R. J. 98. Falls Ihr Krankenversicherungsstatut nicht abweichende Vorschriften trifft, haben Sie insoweit (die erste und letzte Erwerbsunfähigkeitszeit zusammenzurechnen) 25 Wochen Krankenzeit zu beanspruchen. — R. J. 103. Den Verlobten a. D. steht das Recht auf Rückforderung der Verlobungsgüter innerhalb eines Jahres nach Auflösung der Verlobung zu. Ist der Ring zurzeit der Rückforderung nicht mehr vorhanden, so haben Sie auch keinen Anspruch auf seine Rückgabe. Die Klage auf Rückgabe müßte innerhalb eines Jahres an gestellt sein. Die damit verbundenen Scherereien wegen den eventuellen Gewinns nicht auf. Deutliche Klagen sind selten, weil sie mehr als Zeugnis des Kerkers, wie vornehmer Ehemann des Klägers gelten. — R. J. 7. 1. Sie könnten eventuell einwenden, daß Ihre Bürgerhaft nicht schriftlich erfolgt ist. Liegt schriftliche Bürgerhaft vor, so könnten Sie

lediglich einwenden, daß erst der Käufer zu verfügen ist, für den Sie ge-
bärt haben. War der Käufer aber sind Sie selbst minderjährig, so ist die
Klage abzuweisen. Bei Klagen können Sie den Verkäufer nicht zwingen,
vielmehr nur sich über Zahlung mit ihm einigen. 2. u. 3. Was um-
entbehrlich und deshalb unparierbar ist, ist von Fall zu Fall zu entscheiden.
Verpflichtungen haben keinen Vorzug vor anderen Schulden. — **U. 100.**
1. Ihr Mann möchte innerhalb sechs Wochen und Kenntnis von dem Todes-
fall durch eine dem Erblasser abzugebende, notariell oder gerichtl. beglaubigte
Erklärung auf den Erblasser verzichten. 2. Haben die acht Geschwister mit
der Rücksicht auf den Erblasser die Erbchaft angetreten, so haben sie nur in
Höhe der Erbchaft. 3. Aber die Forderung, wie es scheint, bereits
rechtsträglich ausgezahlt, so ist nichts mehr zu machen. 3. Rein. — **U. 101.**
U. 102. 1. Einmaliges Gebrauche ist nicht krankheitsversicherungsähnlich, die
Gesellschaft hat für Kur und Belegung auf die Dauer von 6 Wochen auf-
genommen, hat also in Ihrem Falle, zumal sie das Versprechen gegeben
hatte, zu zahlen. Infolgeding für die Klage ist das Amtsgericht. — **U. 103.**
Ihre Tochter kann auf Zahlung von Alimenten für sich und ihr Kind gegen
Ihren Schwiegerohn klagen. Für die Klage zuständig ist das Amtsgericht,
in dessen Bezirk Ihr Schwiegerohn wohnt. Es empfiehlt sich Erwirkung des
Armenrechts. Auch eine Klage von Ihrer Seite auf Erstattung der Aus-
lagen kann Erfolg haben. — **U. 104.** 1. und 2. Ja. 3. Rein.
— **U. 105.** 1. Inkluse, die Darlehen geben, können wir nicht. 2. Der
von Ihnen geschuldete und erwiderte Wuch ist uns nicht bekannt. — **U. 106.**
Die von Ihnen angeführten Gründe können als zum Rücktritt ausreichend
erachtet werden. Klagen Sie auf Aufhebung des Lehrvertrages. — **U. 107.**
U. 108. 1. Ja. 2. Ein Recht auf Erwerb der anderen Staats-
angehörigkeit steht weder in Deutschland noch in Dänemark den Fremden
zu. Er kann in Aufnahme finden. 3. Rein. 4. Werden Sie sich an die
dänischen Behörden oder die dänische Konsulate. — **U. 109.**
1. und 2. In den von Ihnen geschiedenen Umständen kann Heirat,
auch Vervielfachung von Gegenständen vor drohender Vermögens-
vermehrung geltend gemacht werden. 3. Ja. 4. Rein: Sie müssen sich an
das Gerichtsdienstamt wenden. — **U. 110.** 1. Zusammen etwa 1000 bis
1500 Mk. 2. Rein. 3. Rein. 4. Ja. — **U. 111.** **Rixdorf.** Rein.
U. 112. Werden Sie sich an den Vorstand der Anwaltskammer. — **An-
kündigung.** 1. Ja. 2. Rein. — **U. 113.** Sofern die Arbeiten für Bauten
gemacht werden, scheint Versicherungsbeitrag vorzuliegen. Die seit der
Klause geltenden Vorschriften sind Seite 332 bis 340 der vierten Auflage

des „Arbeiterrechts“ abgedruckt. Am besten gehen Sie, wenn Sie das
Reichsversicherungsamt um Entscheidung ersuchen. Wird die Arbeit
lediglich in Ihrer Werkstatt ausgeführt, so liegt Versicherungsbeitrag nicht vor.
— **U. 114.** 1. Sie möchten die Erteilung eines Erbcheines herbeiführen.
Antragsscheine auf Erteilung eines solchen finden Sie Seite 237 des dem
„Arbeiterrecht“ beigegebenen Führers durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Das
Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **U. 115.** Die Ver-
sicherungsanstalt befindet sich leider im Rechte. 2. Ja, aber lassen Sie es
auf einen Prozeß ankommen. — **U. 116.** 3. Wenn Sie falsche Angaben
machen, so setzen Sie sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung wegen
Betruges aus. Die Anfragen der Berufsgenossenschaft brauchen Sie nicht zu
beantworten. Sie können auch schreiben: Mit der Absicht der Berufs-
genossenschaft, die Verminderung meiner Erwerbsschuldigkeit in vollem Maße
anzuerkennen und die Unfallrente zu verdoppeln, bin ich einverstanden.
— **100 Grüner Weg.** Der Fiskus wird im Falle Ihres Todes kaum
weitere Schritte unternehmen. Dabei ist zur Leistung des Lebensversicherungs-
beitrages, so mühe der Bruder diesen leisten. Sie und kann er Ratenzahlungen
leisten, so soll er ein dahingehendes Bescheid an die Gerichtskasse richten.
— **U. 117.** Das Testament wäre ungültig, weil und soweit die Kinder
der Ehefrau (eventuell ihre Eltern) nicht berücksichtigt sind; es wäre un-
gewöhnlich, weil der Ehemann nicht leinereits die Ehefrau als Erbin ein-
gesetzt hat. Wasgen Sie ein wechselseitiges Testament unter Berücksichtigung
Ihrer Kinder. — **Saalfeld 30.** Da der Schwiegervater übergegangen ist,
so steht ihm das Recht auf Aufhebung des Testaments wegen Ver-
letzung seines Pflichtteils zu. Außerdem ist das Testament, wenn-
gleich ein Testament als beglaubigt hat, seinem ganzen Um-
fange nach ungültig, weil es dem § 2267 B. G. B. widerspricht.
— **U. 118.** Die Rückzahlung der Steuern, die zwecks Erlangung der
Altenrente für einen am 2. Oktober 1898 Geborenen erforderlich sind, ist
107. — **U. 119.** Die Eintragung erfolgt nicht von selbst, sie geht
auf die Rechtsnachfolger der Gesellschaft über und scheint auch den anderen
Eigentümern ein klagbares Recht zu verbleiben. Der Rechtsnachfolger der
Gesellschaft wird, ergibt sich aus der uns nicht bekannten Art ihrer Auf-
lösung. Eine Klage auf Lösung wäre erfolglos. 4. Die Delinquente der
Kantonsvorsteher sind in vielen Fällen zerstreut, die in Brauchlich Preussisches
Verwaltungsrecht niedergezogen sind. — **U. 120.** Das Ihrer Frau
Gebrüder würde für die Steuern, mit Ausnahme der für das Bänder-
gewerbe, mitfallen. Weitere Rechtsmittel, als sie ergriffen haben, gibt es

nicht. — **U. 121.** Falls und sonst das Geschenk sich noch in den
Händen des Rückgebers befindet, kann es widerrufen werden. — **U. 122.**
— **U. 123.** Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 124.**
U. 125. **U. 126.** Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 127.**
U. 128. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 129.**
U. 130. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 131.**
U. 132. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 133.**
U. 134. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 135.**
U. 136. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 137.**
U. 138. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 139.**
U. 140. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 141.**
U. 142. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 143.**
U. 144. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 145.**
U. 146. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 147.**
U. 148. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 149.**
U. 150. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 151.**
U. 152. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 153.**
U. 154. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 155.**
U. 156. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 157.**
U. 158. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 159.**
U. 160. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 161.**
U. 162. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 163.**
U. 164. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 165.**
U. 166. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 167.**
U. 168. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 169.**
U. 170. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 171.**
U. 172. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 173.**
U. 174. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 175.**
U. 176. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 177.**
U. 178. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 179.**
U. 180. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 181.**
U. 182. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 183.**
U. 184. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 185.**
U. 186. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 187.**
U. 188. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 189.**
U. 190. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 191.**
U. 192. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 193.**
U. 194. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 195.**
U. 196. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 197.**
U. 198. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 199.**
U. 200. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 201.**
U. 202. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 203.**
U. 204. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 205.**
U. 206. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 207.**
U. 208. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 209.**
U. 210. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 211.**
U. 212. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 213.**
U. 214. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 215.**
U. 216. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 217.**
U. 218. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 219.**
U. 220. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 221.**
U. 222. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 223.**
U. 224. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 225.**
U. 226. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 227.**
U. 228. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 229.**
U. 230. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 231.**
U. 232. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 233.**
U. 234. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 235.**
U. 236. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 237.**
U. 238. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 239.**
U. 240. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 241.**
U. 242. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 243.**
U. 244. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 245.**
U. 246. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 247.**
U. 248. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 249.**
U. 250. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 251.**
U. 252. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 253.**
U. 254. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 255.**
U. 256. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 257.**
U. 258. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 259.**
U. 260. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 261.**
U. 262. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 263.**
U. 264. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 265.**
U. 266. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 267.**
U. 268. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 269.**
U. 270. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 271.**
U. 272. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 273.**
U. 274. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 275.**
U. 276. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 277.**
U. 278. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 279.**
U. 280. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 281.**
U. 282. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 283.**
U. 284. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 285.**
U. 286. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 287.**
U. 288. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 289.**
U. 290. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 291.**
U. 292. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 293.**
U. 294. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 295.**
U. 296. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 297.**
U. 298. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 299.**
U. 300. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 301.**
U. 302. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 303.**
U. 304. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 305.**
U. 306. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 307.**
U. 308. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 309.**
U. 310. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 311.**
U. 312. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 313.**
U. 314. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 315.**
U. 316. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 317.**
U. 318. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 319.**
U. 320. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 321.**
U. 322. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 323.**
U. 324. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 325.**
U. 326. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 327.**
U. 328. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 329.**
U. 330. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 331.**
U. 332. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 333.**
U. 334. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 335.**
U. 336. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 337.**
U. 338. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 339.**
U. 340. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 341.**
U. 342. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 343.**
U. 344. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 345.**
U. 346. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 347.**
U. 348. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 349.**
U. 350. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 351.**
U. 352. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 353.**
U. 354. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 355.**
U. 356. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 357.**
U. 358. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 359.**
U. 360. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 361.**
U. 362. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 363.**
U. 364. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 365.**
U. 366. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 367.**
U. 368. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 369.**
U. 370. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 371.**
U. 372. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 373.**
U. 374. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 375.**
U. 376. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 377.**
U. 378. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 379.**
U. 380. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 381.**
U. 382. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 383.**
U. 384. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 385.**
U. 386. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 387.**
U. 388. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 389.**
U. 390. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 391.**
U. 392. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 393.**
U. 394. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 395.**
U. 396. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 397.**
U. 398. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 399.**
U. 400. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 401.**
U. 402. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 403.**
U. 404. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 405.**
U. 406. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 407.**
U. 408. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 409.**
U. 410. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 411.**
U. 412. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 413.**
U. 414. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 415.**
U. 416. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 417.**
U. 418. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 419.**
U. 420. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 421.**
U. 422. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 423.**
U. 424. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 425.**
U. 426. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 427.**
U. 428. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 429.**
U. 430. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 431.**
U. 432. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 433.**
U. 434. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 435.**
U. 436. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 437.**
U. 438. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 439.**
U. 440. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 441.**
U. 442. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 443.**
U. 444. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 445.**
U. 446. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 447.**
U. 448. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 449.**
U. 450. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 451.**
U. 452. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 453.**
U. 454. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 455.**
U. 456. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 457.**
U. 458. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 459.**
U. 460. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 461.**
U. 462. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 463.**
U. 464. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 465.**
U. 466. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 467.**
U. 468. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 469.**
U. 470. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 471.**
U. 472. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 473.**
U. 474. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 475.**
U. 476. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 477.**
U. 478. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 479.**
U. 480. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 481.**
U. 482. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 483.**
U. 484. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 485.**
U. 486. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 487.**
U. 488. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 489.**
U. 490. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 491.**
U. 492. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 493.**
U. 494. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 495.**
U. 496. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 497.**
U. 498. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 499.**
U. 500. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 501.**
U. 502. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 503.**
U. 504. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 505.**
U. 506. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 507.**
U. 508. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 509.**
U. 510. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 511.**
U. 512. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 513.**
U. 514. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 515.**
U. 516. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 517.**
U. 518. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 519.**
U. 520. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 521.**
U. 522. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 523.**
U. 524. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 525.**
U. 526. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 527.**
U. 528. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 529.**
U. 530. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 531.**
U. 532. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 533.**
U. 534. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 535.**
U. 536. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 537.**
U. 538. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 539.**
U. 540. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 541.**
U. 542. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 543.**
U. 544. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 545.**
U. 546. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 547.**
U. 548. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 549.**
U. 550. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 551.**
U. 552. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 553.**
U. 554. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 555.**
U. 556. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 557.**
U. 558. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 559.**
U. 560. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 561.**
U. 562. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 563.**
U. 564. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 565.**
U. 566. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 567.**
U. 568. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 569.**
U. 570. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 571.**
U. 572. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 573.**
U. 574. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 575.**
U. 576. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 577.**
U. 578. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 579.**
U. 580. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 581.**
U. 582. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 583.**
U. 584. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 585.**
U. 586. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 587.**
U. 588. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 589.**
U. 590. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 591.**
U. 592. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 593.**
U. 594. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 595.**
U. 596. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 597.**
U. 598. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 599.**
U. 600. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 601.**
U. 602. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 603.**
U. 604. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 605.**
U. 606. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 607.**
U. 608. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 609.**
U. 610. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 611.**
U. 612. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 613.**
U. 614. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 615.**
U. 616. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 617.**
U. 618. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 619.**
U. 620. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 621.**
U. 622. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 623.**
U. 624. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 625.**
U. 626. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 627.**
U. 628. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 629.**
U. 630. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 631.**
U. 632. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 633.**
U. 634. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 635.**
U. 636. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 637.**
U. 638. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 639.**
U. 640. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 641.**
U. 642. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 643.**
U. 644. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 645.**
U. 646. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 647.**
U. 648. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 649.**
U. 650. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 651.**
U. 652. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 653.**
U. 654. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 655.**
U. 656. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 657.**
U. 658. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 659.**
U. 660. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 661.**
U. 662. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 663.**
U. 664. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 665.**
U. 666. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 667.**
U. 668. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 669.**
U. 670. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 671.**
U. 672. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 673.**
U. 674. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 675.**
U. 676. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 677.**
U. 678. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 679.**
U. 680. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 681.**
U. 682. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 683.**
U. 684. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 685.**
U. 686. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 687.**
U. 688. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 689.**
U. 690. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 691.**
U. 692. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 693.**
U. 694. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 695.**
U. 696. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 697.**
U. 698. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 699.**
U. 700. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 701.**
U. 702. Die Ausführung Ihres Wunsches ist unmöglich. — **U. 703.**
U. 704.

Für die ausständigen Vergarbeiter

gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:
Liste 8890, Richter, H. Neumann 13.45. Lotteriev. „Sonnung“ d. 2667...
Liste 8891, Richter, H. Neumann 13.45. Lotteriev. „Sonnung“ d. 2667...
Liste 8892, Richter, H. Neumann 13.45. Lotteriev. „Sonnung“ d. 2667...

hier notwendige Frequenzherabsetzung doppelt wünschenswert wäre.
Dah demnach die erwähnte Ausgabesteigerung diesmal größer als sonst ist, das erklärt sich aus der Aufbesserung des Lehrereinkommens...

Von den mittleren und höheren Schulen stehen im neuen Etat die Realschulen mit 1 428 918 M. Ausgabe, 496 941 M. Einnahme, 931 972 M. Zuschuß, die Oberrealschulen, Realgymnasien und Gymnasien mit 3 478 616 M. Ausgabe...

Im Etat des Fortbildungs- und Fachschulwesens begegnet man jetzt endlich zum ersten Mal der Pflicht-Fortbildungsschule, für die zunächst 264 000 M. Ausgaben und keine Einnahmen angelegt sind.

Dem Oberbürgermeister wird allerdings recht „bange“, wenn er sieht, daß die Sozialdemokraten da, wo sie eine Ausgabe für nötig halten, so eifrig zustimmen.

Aus der gestrigen Magistratsitzung. Der Magistrat hat genehmigt, daß auf dem großen Gelände zwischen Prenzlauer Allee, Lychnikerstraße, Gärten Sülzbaustraße und Weißbühlengraben sieben neue Straßen in den Bebauungsplan aufgenommen werden...

In dem 8. Heft der illustrierten Roman-Bibliothek „In freien Stunden“ beginnt der Roman „Der Redar“ von Otto Mörke, in dem der Verfasser amerikanische Verhältnisse aus der Mitte des vergangenen Jahrhunderts schildert.

Das Vereinsabzeichen. In der Frage, ob jemand nach dem Aufheben aus dem Verein das von diesem künstlich entworfene Vereinsabzeichen weiter tragen darf, hat das königliche Amtsgericht I zu Berlin kürzlich eine bemerkenswerte Entscheidung getroffen.

Für den Neubau der Bepinäre, der Akademie für das militärärztliche Bildungswesen, ist jetzt mit der Abholung des Baum- und Strauchbestandes in dem zwischen der Scharnhorststraße und dem Spandauer Schiffsahrtkanal gelegenen vorderen Teile des Invalidenthorls begonnen worden.

Die protestantische Gesandtschaft von der befreiten Tat des Schwedenkönigs Gustav Adolf wird in dem soden angegebenen 46. Heft des Buches „Wider die Pfaffenheuschrecke“ erbarmungslos zerstückelt.

Das ganze Werk umfaßt 50 Lieferungen. In jeder Woche erscheint ein Heft für 20 Pf., das durch alle Buchhandlungen und Kolportage, in Berlin auch durch die Parteipublikationen und Zeitungsdepotiere zu beziehen ist.

Die Übung der „Expansivkraft“ hat gestern auf dem Grundstück der städtischen Pfandkammer in der Reichen Schönhauserstraße stattgefunden. Die „Expansivkraft“ war bekanntlich ein Grundstücks- und Geschäftskaufvermittlungsmittel des Ingeratenblatts, dessen Inhaber, Max Seligser, wie schon berichtet, wegen fortgesetzter Verzögerungen in Haft genommen ist.

Die Übung der „Expansivkraft“ hat gestern auf dem Grundstück der städtischen Pfandkammer in der Reichen Schönhauserstraße stattgefunden. Die „Expansivkraft“ war bekanntlich ein Grundstücks- und Geschäftskaufvermittlungsmittel des Ingeratenblatts, dessen Inhaber, Max Seligser, wie schon berichtet, wegen fortgesetzter Verzögerungen in Haft genommen ist.

Die Übung der „Expansivkraft“ hat gestern auf dem Grundstück der städtischen Pfandkammer in der Reichen Schönhauserstraße stattgefunden. Die „Expansivkraft“ war bekanntlich ein Grundstücks- und Geschäftskaufvermittlungsmittel des Ingeratenblatts, dessen Inhaber, Max Seligser, wie schon berichtet, wegen fortgesetzter Verzögerungen in Haft genommen ist.

Die Übung der „Expansivkraft“ hat gestern auf dem Grundstück der städtischen Pfandkammer in der Reichen Schönhauserstraße stattgefunden. Die „Expansivkraft“ war bekanntlich ein Grundstücks- und Geschäftskaufvermittlungsmittel des Ingeratenblatts, dessen Inhaber, Max Seligser, wie schon berichtet, wegen fortgesetzter Verzögerungen in Haft genommen ist.

Die Übung der „Expansivkraft“ hat gestern auf dem Grundstück der städtischen Pfandkammer in der Reichen Schönhauserstraße stattgefunden. Die „Expansivkraft“ war bekanntlich ein Grundstücks- und Geschäftskaufvermittlungsmittel des Ingeratenblatts, dessen Inhaber, Max Seligser, wie schon berichtet, wegen fortgesetzter Verzögerungen in Haft genommen ist.

Die Übung der „Expansivkraft“ hat gestern auf dem Grundstück der städtischen Pfandkammer in der Reichen Schönhauserstraße stattgefunden. Die „Expansivkraft“ war bekanntlich ein Grundstücks- und Geschäftskaufvermittlungsmittel des Ingeratenblatts, dessen Inhaber, Max Seligser, wie schon berichtet, wegen fortgesetzter Verzögerungen in Haft genommen ist.

Die Übung der „Expansivkraft“ hat gestern auf dem Grundstück der städtischen Pfandkammer in der Reichen Schönhauserstraße stattgefunden. Die „Expansivkraft“ war bekanntlich ein Grundstücks- und Geschäftskaufvermittlungsmittel des Ingeratenblatts, dessen Inhaber, Max Seligser, wie schon berichtet, wegen fortgesetzter Verzögerungen in Haft genommen ist.

Die Übung der „Expansivkraft“ hat gestern auf dem Grundstück der städtischen Pfandkammer in der Reichen Schönhauserstraße stattgefunden. Die „Expansivkraft“ war bekanntlich ein Grundstücks- und Geschäftskaufvermittlungsmittel des Ingeratenblatts, dessen Inhaber, Max Seligser, wie schon berichtet, wegen fortgesetzter Verzögerungen in Haft genommen ist.

Branddirektor Wiersberg f. Gestern mittag ist ganz plötzlich Branddirektor Wiersberg im 61. Lebensjahre gestorben.

Die Beerdigung soll am Dienstag erfolgen. Der Polizeipräsident widmet dem Verstorbenen einen sehr sympathisch gehaltenen Nachruf.

Der Gemäldebetrüger, der, wie gemeldet wurde, vor kurzem in der Dresdener Galerie verhaftet wurde, beschäftigt auch die Berliner Kriminalpolizei. Man vermutet, daß das 8 1/2 x 12 Zentimeter große, auf Kupfer gemalte Bild mit einem vier Zentimeter breiten Goldrahmen nach Berlin gebracht worden ist.

Erschossen hat sich der 32 Jahre alte Ingenieur Otto Winuth, nachdem er durch sein anfechtbares Verhalten (§ 183) zu einer Anzeige die Veranlassung gegeben hatte. Er bewohnte in der Puttkamerstraße 10 ein hohes gelegenes Zimmer, von wo aus er am Fenster Frauen und Mädchen der gegenüberliegenden Wohnungen in grober Weise belästigte.

Neben einem Raubverstoß auf die Inhaberin eines Geschäfts in der Willowsstraße wird berichtet: Gestern Abend gegen 7 1/2 Uhr verfuhr ein unbekannt gebliebener, etwa 20 Jahre alter Mann beim Umtausch von Waren, die er kurz vorher gekauft hatte, die Inhaberin des im Hause Willowsstr. 68 sich befindenden Bekleidungs-Geschäfts, die unverheiratete 56 Jahre alte Therese Lesser zu erzwängen.

Man sagt, daß in Westfälischer die Harmlosigkeit früherer Jahrzehnte verschwunden sei und beruft sich beim Verfechten dieser Ansicht gern auf einen Vergleich des so frühen Weidwaidmarktes mit den kümmerlichen Resten, die von solchem Trubel heute übrig geblieben sind.

Man braucht nur einen übertriebenen Ordnungsmann für das Gegenteil von Volkstümlichkeit zu halten, um die Kunststätte des schlichten Mannes aus der Werkstatt würdig zu finden. Ein Mensch mit aristokratischen Anwandlungen mag die Nase rümpfen, wenn er das Parquet betritt, doch auch solche veredelte Naturen werden verführt, wenn sie erst auf dem allerdings am zehn Pfennig teureren ersten Platz sitzen, also die Direktion sogar den Fußboden mit Petroleum parfümiert und so das Geruch über Stilleuchtungslos gemacht hat.

Das ganze Werk umfaßt 50 Lieferungen. In jeder Woche erscheint ein Heft für 20 Pf., das durch alle Buchhandlungen und Kolportage, in Berlin auch durch die Parteipublikationen und Zeitungsdepotiere zu beziehen ist.

Die Übung der „Expansivkraft“ hat gestern auf dem Grundstück der städtischen Pfandkammer in der Reichen Schönhauserstraße stattgefunden. Die „Expansivkraft“ war bekanntlich ein Grundstücks- und Geschäftskaufvermittlungsmittel des Ingeratenblatts, dessen Inhaber, Max Seligser, wie schon berichtet, wegen fortgesetzter Verzögerungen in Haft genommen ist.

Die Übung der „Expansivkraft“ hat gestern auf dem Grundstück der städtischen Pfandkammer in der Reichen Schönhauserstraße stattgefunden. Die „Expansivkraft“ war bekanntlich ein Grundstücks- und Geschäftskaufvermittlungsmittel des Ingeratenblatts, dessen Inhaber, Max Seligser, wie schon berichtet, wegen fortgesetzter Verzögerungen in Haft genommen ist.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis (Schönhäuser Vorstadt). Sonntag Abend 6 1/2 Uhr findet im „Jägerhaus“, Schönhäuser Allee 103, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt.

Charlottenburg. Am Sonntag findet früh um 8 Uhr die Austragung und Wiedereinammlung der Zahlkarten für die Arbeitslosen statt; sämtliche Genossen haben pünktlich in ihrem Bezirk zu erscheinen und zwar für den 1. Bezirk bei Weiche, Potsdamerstr. 44; für den 2. Bezirk bei Kade, Rehringstr. 25; für den 3. Bezirk bei Müller, Köpenickerstr. 3; für den 3b. Bezirk bei Keil, Danabrückerstr. 4; für den 3c. Bezirk bei Lindstedt, Grassmückerstr. 6; für den 4. Bezirk bei Dörce, Wallstr. 90; für den 5. Bezirk bei Barthel, Felsenheimstr. 11; für den 6. Bezirk bei Sellin, Strummeierstr. 40; für den 7. Bezirk bei Wöttger, Leibnizstr. 3; für den 8. Bezirk bei Hoffmann, Steinfeststr. 15.

Son Unterrichtsweisen im neuen Stadthaushalts-Etat. In der ersten Lesung des Stadthaushalts-Etats für 1905, mit dem die Stadtverordneten-Versammlung sich am Donnerstag zu beschäftigen hatte, mußte dem Freisinn besonders wieder das Unterrichtsweisen herhalten, um den Beweis zu führen, wie Großes die Stadt Berlin leistet.

Von den Ausgaben des Unterrichtsweisen werden allein für die Gemeindeschulen 17 667 231 M. aufgewendet, 1 194 284 M. mehr als im Vorjahr, und nur ein verhältnismäßig winziger Betrag, 108 619 M., wird durch Einnahmen gedeckt.

Der Unterrichtswesen im neuen Stadthaushalts-Etat. In der ersten Lesung des Stadthaushalts-Etats für 1905, mit dem die Stadtverordneten-Versammlung sich am Donnerstag zu beschäftigen hatte, mußte dem Freisinn besonders wieder das Unterrichtsweisen herhalten, um den Beweis zu führen, wie Großes die Stadt Berlin leistet.

Von den Ausgaben des Unterrichtsweisen werden allein für die Gemeindeschulen 17 667 231 M. aufgewendet, 1 194 284 M. mehr als im Vorjahr, und nur ein verhältnismäßig winziger Betrag, 108 619 M., wird durch Einnahmen gedeckt.

Der Unterrichtswesen im neuen Stadthaushalts-Etat. In der ersten Lesung des Stadthaushalts-Etats für 1905, mit dem die Stadtverordneten-Versammlung sich am Donnerstag zu beschäftigen hatte, mußte dem Freisinn besonders wieder das Unterrichtsweisen herhalten, um den Beweis zu führen, wie Großes die Stadt Berlin leistet.

Von den Ausgaben des Unterrichtsweisen werden allein für die Gemeindeschulen 17 667 231 M. aufgewendet, 1 194 284 M. mehr als im Vorjahr, und nur ein verhältnismäßig winziger Betrag, 108 619 M., wird durch Einnahmen gedeckt.

folten seinen Anblick meiden; aber die Tatsache ist nicht abzuleugnen, daß der wildblühende Simson dort in der mit unglücklichem Gerümpel angefüllten Kammer wirklich mit den langwallenden Haaren einen lebenden Menschen vom Fußboden aufhebt. Auch Simson hält uns von wegen eines kleinen Douceurs eine Fleischbühne unter die Nase; was seinen Kollegen und Kolleginnen Recht ist, kann ihm nur billig sein. Nun haben wir alles gesehen, und wir berechnen, daß die Erinnerung an die Jahrmärkte früherer Zeiten auch mit 60 Pf. nicht zu teuer bezahlt ist.

Ueber die Frage der Ueberfüllung der städtischen Krankenhäuser
Schreibt die Deutsche Medizinische Wochenschrift in der soeben ausgegebenen Nummer folgendes: „Die Verhandlung der Stadtverordneten-Versammlung über den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, gegenüber den in letzter Zeit sich mehrenden Abweisungen aufnahmefähiger Kranken in den städtischen Krankenhäusern schleunigst geeignete Vorkehrungen zu treffen“ hat nunmehr am 16. wirklich stattgefunden. Die zeitweise Ueberfüllung unserer Krankenhäuser selbst wagte diesmal kein Magistratsmitglied zu bezweifeln. Der Vorsitzende der Krankenhausdeputation entschuldigte den Mangel an Betten mit der „Mangel an Wohnraum“; in diesen Monaten sei es eben immer so. Auf Grund solcher Erfahrung aber rechtzeitig vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, dazu reicht offenbar die Initiative der Verwaltung nicht aus. Jetzt erst, nach Befragung des sozialdemokratischen Antrages, hat man nicht nur — wie schon in der vorigen Nummer erwähnt — einen Referendarius im Krankenhaus Friedrichshagen eröffnet, sondern der Magistrat hat auch das Erziehungsamt am Urban angekauft und damit es ermöglicht, demnächst weitere 150 Betten in den Krankenhäusern zu stellen. — Der Oberbürgermeister war in seinen Redefertigungsversuchen noch weniger glücklich. Die Schroftheit, die in seinen Diskussionsbemerkungen bisweilen hervortritt, war diesmal völlig unbegründet, und die Ansicht, die er über die Aufgaben der Kommune hinsichtlich des Krankenhauses und über die Pflichten der Krankenärzte bei der Einweisung der Kranken in ein Krankenhaus kundgab, war nach den Zeitungsberichten so eigenartig, daß sie zu einer besonderen kritischen Würdigung auffordert; wir vertragen sie, bis uns das amtliche Stenogramm vorliegt. Mit vollem Nachdruck wurde aus den Reihen der Stadtverordneten die auch von uns legitim wieder an dieser Stelle erhobene Forderung, daß die Organisation der städtischen Medizinverwaltung geändert werden müsse, vertreten, insbesondere von Professor Landau. Wenn Herr Stadtrat Dr. Straßmann auf das Verlangen, daß ein beförderter Medizinalrat an die Spitze der Organisation gestellt werde, mit Ueberzeugungstreue erwiderte, weder er noch einer seiner in Magistrat tätigen Kollegen würde „eine haarsbreite Verantwortlichkeit mehr in sich fassen und mehr betätigen, wenn er befördert würde“, so ist ihm die Tendenz der Forderung offenbar unbekannt geblieben. Verlangt wird, daß die Leitung unserer städtischen Medizinangelegenheiten einem Sachverständigen übertragen wird, der nach seinen Fähigkeiten und Kenntnissen instand ist, den enormen Aufgaben, die das Gesundheits- und Krankenwesen Berlins stellt, zu genügen, und dessen vollbeforderte Berufstätigkeit sich in diesem Wirkungskreise völlig erschöpft. In München ist, wie wir vor kurzem gemeldet haben, die Errichtung der Stelle eines Stadtarztes beabsichtigt. In Bezug auf diesen Plan äußerte sich der Professor der Hygiene an der Münchener Universität, Obermedizinalrat Gruber: „Hauptsächlich wird man diese Stelle mit dem besten Manne besetzen, den man in ganz Deutschland dafür aufstreifen kann, denn nur ein erfahrener, auf der Höhe seiner Wissenschaft stehender Hygieniker wird die große Aufgabe, die dem Stadtarzte gestellt sein wird, befriedigend erfüllen können.“ Wir glauben, daß auch für Berlin nur „der beste Mann in ganz Deutschland“ in Betracht kommen kann, um in unser Medizinwesen einen frischeren Zug hineinzubringen und es auf ein Niveau zu heben, das der Hauptstadt des Reiches angemessen ist — zum Wohle ihrer Bürger.“

Ein Enkel Jfflands. Im Alter von 81 Jahren ist in Potsdam der Wirkliche Geheimregerungsrat Karl Robert Jffland, der frühere Vizepräsident der königlichen Oberrechnungskammer, gestorben. Karl Robert Jffland, ein Enkel des ersten Generalintendanten des königlichen Schauspielhauses, war vor zehn Jahren in den Ruhestand getreten.

Falsche russische Zinscheine sind jetzt in Berlin zum Vorschein gekommen. Schon am 29. September 1901 wurden 5920 Obligationen der dritten Anleihe der Stadt Tiflis über je tausend Rubel mit den Nummern 155—159, 161—340, 348—457, 459—551 und 588—750 sind bis auf den heutigen Tag nicht zum Vorschein gekommen und werden in Russland für ungültig erklärt. In Berlin wurden nun mehrere solcher Zinscheine abgesetzt. Ein Russe speiste sein bei einer Flasche Champagner und die Zinscheine wurden anstandslos angenommen. Später stellte sich die Wertlosigkeit heraus. Geschäftsleute seien vor den Betrügern gewarnt.

Töblich verriet wurde von der Straßenbahn die sechsjährige Tochter Gertrud der Pförner Henselinschen Eheleute vom Götterufer 1. Dem Kind war am Dienstag nachmittag um 4 1/2 Uhr an der Schleifensstraße ein Ball vom Bürgersteig auf die Straße geworfen. Während es diesem nachließ und nur für das Spielzeug Augen hatte, wurde es von einem nach Treptow fahrenden Wagen der Straßenbahn gefaßt und geriet unter die vordere Plattform. Der in der Nähe befindliche Vater beteiligte sich an der Rettung, wobei der Wagen hochgehoben werden mußte. Der Vater brachte seine bewußtlose Tochter sofort in einer Droßke nach Bethanien. Dort ist das Kind den erlittenen Querschnitten und Verletzungen jetzt erlegen.

Ein Tarifreform, das auf merkwürdige Berechnungsprinzipien in der Eisenbahnverwaltung schließen läßt, besteht auf der Vorortbahn. Der Preis einer Fahrkarte für die Strecke Lichterberg-Friedrichsfelde-Adlershof beträgt auf dem Bahnhof Friedrichsfelde 80 Pf. Löst man eine Fahrkarte für dieselbe Tour in Adlershof, so zahlt man nur 20 Pf. Warum der Unterschied, Herr Bubbe?

Die Kindersterblichkeit war in Berlin im Jahre 1901 wieder höher als im vorhergehenden Jahre. Im Jahre 1903 waren 9452 Kinder des ersten Lebensjahres gestorben, im Jahre 1904 dagegen nur 9782 Kinder dieses Alters. Die Zunahme beträgt rund 3 1/2 vom Hundert. Dabei ist allerdings zu beachten, daß vom vorletzten zum letzten Jahre auch die Zahl der Geburten gestiegen ist, die der Lebendgeburt von 47 802 auf 48 842. Doch stellt die Zunahme sich hier auf noch nicht 2 1/2 vom Hundert. Unter den einzelnen Monaten hatte diesmal die weitaus höchste Kindersterblichkeit der August, 1785 Fälle. Die geringste Zahl, 581 Fälle, wies der November auf.

Bergarbeiter. Die Liste Nr. 15341 des Kreises Teltow, auf die noch nichts gezeichnet war, ist verloren gegangen. Es wird gebeten,

sie bei Müller im Volksbause, Charlottenburg, Rosinenstr. 3, abzugeben.

Im Gebrüder Herrnsfeld-Theater ist gestern eine neue Komödie „Die Reherhain“ gegeben worden, die sich aus dem Mahmen der in diesem Hause aufgeführten Stücke vorteilhaft heraushebt. Denn nicht nur, daß das lustige Werk technisch gut gelungen ist, geht durch die drei Akte eine gesunde Lebensauffassung, eine fröhliche Verspottung gesellschaftlicher Vorurteile hindurch. Was aber die Hauptsache, es fehlt dem Stück völlig an den mehr oder minder zweideutigen Szenen, die bis dahin im Herrnsfeld-Theater als unentbehrliche Würze galten. Die Handlung selbst ist so hübsch geschürzt, daß dies beliebte Hilfsmittel völlig entbehrt werden konnte. Die Personen selbstverständlich, soweit sie sich um die Mittelfigur, den Kommerzienrat Reherhain gruppieren, sind zumeist Charaktertypen aus dem jüdischen Leben. Der Held des Stückes, der von Herrn Donat Herrnsfeld mit bekannter Trefflichkeit gespielt wird, ist nicht minder stolz auf seine dunkle Herkunft als auf seine Gabe, über die Fehler und Schwächen seiner Mitmenschen hinwegzusehen; er kommt erst aus dem Konzept, als ihm das Unglück passiert, den als Josef verkleideten Liebsten seiner Tochter einen Heiratsantrag zu machen. Herr Anton Herrnsfeld, der bekannte Darsteller der Wöhmalen, hat sich diesmal die Rolle eines der schärfsten Revolverjournalisten erkorren, die von ihm gewohntermaßen mit tschechischem Anflug gespielt wird. Wie die beiden Direktoren, die selbstverständlich auch die Verfasser des Stückes sind, so leisten die übrigen Akteure in dem hübsch abgetönten Zusammenspiel Vortreffliches. Wir heben hervor die Herren Groß und Böhm als Vertreter zweier Adelstypen, Herrn Abel als das Faltotium des Kommerzienrats und Herrn Grünbaum als Heiratsvermittler. Von den Damen gab Földi Auf die nicht leichte Rolle der Senta Liebich in ungezügelter Darstellung.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg.

Zur Nichtbefähigung des Professors Dr. Mellmann

wird uns aus Schöneberg noch folgendes geschrieben: Geradezu unglücklich sind die Tatsachen, die jetzt über die Nichtbefähigung des Professors Dr. Mellmann bekannt werden und die einen weiteren Beitrag dazu liefern, wie weit es mit dem Selbstverwaltungsbrecht der Gemeinden in Preußen gekommen ist. Wir hatten bereits gemeldet, daß Mellmann im November vorigen Jahres von der städtischen Verwaltung in Schöneberg zum Direktor der Realschul-Abteilung des Hohenzollern-Gymnasiums gewählt worden ist. Die Leitung dieser Anstalt wurde nach ihrer Eröffnung im Jahre 1899 dem Direktor Bartels übertragen, den aber eine Krankheit daran hinderte, das ihm übertragene Amt auch auszuführen. Nach langem Drängen kam man dazu, den Direktor Bartels zu pensionieren. Zum provisorischen Leiter wurde der angestellte Oberlehrer Dr. Kullrich ausgerufen, der sich auf die definitive Anstellung als Direktor große Hoffnungen machte. Der Magistrat hatte aber gute Gründe, dieses Amt dem Herrn Dr. Kullrich nicht zu übertragen. Im vorigen Jahre beschloß nun Magistrat und Stadtverordnete, die Direktorialgeschäfte der Anstalt zu teilen. Man wählte zum Direktor des Gymnasiums Herrn Professor Dr. Raumann-Gleiwitz und zum Direktor der Realschule Herrn Professor Dr. Mellmann. Erstere hatte nach ganz kurzer Zeit seine Befähigung in Händen, während Mellmann vergeblich darauf wartete. Endlich erging vom Kultusminister der Befehl, daß Mellmann die Befähigung verweigert werden müßte; nicht aus Gründen, die sich gegen die Person des Gewählten richteten, sondern lediglich wegen der „eigenartigen Verhältnisse“, die in der Anstalt herrschten.

Ueber die Gründe dieser Nichtbefähigung, die allerdings auf recht eigenartige Zustände schließen lassen, weiß die „Berl. Volks-Zeitung“ auf Grund angeblich genauer Kenntnisse der Verhältnisse folgende Aufklärung geben zu können:

„Nach dem Bekanntwerden der Wahl Mellmanns begann von Stunde an gegen den Gewählten seitens unbekannter Gegner ein schamloses Aneinanderreiben. Alle an der Befähigung irgendwie beteiligten Personen: Mitglieder der Schöneberger städtischen Verwaltung, der Provinzialparlament und andere, wurden mit anonymen Briefen überschüttet, und zwar mit anonymen Briefen teilweise so schmählichen Inhalts, wie er der Jämmerlichkeit und Feigheit der Anonymität entspricht.“

Weiter sagt die „Volks-Zeitung“, daß man in Schöneberg auf die Tatsache aufmerksam macht, daß irgend ein hoher Staatsbeamter ein Verwandter des Herrn Kullrich, und daß er sich für diesen besonders verwendet habe. Treffen diese Angaben zu, dann wäre ein besonders befähigter Mann den elendesten Intriguen und einer traurigen Patronatswirtschaft geopfert. Es ist die Pflicht des Magistrats, eine systematische und gründliche Aufklärung zu schaffen. Im Interesse des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden ist es durchaus notwendig, diese Aufklärung in breiter Öffentlichkeit zu vollziehen. Nur durch öffentliche Brandmarkung von Mißständen kann die Wiederholung ähnlicher Uebel verhindert werden. Der Magistrat muß aus Selbstachtung die Wiederwahl des Herrn Mellmann einstimmig vollziehen.

Was die Person Mellmanns anbetrifft, so sei noch mitgeteilt, daß derselbe zurzeit als Oberlehrer am Berliner königlichen Realgymnasium tätig ist. Seit Jahren ist er Stadtverordneter in Schöneberg.

Das Armenwesen Schönebergs hat mit der rapiden Entwicklung des Ortes in den letzten vier Jahren eine nicht unbedeutende Ausdehnung erfahren. Während im Jahre 1901 bei einer Einwohnerzahl von 96 000 Seelen die Armenlisten 234 560 R. betragen, erreichten sie nach dem Vorkaufsplan für 1905 bei 130 000 Einwohnern bereits die Höhe von 339 885 R. In den Jahren 1903 und 1904 betragen sie 269 205 bzw. 338 890 R. Die Ausgaben gegen das Vorkauf sind also nur unmerklich gestiegen. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen somit als Beitrag zu den Armenlisten etwa 2 1/2 R. Im diesjährigen Etat sind in Ansatz gebracht für Armenpflege 157 000 R., für Krankenpflege 113 450 R., Erhaltung an andere Armenverbände 88 400 R., Beihilfen und Beiträge zu Anstalten 26 315 R., und unter dem Titel „Zusammen“ (z. B. Entschädigung an die 13 Armenvorsteher für Hergebe eines Zimmers je 250 R.) usw. 462. R. Den Armenärzten, deren Zahl von fünf auf sechs erhöht wurde, ist seit dem 1. November v. J. die Kontrolle über die Kostpfege übertragen worden. — Die Ausgaben für Heil- und Verpflegungskosten an Krankenhäuser sind — infolge Kündigung des Vertrages mit dem Kreiskrankenhaus zum 1. April dieses Jahres — um 23 000 R. gestiegen. Für die Unterbringung von Kranken in anderen Anstalten mußten bedeutend höhere Verpflegungssätze in Anrechnung gebracht werden, trotzdem noch im vorigen Jahre gelegentlich einer Krankenhausbedürftigkeit der Bürger-

meister Dr. Gerhardt mit Empfindung erklärte, bedeutend billigeres Essen geboten zu haben. Die damaligen Erklärungen des Herrn Bürgermeisters wurden von uns mit berechtigtem Mißtrauen aufgenommen.

Friedrichsfelde.

Der Vorkaufsplan des Haushaltungsplanes für das Rechnungsjahr 1905 ist fertiggestellt und liegt im hiesigen Gemeindebureau zur Einsichtnahme aus. Der Jahres-Etat ist in Einnahme und Ausgabe mit 385 000 R. (im Vorjahre 333 500 R.) festgesetzt.

Neu ist in dem Ausgabe-Etat unter dem Titel „Gemeinde-, Amts- und Standesamts-Verwaltung“ die Rubrik „Für die Aufzucht der Kindersterblichkeit und Lungentuberkulose“, für welche die Summe von 3000 R. ausgeworfen ist.

Weißensee.

Die Gemeindevertretung nahm in der letzten Sitzung den Bericht des Gemeindevorstandes für 1904 entgegen. Anhängig gemacht wurden 269 (185 im Jahre 1903) Klagen, vom Vorjahre übernommen 7, jedoch 276 Klagen vorlagen, hiervon wurden 13 Klagen vor Abhaltung des ersten Termins zurückgenommen. Von den Klagen sind erhoben worden von Arbeitern gegen Arbeitgeber 236, von Arbeitgebern gegen Arbeiter 39, zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers 1. In den 276 Klagen wurden 323 Ansprüche geltend gemacht. Der Wert des Streitgegenstandes betrug bei 144 Klagen bis 20 R., 67 Klagen von 20—50 R., 49 Klagen von 50—100 R., 10 Klagen mehr als 100 R., bei 6 Klagen wurde der Wert nicht festgesetzt. Die geringste Klagensumme war 0,70 R., die höchste 216 R.

Adlershof.

Der Gemeinde-Etat, der in der letzten Vertretersitzung zur Beratung gelangte, schließt in seinen ordentlichen Einnahmen und Ausgaben mit 188 490 R. gegen 169 210 R. im Vorjahre ab. Die außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben betragen 220 000 R., welche aus einer Anleihe von 225 000 R. gedeckt werden, die zur Vortreibung der Kanalisationskosten aufgenommen ist. Die Verzinsung der Gemeindefschulden erfordert 19 192 R. und die Amortisation derselben 13 088 R. Für das Anschlagswesen, Marktverwaltung, Reinigung der Straßen und Beleuchtung derselben sind 9245 R. vorgezogen und ist dieser Titel durch die stattgehabte Verbesserung der Beleuchtung um 1635 R. gestiegen. Die Vorkaufungen der Lehrer und sonstige Ausgaben für die Gemeindefschulen erfordern 75 995 R. Für den Armen-Etat hat die Gemeinde 10 800 R. aufzuwenden. Es wurde beschlossen, den Steuerzuschlag wie in den Vorjahren auf 150 Proz. festzusetzen, bei Erwartung einer Einnahme von 69 000 R. (gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 13 000 R.). Ferner wurden festgesetzt: 4 Proz. als Gemeinde-Grundsteuer = 63 000 R. (mehr 6000 R.); Zuschlag zur Gewerbesteuer der Klassen I und II mit 200 Proz., und der Klassen III und IV mit 150 Proz. = 14 000 R. (mehr 2500 R.); Hundsteuer 1800 R.; Luft-Barkeitssteuer 1400 R. (mehr 200 R.); Biersteuer 5000 R. (mehr 500 R.) und die Umschlagsteuer 10 000 R.

Während sämtliche Steuereinnahmen sich erhöhen, dürfte sich die Umschlagsteuer um 8000 R. vermindern, was sich daraus erklärt, daß die großen Terrains von Könen und v. Dypen in der Sedanstraße im Vorjahre allein 9000 R. Umschlagsteuer brachten. Der Wochenmarkt ist mit 900 R. mehr in Einnahme gestiegen. Der Zuschlag, welchen die Gemeinde als widerrechtliche Staatsbeihilfe zur Lehrerbesoldung bisher erhielt, ist von 4000 R. auf 1600 R. gekürzt worden. — Während die Gemeindeverwaltung in den letzten Jahren aus den Steuererträgen geringe Ueberschüsse erzielte, zeigt die Aufstellung des nächstjährigen Etats, daß auf Ueberschüsse nicht zu rechnen ist. Immerhin läßt die feste Entwicklung des Ortes die Hoffnung gerechtfertigt erscheinen, daß die Gemeinde-Einnahmen mit den Ausgaben gleichen Schritt halten werden.

Potsdam.

In der „Potsdamer Geheimratsitzung“, wie man in der Bürgerschaftsitzung die Stadtverordnetenversammlung bezeichnet, gelangte am Donnerstag in gemeinsamer Sitzung der geplante Neubau einer zweiten Havelbrücke von der inneren Stadt nach dem Bahnhof, zur Aufnahme der zulässigen elektrischen Straßenbahn, abermals zur Verhandlung. Von verschiedenen Rednern wurde es scharf gerügt, daß bei dem großen Interesse, das die Bürgerschaft der Angelegenheit entgegenbringt, die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, zumal nichts erörtert wurde, was nicht schon allgemein bekannt oder in früheren öffentlichen Sitzungen beraten war. Bei einer solchen Sitzung hätte man den Beschluß gefaßt, daß eine Abordnung von Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung damit beauftragt würde, beim Kaiser eine Audienz nachzusuchen und ihm die Bitte vorzutragen, die jetzige Lange Brücke für den Betrieb der elektrischen Straßenbahn freizugeben. Nach langer Debatte wurde dieser Beschluß mit 30 gegen 19 Stimmen jetzt dahin abgeändert, daß nicht eine Abordnung, sondern der Oberbürgermeister Jähne und der Stadtverordnetenvorsitzer Hofmauermeister Wolke beim Kaiser eine Audienz nachsuchen sollen, um ihm ein von der Verwaltung genehmigtes Immediatgesuch zu unterbreiten, worin die Bitte enthalten ist, daß bei Umwandlung der Straßenbahn in eine elektrische der vorhandene Seitenweg nach dem Bahnhof beibehalten und wenn es unvermeidlich sein sollte, mit unterirdischer Stromzuführung auf der Lange Brücke bis zum Alten Markt gefahren werde. Sollte dies jedoch nicht für zulässig erachtet werden, so bitten die städtischen Behörden den Bau einer zweiten Brücke ohne Beitragsleistung der Stadt zur Ausführung zu bringen und zu gestatten, daß der Bahnbetrieb bis zur Fertigstellung der neuen Brücke mit Oberstromzuführung provisorisch eingerichtet werde.“

Der fahnenflüchtige Pächter Wilhelm Köster von der 11. Kompanie des 1. Garde-Regiments z. F. ist jetzt wieder freiwillig nach Potsdam zurückgekehrt, nachdem er einen Selbstmordversuch durch Öffnen der Pulsadern gemacht hatte.

Witterungsübersicht vom 21. Februar 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand man. Höhe	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft	Stationen	Barometerstand man. Höhe	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft
Eutinende	768	ED	4	bedeckt	1	Saparanda	776	SW	Rebel	-9	
Danzburg	764	ONO	5	bedeckt	1	Riga	778	SW	bedeckt	-1	
Berlin	765	ED	4	bedeckt	2	Rom	764	SW	3	bedeckt	5
Kranf. n. R.	761	SE	2	Regen	3	Aberdeen	765	D	2	bedeckt	3
Ränden	763	SE	4	heiter	-1	Paris	762	SE	1	bedeckt	-1
Wien	762	OSO	2	bedeckt	2						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 25. Februar 1905. Ein wenig wärmer, zunächst meist trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen südlichen Winden; später langsam aufklarend. Berliner Wetterbureau.

Cabliou zum Kochen und Braten
sehr empfehlenswert
ohne Kopf pro Pfd. **25 Pf.**, im Anschnitt **27 Pf.**
Große Schellfische
pro Pfd. **23-25 Pf.**, im Anschnitt **30 Pf.**

Alle Fischarten sind infolge grosser Fänge soeben in grossen Mengen eingetroffen. Die mannigfachen Zubereitungen sind aus dem umfangreichen Seefisch-Kochbuch, das jeder Käufer gratis erhält, ersichtlich.
Ein Versuch mit diesen äusserst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.
Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstrasse 30 | Madaistrasse 22 | Landsbergerstrasse 52-53
(am Moritzplatz). | (im Schlesischen Bahnhof). | (der Kurzenstr. gegenüber).

Bratfischer, Scholle, Rotzungen, Austernfisch, Goldbarsch, Steinbutt, Seezungen, Roche, Heilbutt, Zander, Silberlachs, Leb. Hummer, Ia. Holl. Austern, Seemuscheln, Lachs-Schellfisch (Haddock), Stockfisch etc.
ebenfalls sehr billig.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 25. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Rückzug und der Saufpfeifer von Reife.
Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.

Deutsches. Schuffelchen.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Belfing. Ein Volkstheater.
Wacken. Die neugierigen Frauen.
Nachmittags 3 Uhr: Dibelio.
Zentral. Die Juxheirat.
Nachmittags 4 Uhr: Der gestiefelte Kater.

National. Der Troubadour.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Thalia. Der Kilometerfresser.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Ballner-Theater). Die Haubenlerche.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Im Hafen.
Kleinod. Der Bar. Anjele.
Freiburg. Hotel Pompadour.
Zustspielhaus. Der Familientag.
Trionon. Die glückliche Gilberte.
(Heureaux.)
Deutsch-Amerikanisches. New York.
Luisen. Dorf und Stadt.
Belle Alliance. Der beste Tip.
Carl Weiß. Die Kinder des Kapitäns Grant.
Nachmittags 4 Uhr: Hans im Glück.
Neues. Heirat auf Probe.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Hypothek. Berliner Luft.
Kreuz-Modell. Spagallitäten.
Gewandtheater. Die Meyerhains.
Passage-Theater. Lucia Krall.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Polast. Die man selber leidet.
Wandertheater. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Schillings Tierleben.
Im Hörjaal abends 8 Uhr:
Dr. B. Donath: Spektral-Analyse.
Invalidenstr. 57/62. Sternwarte. Täglich geschmet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtsstraum.
Sonntag: Ein Sommernachtsstraum.
Montag: Der Graf von Charolais.
Dienstag, Mittwoch: Ein Sommernachtsstraum.

Kleines Theater

Anfang 8 Uhr.
Anjele.
Vorher: Abschied vom Regiment.
Sonntag: Anjele. Abschied vom Regiment.
Montag: Die Neuvormählten. — Abschiedsoper.

National-Theater

Reinbergstr. 19.
Sonnabend, den 25. Februar 1906:
Der Troubadour.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Froschschütz. Abends 7 1/2 Uhr: Undine.

Zentral-Theater

Nachm. 4 Uhr: Halbe Preise. Jeder Erwachsene ein Kind frei.
Der gestiefelte Kater.
7 1/2 Uhr: Mit sensationellem Erfolg:
Die Juxheirat.
Sonntag nachm.: Der Zigeunerbaron. Abends: Die Juxheirat.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Dorf und Stadt.
Sonntag nachmittags: Der neue Stillsitz. Abends: Götter von Verdingen.
Montag: Der neue Stillsitz.

Trionon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das erste Gebot.

Kasino-Theater

Vollringstr. 37 (Hofenhaler Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 — 8 Konz.ert.
Heirat auf Probe.
Vorher das neue Programm.
Sonntag 4 Uhr: In Vertretung.

Passage-Theater.

Anf. d. Abendsvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonnt. 3, Wochentag 5 Uhr.
Lucia Krall,
die berühmte Gesangsdarstellerin.
Smeralda und Senitza,
die unübertrefflichen Akrobaten-Tänzerinnen.
Jacques Bronn,
Humorist.
14 ersteklassige Nummern.

Urania, Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:
Schillings Tierleben.
Hörjaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Spektral-Analyse.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 105.
Neu! Rosa Wedsted, das finnlandsche
Riesen-Mädchen!!!
2 Meter 30 cm groß!
Neu!
Das Erwachen des Poseidon!

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
Sonntag nachmittags:
Das Lumpenfest.
Apollo-Theater.
Täglich:
Berliner Luft
von Paul Linde.
Das gr. Februar-Spezialitäten-Programm und
Radrennen Robl-Arend.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Ermühtige Preise: Venus auf Erden. Radrennen Robl-Arend.

Metropol-Theater

Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender. Inszeniert vom Direktor Richard Schults.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid Frid. Fritzi Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett.)
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Residenz-Theater.

Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour.
Schwanz in 3 Akten v. Anthony Ward u. Leon Karmol. Deutsch v. H. Schömann.
Sonntag, 26. Februar, nachmittags 3 Uhr: Der seltsame Toupinier.
Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68.
Mittwoch: Jeden Abend 8 Uhr!
Gastspiel Ad. Philipp:
100. New-York.
Aufführung: **SOUVENIERS.**
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n großen Teich.

Gebrüder Herrfeld-Theater.

Robitz! Täglich: Robitz!
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrfeld.
Kommerzienrat Meyerhain:
Donat Herrfeld.
Scheintot. Herausgeber des „Scheintot“:
Anton Herrfeld.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—2 Uhr.

Carl Weiß-Theater.

Ge. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung.
Kleine Preise. Zum erstenmal:
Hans im Glück.
Abends 8 Uhr:
Die Kinder des Kapitäns Grant.
Sonntag nachmittags 4 Uhr: Geld und Name. Abends 8 Uhr: Die Kinder des Kapitäns Grant.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
Anf. Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Stilts in den
nummer. Klagen
sind nicht zu
wechseln haben

Schiller-Theater

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Medea.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Im Hafen.
Montag, abends 8 Uhr:
Familie Schierke.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Im Hafen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Geizige. (Herauf: Hexenfang.)
Sonntag, abends 8 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Montag, abends 8 Uhr:
Im Hafen.

Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld. Belle Alliancestr. 7/8.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Stürmischer Lacherfolg!
Der Kilometerfresser
Sonntag nachm. Charleys Tante.
8 Uhr:

Belle Alliance-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Durchschlagender Lacherfolg!
Der beste Tip.
Gr. Ausst. Possen. Gef. u. Tanz i. 3 Akte.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Des Meeres u. der Liebe Wellen.

Deutsche Konzert-Hallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: Großes Urbock-Jubelfest.
Internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Ableitung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Schluß der Saison am 7. März cr.
Zirkus Busch.
Benefiz-Abend
für den beliebtesten Schulkreiter
Herrn Burkhardt-Foottit.
Fortsetzung der Großen Ringkampf-Konkurrenz.
Internationalen
M. 7500.— Geldpreise in bar!
Ehrenprotectorat: Herr Professor Reinhold Weges.
Beginn der Ringkämpfe circa 8 1/2 Uhr.
Herausforderungskampf
des russischen Champions **Alex Aberg**
gegen **Nicolai Petroff (Bulgarien)**
um den gegenseitigen bereits deponierten Einsatz von je 500 Mark.
(Dieser Kampf wird sofort bis zur Entscheidung ausgesetzt.)
Mit noch nie dagewesenem
Erfolge die große Ausstattungs-Feerie
Anherdem der Benefizant in seinen Glasnummern. Persönliches Auftreten des Direktor Busch in den vorzüglichsten Programmnummern.
Katharina II.

Einsegnungs-Anzüge

ein- oder zweireihige, moderne schicke Form, hochelegant und tadellos sitzend.
Beste Verarbeitung.
Vollständiger Ersatz für Maßarbeit.
Die Preise sind je nach Größe:

Anzüge in Satin-Kammgarn oder Krepp - Cheviot
von 12 M. an
Anzüge in Rips-Kammgarn oder Diagonal-Cheviot
von 15 M. an
Anzüge in schmal geripptem Kammgarn oder Kammgarn-Cheviot
von 17 M. an
Anzüge in Rips-Kammgarn, schmal geripptem Kammgarn oder Satin-Kammgarn
von 20 M. an
Anzüge in Coroserow-Kammgarn oder Rips-Kammgarn
von 22 M. an
Anzüge in sehr gutem Kammgarn-Cheviot oder Rips-Kammgarn
von 25 M. an
Anzüge in feinstem Tuch-Kammgarn oder hochelegantem Twill
von 30 M. an

Gesellschafts-Anzüge für Herren.
Rock-Anzüge von Twill, Cheviot, Rips-Satin oder Tuch-Kammgarn
27, 33, 35, 43, 48 u. 53 M.
Gehrock-Anzüge von Tuch-, Rips- oder Satin-Kammgarn
36, 38, 42, 48, 54 u. 60 M.
Smoking-Anzüge von Rips- oder Tuch-Kammgarn
33 und 43 M.
Frack-Anzüge v. hochfeinem Tuch- oder Satin-Kammgarn, äußerst sauber mit Seide abgefüttert 54 und 60 M.
Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.
◆◆◆ Großes Stofflager. Hochelegante Maßanfertigung. ◆◆◆

Die Preise sind billig, streng fest, und geschickt der Verkauf nur gegen bar.



Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.
Berlin 80. Berlin W.
Oraniensir. 166. Potsdamerstr. 113a.
Potsdam, Nauenerstr. 23.
Nach außerhalb sende Muster und Maßanleitung.
Illustrierter Katalog gratis.

Wo? machen wir am Sonntag hin? Nach Vichelswerder zum alten Freund!
Da ist man immer wie zu Hause.

Zirkus Schumann.

Heute Sonnabend, den 25. Februar, abends präz. 7 1/2 Uhr:
XVII. Grande Soirée High Life. Gala-Programm.
Neue Debüts und
Herr **Albert Carré**, Sohn des königl. Direktors Oscar Carré.
Mlle. Priami. — Mlle. Prosopri. — Mlle. Hilda. — Mlle. Eyo. — Mlle. Daisy. — Mlle. Stickney. — Parforce-Reiterinnen.
Die beliebte jugendliche Schulkreiterin **Hel. Dora Schumann**, Konf. Gremio Hoffmann, Selbstenator zu Pferde. — Hr. Joa Hodgini. — Mlle. Mesquet mit seinem Bernhardiner Hund als Kunstreiter. — Ferner sämtl. Spezialitäten und Direktor Albert Schumanns neue u. moderne Dressuren. — Um 9 1/2 Uhr: Bis jetzt unübertroffener Erfolg! Die große Schumannsche Pracht-Ausstattung. Pantomime:
Eine Nordlandsreise.
Sonntag: 2 Vorst. nachm. 3 1/2 Uhr. (1 Kind frei):
Marocco, große Ausstattung. Pantomime.
Abends 7 1/2 Uhr:
Eine Nordlandsreise.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute wegen Privatfestlichkeit geschlossen.
Sonntag: Der Herzzogschneider von Oberammergau. Anfang 7 1/2 Uhr. Ball.
Montag: Herzzogschneider von Oberammergau.
Bernhard Rose-Theater
Gefundbrunn, Badstraße 68.
Heute: Geschlossen.
Morgen nachmittags 3 Uhr:
Das Geheimnis der alten Mansfell.
Abends 7 Uhr:
Onkel Cohn.
Schwanz in 4 Akten von H. Schwarz und G. Hegler.
Nach der Vorstellung: Gr. Ball.
Entrée 40, Parterre 75, Sperrst. 1 M.

Skala-Theater.

Vintenzstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
An der Grenze,
oder: Verschlafen.
Poffe mit Gelang in einem Akt.
Großer Boxer-Kampf
sowie 30 Internat. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Palast-Theater

Burgstr. 22. früher Feen-Palast.
Eisbaal u. d. Börse, 2 Min. v. Hof. Börse.
9 Uhr: Ein steifen-Lacherfolg! 9 Uhr: Revü!
Wie man Weiber fesselt.
Wittich-Gelangsposse von Kellfingen, Verfasser von „Ritter Gräbert“, „Onkel Cohn“, „Die einst im Mat.“
Vor- u. nachher: Spezialitäten und Schauspieler allerersten Ranges.
Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.
Entrée 50 Pf.
Verzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.
Volksgarten-Theater
(früher Weimann).
Heute: Keine Vorstellung.
Maskenball des Rauchklub „Tanne“
Sonntag, den 26. Februar, nachmittags: Till Eulenspiegel.
Abends: Verlorene Ehre.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Nag u. der fluge Hand.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:

Fritz Steidl-Sänger.

Nach jeder Vorstellung im Kaiserjaal:
Tanz.

W. Zapel

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filz-Hüte.
Lager in Schirmen und Mützen. [1906]

J. Kurzberg

An der Jannowitzbrücke 1, 1.
Schinkel Jannowitzbrücke.
Josef Fischer
Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergstr. 19/20.
Breite ab Platz:
Senftenb. Halbeseele b. Str. nur 75 Pf.
Senftenb. Salon-Brik. 6 u. 7, nur 80 Pf.
Anna, Adler, Maria, nur 80 Pf.
Senftenberger in Henckels Werke God. 7 Pf., nur 90 Pf.
Hase, Salon-Briketts billigst.
Frei Keller pr. Str. 10 Pf. mehr.
Bruch, Steinkohlen, Koks, Holz zu billigsten Preisen. 1739
60 Dambanzen verleihe zu Kosten.

Köpenick.

Echten alten Kottbusser Korn zu haben bei **Aug. Taucher**, Ostviert, Mühlgrabenstr. 4. 1741

Bilz Bilz Bilz

Naturheilstaät Dresden-Friedrichsberg.
Naturaellbad Tauesende verdank demselben ihre Gesundheit. 1 Million Expl. schon verkauft.
Zukunftstaat Allen Menschen v. ein sorgloses Dasein gesichert. Die nirkliche Lösung d. Lez. Frage. Viele Anerk. Schreiben liegen vor.
Hausschatz 4. Bildung u. d. Wissens lehr. Engl., Französisch, Buchführ., Steuerg., Physik, Chemie usw. 4000 Seiten, 1700 Abbild., 136 Tafeln. 5 Bände, nur 10 Mk. 1. 1906.

WINTERGARTEN

Die 4 Niards Akrobaten.
Diane de Fontenoy Lebende Bilder.
Die Snowdrops Engl. Tänzerinnen.
Rafayette Akrobatische Hunde und 10 ersteklassige Nummern außerdem.

Otto Pritzkaus Anormalitäten-Ausstellung

Münnichstr. 16.
Täglich 10—6 Uhr.
Der Mensch ohne Gefühl! Unüberwindbar, unerschütterbar, von wissenschaftl. Autorität, als größte Wunder bezeichnend.

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge!

Sanssouci.
Kottbusser Tor — Stat. der Hofbahn.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger u. Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag und Mittwoch: Theater-Abend.
In Vorbereitung: Ton-Gitar, oder: König, Graf u. Straßenlänger.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.

Frankfurter-Allee 85.
Das großartige Februar-Programm.
Sehen Hören Staunen und weiter empfehlen.

Eine Mark eleg. fertige Herren-Moden.

Bestellungen n. Maß, tabell. Ausf. in eigener Werkstatt.
Spezial-Geschäft für Herren-Bekleidung.
Kein Waren-Kredithaus.
J. Kurzberg
An der Jannowitzbrücke 1, 1.

Wie man Weiber fesselt.

Wittich-Gelangsposse von Kellfingen, Verfasser von „Ritter Gräbert“, „Onkel Cohn“, „Die einst im Mat.“
Vor- u. nachher: Spezialitäten und Schauspieler allerersten Ranges.
Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.
Entrée 50 Pf.
Verzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.

Bilz Bilz Bilz

Naturheilstaät Dresden-Friedrichsberg.
Naturaellbad Tauesende verdank demselben ihre Gesundheit. 1 Million Expl. schon verkauft.
Zukunftstaat Allen Menschen v. ein sorgloses Dasein gesichert. Die nirkliche Lösung d. Lez. Frage. Viele Anerk. Schreiben liegen vor.
Hausschatz 4. Bildung u. d. Wissens lehr. Engl., Französisch, Buchführ., Steuerg., Physik, Chemie usw. 4000 Seiten, 1700 Abbild., 136 Tafeln. 5 Bände, nur 10 Mk. 1. 1906.

Josef Fischer

Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergstr. 19/20.
Breite ab Platz:
Senftenb. Halbeseele b. Str. nur 75 Pf.
Senftenb. Salon-Brik. 6 u. 7, nur 80 Pf.
Anna, Adler, Maria, nur 80 Pf.
Senftenberger in Henckels Werke God. 7 Pf., nur 90 Pf.
Hase, Salon-Briketts billigst.
Frei Keller pr. Str. 10 Pf. mehr.
Bruch, Steinkohlen, Koks, Holz zu billigsten Preisen. 1739
60 Dambanzen verleihe zu Kosten.

Köpenick.

Echten alten Kottbusser Korn zu haben bei **Aug. Taucher**, Ostviert, Mühlgrabenstr. 4. 1741

W. Zapel

Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filz-Hüte.
Lager in Schirmen und Mützen. [1906]

Bilz Bilz Bilz

Naturheilstaät Dresden-Friedrichsberg.
Naturaellbad Tauesende verdank demselben ihre Gesundheit. 1 Million Expl. schon verkauft.
Zukunftstaat Allen Menschen v. ein sorgloses Dasein gesichert. Die nirkliche Lösung d. Lez. Frage. Viele Anerk. Schreiben liegen vor.
Hausschatz 4. Bildung u. d. Wissens lehr. Engl., Französisch, Buchführ., Steuerg., Physik, Chemie usw. 4000 Seiten, 1700 Abbild., 136 Tafeln. 5 Bände, nur 10 Mk. 1. 1906.

